

01/18

**m)** 50  
jahre  
medico international

# jubiläums- rund- schreiben

Imperiale Lebensweise, Afrika-Aufbruch, Kurdische Frage, UN Treaty, Lessenich, Brand, Ziegler, Trojanow, Lalu, Obert u.v.m.

**Titelbild:**

Ein Aufschrei: Nach dem Mord an der feministischen afro-brasilianischen Politikerin Marielle Franco trauern und protestieren Tausende im ganzen Land. Mehr dazu im nächsten medico-Rundschreiben.

Foto: REUTERS /Ricardo Moraes

**Kapitelbilder [S. 8, 34, 64, 74]:**

Jeder Ort, jeder Augenblick hat seine Besonderheit. Das machen die Fotos von Mark Mühlhaus aus Rojava deutlich. Seine Bilder zeigen Menschen in Würde, bezeugen Empathie und Nähe und sind auch einfach schön. Mark Mühlhaus ist Teil des Photographen-Kollektivs attenzione und besuchte seit Herbst 2014 mehrmals die kurdische Region in Syrien, im Irak und in der Türkei. medico hat das kurdische Demokratieexperiment in Syrien von Beginn an solidarisch begleitet. Bei der Berichterstattung dazu greifen wir immer wieder gerne auf Marks Bilder zurück.

**Impressum****Herausgeber:**

medico international

Lindleystr. 15

D-60314 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002

E-Mail: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)

Homepage: [www.medico.de](http://www.medico.de)

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),  
Thomas Gebauer, Moritz Krawinkel, Ramona Lenz,  
Christian Sälzer

Korrektorat: Marek Art

Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf  
100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

- 4 Editorial
- 6 Fünf Jahrzehnte medico international im Überblick

### **NEUE FRAGEN. ANALYSE UND DEBATTE**

- 10 **Wir sind nicht ohnmächtig**  
Jean Ziegler und Thomas Gebauer im Gespräch
- 17 **Externalisierungsgesellschaft**  
Stephan Lessenich über das Nicht-Wissen-Wollen
- 21 **Neue Antagonismen**  
Achille Mbembe über die Politik der Feindschaft
- 22 **Kritik im Handgemenge**  
Ulrich Brand über imperiale Lebensweise
- 26 **Afrika im Aufbruch**  
Premesh Lalu und Usche Merk im Gespräch
- 32 **medico-Laboratorium**  
Kostet uns die Digitalisierung die Emanzipation? Ein Aufruf

### **REGIONALE WIRKLICHKEITEN. REPORTAGEN UND KONTEXTE**

- 36 **Hebron ist überall**  
Alexander Göbel über die Besatzung im Westjordanland
- 42 **Gegen alle Grenzen**  
Martin Glasenapp über die Kurden und einen neuen Nahen Osten
- 47 **Schlachtfeld der Zukunft**  
Katja Maurer über den Krieg in Syrien
- 48 **Die Unsichtbaren sichtbar machen**  
Ilija Trojanow über die Migration durch Mexiko
- 54 **Gefangen in Libyen**  
Michael Obert über die Realität der europäischen Abschottung
- 60 **Die Ressource Recht**  
Miriam Saage-Maaß und Wolfgang Kaleck über die Textilklage

### **EINZELN, NICHT VEREINZELT. PORTRÄTS VON PARTNERINNEN UND PARTNERN**

- 66 **Ousmane Diarra**/Flucht und Migration in Mali
- 67 **Mónica López Baltodano**/Für ein anderes Nicaragua
- 68 **Zehra Khan**/Die Rechte von Arbeiterinnen in Pakistan
- 70 **Majeda Al-Saqqā**/Perspektiven in Gaza
- 71 **Abdulsattar Sharaf**/Werdegang eines syrischen Revolutionärs

### **WELT-ÖFFENTLICHKEIT. GLOBALE POLITIKFELDER**

- 76 **Konzerne haftbar machen**  
Das Ringen um eine UN-Menschenrechts-Initiative
- 78 **Die WHO im Würgegriff**  
Der Kampf um globale Gesundheit
- 82 medico jubiläum: Übersicht über die Veranstaltungen
- 84 Materialliste
- 86 Service und Kontakt

# Liebe Leserinnen und Leser,

vor Ihnen liegt das Sonderheft zum 50. Jubiläum von medico international. Es ist zugleich das reguläre erste Heft im Jahr 2018. Wir haben uns an einem Blick nach vorn versucht. Die neuen Fragen sind viel zu drängend, als dass der „Fünzigste“ ein Anlass zu freudigem Rückblick und lobenden Worten sein könnte.

Das Heft beginnt deshalb mit dem Kapitel „Neue Fragen“. Wir haben Autorinnen und Autoren und Gesprächspartner angefragt, die uns wichtige Themen auf neue Weise denken und damit einen Rahmen für die künftige Arbeit von medico setzen könnten. Darunter sind der kamerunische Philosoph Achille Mbembe und der deutsche Soziologe Stephan Lessenich, die auch auf den medico-Veranstaltungen in Berlin Vorträge halten werden. Auf ihren Austausch dort darf man getrost gespannt sein. Denn die Überlegungen in ihren neuen Büchern – „Politik der Feindschaft“ (Mbembe) und „Neben uns die Sintflut“ (Lessenich) – müssen unbedingt miteinander ins Gespräch gebracht werden. Lessenich sagt: „Im Prinzip gibt es kein weltgesellschaftliches ‚Außen‘ mehr, in das hinein externalisiert werden könnte.“ Aus der Sicht eines „Externalisierten“ beschreibt Mbembe den fatalen Weg, den die Externalisierungsgesellschaften einschlagen, um dieses „Außen“ trotzdem zu reproduzieren und so den Status quo aufrechtzuerhalten: Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie. Mbembe untermauert, wie das neoliberal gepanzerte Subjekt nun auch noch mit diesen alten, zu wenig bearbeiteten Rassismen, neu aufgerüstet wird.

Wie sich darin Gegenmacht und dagegen Alternativen entfalten können, wird in diesem Heft vielfältig diskutiert. Jean Ziegler redet in seinem Gespräch mit Thomas Gebauer gegen die Ohnmacht an, auch wenn es sich nur um einen „schmalen Grat der Hoffnung“ handelt. Und der südafrikanische Geisteswissenschaftler Premesh Lalu verweist unter Rückgriff auf Frantz Fanon und Leopold Senghor darauf: „afrikanische intellektuelle Traditionen haben mitten im Kampf um Unabhängigkeit ein Bewusstsein für die Welt aufrecht erhalten.“ Der Kosmopolitismus afrikanischer Prägung ist ein Vorschlag, der sich in der Haltung vieler medico-Projektpartner im Bereich der Migration wiederfindet. Es sei in diesem Zusammenhang auf das Portrait von Ousmane Diarra verwiesen, der vieles auf eine unverwechselbare Art verkörpert, was Lalu beschreibt.

Je größer die Probleme und die Katastrophen sind, umso mehr neigt die Hilfe dazu, ihre Lösung im Kleinen zu suchen. Im Internet wird die direkte Hilfe, von Mensch zu Mensch, als neuester Schrei der Barmherzigkeit angepriesen. Die Bereitschaft zur Hilfe, ein so wichtiges Zeichen der Solidarität, wird entkontextualisiert und entpolitisiert. Hilfe reduziert sich auf: „Wenigstens meine Spende hilft, kommt an und tut Gutes.“ medico hat es sich nie so einfach gemacht und seinen Spenderinnen und Spendern stattdessen die von uns erfassbare ganze Wahrheit zugemutet. Die Kontexte und Zusammenhänge waren und sind uns so wichtig wie die Arbeit unserer Partnerinnen und Partner, die sich eben darin bewegen und deren Sicht wir zu vermitteln suchen. Und so ist unser zweites Kapitel zu einer Zumutung geworden. Syrien und die kurdische Frage, ein Text unseres Ex-Kollegen Martin Glasenapp, ist vielleicht eine der sachkundigsten Beschäftigungen mit den Hintergründen, die man heute im deutschsprachigen Raum finden kann. Aber eben auch wenig tröstend. Der Journalist Michael Obert beschreibt in seinem Text die Situation der Flüchtlinge in Libyen und die Warlords, die sie im Auftrag der Europäischen Union von der Flucht abhalten. Seine Reportage ist ein Dokument der „Politik des Äußersten“, wie der afrokaribische Schriftsteller Aimé Césaire, die Form des Lagers einmal beschrieb. Eine der erschütterndsten Formen der Externalisierung.

Und doch wollen wir mit diesem Heft für den schmalen Grat der Hoffnung werben. Wir stellen Ihnen auch die Vagabunden, die Wanderinnen und Wanderer aus unserem Netzwerk vor, die sich darauf bewegen, und auch uns selbst, was wir bekanntlich sonst nie tun. Und wir wollen Sie, liebe Unterstützerinnen und Unterstützer, anregen, sich an diesem Wandeln zu beteiligen. Durch gemeinsames Nachdenken auf den Konferenzen und Veranstaltungen, die medico das gesamte Jahr über durchführt. Durch Teilnahme am gemeinsamen Nachdenken im medico-Laboratorium. Durch Ihre Spende.

Wir haben uns, in diesem Jubiläumsjahr vorgenommen, 500 neue Fördermitglieder zu gewinnen. Sie sind es, die die Arbeit von medico sichern und mit ihrer Dauerhaftigkeit und Regelmäßigkeit dafür sorgen, dass dieser Denk- und Handlungszusammenhang ein Knotenpunkt im Netzwerk für eine andere Welt bleibt und sich weiter entwickelt. Helfen Sie uns dabei. Verschenken oder Werben auch Sie neue Fördermitglieder. Der beiliegende Flyer ist dafür eine Anregung.

Herzlichst  
Ihre




**Katja Maurer leitete 18 Jahre lang die Öffentlichkeitsarbeit von medico international. Heute verantwortet sie die medico-Sprache, das Rundschreiben und bloggt regelmäßig auf der medico-Website.**

# Hilfe im Handgemenge

## Fünf Jahrzehnte medico im Überblick

**Die Anfänge.** medico international wird im Mai 1968 gegründet. Es ist eine Zeit des Aufbruchs, aber auch der Kriege in Vietnam und Biafra. medico sammelt Medikamente und Altkleider und schickt sie nach Biafra. Weitere Hilfslieferungen und Personaleinsätze folgen. Mit der Zeit gerät der politische Kontext in den Blick und stellen sich bohrende Fragen nach den gesellschaftlichen Ursachen von Not und Elend. Die Politisierung verändert die Arbeit: medico will nicht einfach Katastrophenhilfe leisten, sondern selbstständige Entwicklung fördern – Hilfe zur Selbsthilfe.



Alle Fotos: medico



**Die 1980er Jahre.** Im Jahrzehnt der Befreiungsbewegungen erprobt medico an vielen Orten der Welt, was von nun an „Befreiungshilfe“ genannt wird. Statt Medikamente zu versenden, baut medico in Übereinstimmung mit dem Konzept der Primary Health Care mit Partnerorganisationen vor Ort Basisgesundheitsdienste auf: in Lateinamerika, Südafrika und Namibia, den palästinensischen Lagern und Siedlungen des Libanon, später auch in den kurdischen Gebieten des Irak und der Türkei. Das neue Verständnis von Hilfe und Solidarität verändert auch medicos Öffentlichkeitsarbeit: Diente sie anfangs ausschließlich der Spendensammlung, wird sie zur politischen Aufklärung, zur „Informationshilfe“.



**Die 1990er Jahre.** Im Zuge der politischen und ökonomischen Umwälzungen, die bald „Globalisierung“ genannt werden, muss auch medico sich neu orientieren. Durch globale Vernetzung mit anderen Organisationen wirkt medico an einer „Globalisierung von unten“ mit. Gemeinsam mit den Vietnam Veterans of America initiiert medico 1993 die Kampagne für ein weltweites Verbot von Landminen, die im Oktober 1997 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wird. Auch im Rahmen des von 93 Gesundheitsorganisationen aus aller Welt gegründeten People's Health Movement (PHM) wird die globale Vernetzung vorangetrieben.

**Die 2000er Jahre.** Das medico-Konzept der Kritischen Nothilfe muss sich angesichts verheerender Naturkatastrophen in Mittelamerika, Südasien und auf Haiti immer neu bewähren. Daneben stehen zunehmend die Auswirkungen des neoliberal globalisierten Kapitalismus im Fokus – sei es der Rohstoff- und Landraub durch internationale Konzerne, seien es die Folgen des weltweiten Kahl-schlages sozialer Sicherungssysteme und der Destabilisierung staatlicher Strukturen. medico nimmt die Debatte auf, wie Hilfe zugleich „verteidigt, kritisiert und überwunden“ werden kann.



**Die 2010er Jahre.** Der Arabische Frühling weckt Hoffnung, schlägt vielerorts aber schnell in neue Unterdrückung um. Der Krieg in Syrien wird zum Sinnbild einer entgrenzten Gewalt. Diese, aber auch zerstörte Lebensgrundlagen und Perspektivlosigkeit im „globalen Süden“ lösen wachsende Flucht- und Migrationsbewegungen aus. medico verteidigt das „Recht zu gehen und zu das Recht zu bleiben“. Im Mittelpunkt steht die Zusammenarbeit mit Organisationen und Initiativen in Form einer solidarischen Partnerschaft. Daneben engagiert sich medico verstärkt für den Aufbau einer transnationalen Gegenöffentlichkeit, in der sich die Ideen von einem menschenwürdigen Leben, überall gültigen Menschenrechten, sozialer Verantwortung und allen zugänglichen institutionalisierten Gemeingütern bündeln.

# Neue Frage

## Analyse und Debatte

In der Allgegenwart des globalen Kapitalismus bedarf es neuer Begriffe. Im Folgenden werden Vorschläge gemacht, die es mit ihm aufnehmen: Die „Externalisierungsgesellschaft“, die immer wieder Ausschluss reproduziert; eine „imperiale Lebensweise“, die uns alle in dieses System verstrickt; eine „Politik der Feindschaft“, die das legitimiert. Hinweise auf Alternativen finden sich in der Geschichte der Emanzipation und in einer Energie der assoziierten Freien, die sich der Berechenbarkeit verweigert.

n



# Wir sind nicht ohn- mächtig



Foto: Stefan Schmid

„Entwicklungshilfe ist zu einem Geschäft geworden.“ Jean Ziegler und Thomas Gebauer im Gespräch über die Herausforderungen der „planetarischen Zivilgesellschaft“.

## Ist die Welt noch zu retten? Eine Debatte zwischen Jean Ziegler und Thomas Gebauer über eine gelähmte UN, neoliberalen Wahn und radikalen Zorn

**Thomas Gebauer:** In Deinem jüngsten Buch „Der schmale Grat der Hoffnung“ konstatiert Du, dass die Vereinten Nationen saft- und kraftlos seien und am Boden lägen. Die Hoffnungen, so sagst Du, „vagabundieren in den Trümmern“. Ist die UN wirklich gescheitert? Und welche Hoffnungen machst Du da aus?

**Jean Ziegler:** 1945 wurden die Vereinten Nationen in Folge des Zweiten Weltkrieges mit drei Säulen gegründet: Erstens sollte es künftig kein Elend mehr auf der Welt geben, zweitens sollten überall die Menschenrechte gelten und drittens sollte kollektive Sicherheit herrschen. 73 Jahre später sind alle drei Säulen zerbrochen. Das Elend in der Welt ist immens, in mehr als jedem dritten Land der Erde wird gefoltert und es herrschen zahlreiche Kriege – von Syrien über Sudan bis zum Jemen. In allen Fällen sind die UN am Sicherheitsrat mit dem Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder gescheitert: Russland blockiert Beschlüsse zu Syrien, China zum Sudan und die USA zum Jemen. Aus diesem eklatanten Scheitern erwächst jedoch eine Hoffnung. Das fürchterliche Blutbad in Syrien mit seinen weitreichenden Folgen zeigt nachdrücklich, dass die UN als multilaterale Institution in bestimmten Situationen tätig werden können muss. Deshalb wird jetzt ein Reformpaket des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan diskutiert, das lange in der Schublade verschwunden war. In diesem wird das lähmende Vetorecht zwar nicht abgeschafft, aber beschränkt: In Fällen, in denen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt werden, ist ein Vetorecht ausgeschlossen.

**Gebauer:** Bei der Gründung der UN wurde parallel zum Sicherheitsrat, der dann tätig werden soll, wenn der Frieden akut bedroht ist, der Wirtschafts- und Sozialrat gegründet – als gleichbedeutende Instanz. Dieser sollte den Frieden über wirtschaftliche und soziale Entwicklung fördern, um den Sicherheitsrat also gar nicht erst bemühen zu müssen. Im Wirtschafts- und Sozialrat haben auch NGOs Mitspracherechte. Wer aber kennt ihn heute? Er spielt in der internationalen Politik überhaupt keine Rolle mehr. In dieser Missachtung zeigt sich, wie eine gute Idee durch Machtinteressen ausgehebelt worden ist. Wie kommt es, dass die UN ausgerechnet heute, wo die Welt durch die Globalisierung doch so eng zusammengedrückt, so machtlos ist?

**Ziegler:** Der Verfall der UN geht einher mit der langsamen Erosion des Nationalstaates – und der Eroberung der Welt durch die kapitalistische Produktionsweise. Die Welt wird nicht mehr von souveränen Nationalstaaten und der UN als übergeordneter Instanz regiert. Der Weltmarkt ist zur zentralen Regulationsinstanz geworden und eine kleine Oligarchie des Finanzkapitals hat die Macht an sich gerissen. Diese Oligarchie verfügt über mehr Macht als jeder Kaiser oder Papst jemals hatte. Und jenseits jeder parlamentarischen Kontrolle hat sie eine unglaubliche Ungleichheit geschaffen. Zugleich hat die neoliberale Wahnidee um sich gegriffen, dass man nichts dagegen tun könne, weil die unsichtbare Hand des Marktes alles regelt.

**Gebauer:** Vor einigen Jahren wurde im Zuge der Finanz- und Hungerkrise darüber diskutiert, die Spekulation mit Nahrungsmitteln zu verbieten. Viele waren dafür, auch der damalige Bundespräsident. Doch dann ist das Thema wieder von der Agenda verschwunden. So ist es oft: Notwendige Korrekturen werden in den Raum gestellt, kurzzeitig erwogen und verflüchtigen sich dann wieder. Unter solchen Umständen sollte es nicht verwundern, wenn sich der Eindruck breit macht, zur Politik eines „Weiter so“ gebe es keine Alternative.

**Ziegler:** Die Deutsche Bank hatte wegen des großen Drucks die Spekulation mit Nahrungsmitteln zwischenzeitlich sogar ausgesetzt. Sie hat sie dann mit der Begründung wieder aufgenommen, dass ihre Kunden das verlangen. Das ist der Obskurantismus des Neoliberalismus. Nicht einmal die Deutsche Bank oder Nestlé seien in der Lage, etwas gegen

Die reichen Ländern müssten dem globalen Süden nicht mehr geben – sie müssten nur weniger stehlen.

den Markt zu unternehmen. Aber der Markt ist kein Naturgesetz und in der Demokratie gibt es keine Ohnmacht. Jede Struktur – auch die Spekulation mit Nahrungsmitteln – kann jederzeit mit demokratischen und friedlichen Mitteln gebrochen werden. Von Demonstrationen bis zum Generalstreik: Alle Waffen sind da, sie sind sogar im Grundgesetz verankert. Voltaire hat gesagt: „Freiheit ist das einzige Gut, das sich abnutzt, wenn man es nicht benutzt.“ Im Moment wird im UN-Menschenrechtsrat, der drittwichtigsten Instanz der UN, ein sehr wichtiger Kampf geführt: Es geht um die Ausarbeitung

einer ursprünglich von Ecuador eingebrachten internationalen Konvention, die Konzerne weltweit der Menschenrechtsnormativität unterwirft. Der Menschenrechtsrat hat dieses Abkommen, der sogenannte UN-Treaty, mehrheitlich befürwortet. Das ist so wichtig, weil Menschenrechte bislang nur gegenüber Nationalstaaten geltend gemacht werden können, nicht aber gegenüber den wahren Herren der Welt, den Konzernen. Bislang aber stehen die EU und Deutschland dezidiert auf der Seite der Gegner der UN-Treaty.

**Gebauer:** Die Bundesregierung begründet ihre Ablehnung mit dem Argument, dass sich Unternehmen nicht mehr an die zuletzt verabredeten freiwilligen Selbstkontrollen halten würden, wenn ihr Geschäftsgebaren unter Menschenrechtsgesichtspunkten verpflichtend geregelt wird. Das ist ein absurdes Argument, zumal sich die beschworene Unternehmensverantwortung in der Praxis als Augenschere herausstellt. Im Herbst letzten Jahres sind 300 Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen aus aller Welt nach Genf gereist, um gemeinsam für die UN-Treaty zu streiten. Die Bundesregierung hat als Beobachterin eine Praktikantin entsandt. Das zeigt, dass viel mehr öffentlicher Druck notwendig ist, um solch einer Übereinkunft zum Erfolg zu verhelfen. Wie wichtig die menschenrechtliche Regulierung von Unternehmen ist, haben wir im Kontext der Debatten um die globalisierte Textilproduktion erfahren. Es wäre ein Einfaches gewesen, die Einfuhr von Textilien aus Südasien an den Standard der Internationale Arbeitsorganisation (ILO) der UN zu koppeln. Das ist nicht geschehen.

**Ziegler:** Ich kenne viele hochrangige Diplomaten, auch deutsche, die dafür sind. Aber es ist eben nicht mehr die Politik, die entscheidet. Tatsächlich hat der Staat durch Deregulierungen und Steuergeschenke – siehe aktuell Trump – seine Handlungsmacht verkleinert.

Die Staaten sind auch aus eigenem Verschulden verarmt und haben andere reich gemacht. Laut dem neusten Oxfam-Bericht verfügen die 85 reichsten Milliardäre über so viel Vermögen wie die ärmsten 4,7 Milliarden Menschen der Welt zusammen. Der Besitzer der spanischen Modekette Zara hat letztes Jahr eine Dividende

Der ganze Bereich der Sozialen Arbeit droht in einen renditeorientierten Markt umstrukturiert zu werden.

von 1,3 Milliarden Euro eingestrichen. Der Mindestlohn der Näherinnen in den Textilfabriken in Dhaka beträgt 89 Euro im Monat. Das absolute Existenzminimum für eine vierköpfige Familie in Dhaka beträgt aber 292 Euro.

**Gebauer:** Die neoliberale Ordnung hat ein neues Menschenbild produziert: Der Mensch ist nicht mehr das Produkt seiner sozialen Umstände, sondern Ergebnis seines eigenen Vermögens. Jeder und jede ist für das, was man ist, selbst verantwortlich. Diese Überhöhung von Eigenverantwortung ist ein Riesenproblem, weil damit auch die Opfer einer mörderischen Weltordnung für ihre Situation selbst verantwortlich gemacht werden können.

**Ziegler:** Der planetarischen Zivilgesellschaft kommt heute die entscheidende Rolle zu, all das zu ändern. Sie ist das neue historische Subjekt. Sie schreitet jeden Tag voran und kämpft an vielen Fronten gegen den Raubtierkapitalismus. Beim letzten Weltsozialforum waren über 8.000 Organisationen zusammengekommen. Es ist eine Bruderschaft der Nacht, ohne Parteiprogramm oder Zentralkomitee.

Zusammengehalten wird sie allein von einem kategorischen Imperativ: Die Unmenschlichkeit, die jemand anderem angetan wird, zerstört meine Menschlichkeit.

**Gebauer:** Ich stimme Dir völlig zu. Ein Problem jedoch ist, dass die Zivilgesellschaft selbst anfällig ist für die neoliberale Ideologie. Mehr noch: Ihr wird eine das System stabilisierende Aufgabe zugewiesen. Der Staat entledigt sich zum Beispiel seiner Verpflichtung, Obdachlose zu versorgen, indem er diese Aufgabe an private Initiativen abtritt. Insbesondere Hilfsorganisationen sind mit diesem Widerspruch konfrontiert: Sie helfen und federn damit ein Unrechtssystem ab. Ja, die Zivilgesellschaft ist die Hoffnung; aber nicht, indem sie einfach nur beschworen wird – so wie die Bundesregierung das Ehrenamt propagiert –, sondern indem sie den herrschenden Zerstörungsprozess, der auch das Scheitern der UN zu verantworten hat, radikal in Frage stellt.

**Ziegler:** Im Bereich der Hilfe muss man sehr genau unterscheiden zwischen der humanitären Soforthilfe und der staatlichen Entwicklungshilfe. Letztere ist zu einem gewaltigen Geschäft geworden und zementiert allzu oft Unrechtsstrukturen, indem sie Aufgaben wahrnimmt, die die Nationalstaaten in der südlichen Hemisphäre übernehmen müssten. Um das zu ändern, müssten die reichen Länder nicht mehr geben – sie müssten nur weniger stehlen. Durch den Rohstoffraub oder erpresserische Handelsabkommen fließen jedes Jahr viele Milliarden Euro mehr von Afrika nach Europa als in umgekehrter Richtung. Anders ist es bei der humanitären Soforthilfe – für die muss man streiten. Denn was aktuell passiert, ist das: Im März 2017 nahm ich zuletzt an einer sogenannten Geberkonferenz teil, es ging um die Hungersnöte im Jemen und Südsudan, in Somalia und Kenia. Da sitzen auf der einen Seite Botschafter der mächtigsten Geberlän-

der, auf der anderen Seite die Vertreter der 23 Spezialorganisationen der UN. Diese schildern die Situation und stellen die Maßnahmen vor, die sofort ergriffen werden müssen, um Menschenleben zu retten. Sie verlangten vier Milliarden Euro. Erhalten haben sie 246 Millionen, weil die Staatskassen angeblich leer seien.

**Gebauer:** Genau deswegen müssen wir Hilfe zugleich verteidigen und kritisieren. Weil der Bedarf an Hilfe inzwischen die bereitgestellten Mittel übersteigt, taucht ein weiteres Problem auf: die Kapitalisierung von Hilfe. Geld gibt es ja genug, nur nicht da, wo es gebraucht wird. Kürzlich blieb dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz zur Finanzierung des Aufbaus von Rehabilitationszentren in Afrika nur noch die Herausgabe von Sozial-Anleihen. Sie haben einen sogenannten Humanitarian Impact Bond aufgelegt. Nun wird das Projekt mit privatem Investitionskapital finanziert. Ist es nachweislich erfolgreich, erhalten die Investoren das eingesetzte Kapital zurück – und zusätzlich eine Rendite. Der ganze Bereich der Sozialen Arbeit droht in einen renditeorientierten Markt umstrukturiert zu werden.

**Ziegler:** Das liegt auch daran, dass in der kannibalischen Weltordnung Menschenleben nichts bedeuten, weil sie nicht gebraucht werden. Der Papst sagt, es gebe eine neue Kategorie von Menschen, die als „Abfall“ gelten. Sie werden nicht einmal mehr ausgebeutet oder unterdrückt, sie werden nie eine Arbeit, ein Familienleben, Zugang zu Bildung oder ausreichend Nahrung haben. Sie sind ausgestoßen und überschüssig. Deshalb ist der radikale Zorn so wichtig. Sartre hat gesagt: Um die Menschen zu lieben, muss man sehr stark hassen, was sie unterdrückt. Ich betone: was, nicht wer. Es geht nicht um Reformen. Vielmehr muss die kannibalische Weltordnung aus der Welt geschafft werden.

**Gebauer:** Wir erleben gerade das Ende eines Jahrhundertprojektes. Der sozialdemokratische Versuch, den Kapitalismus sozialpolitisch zu zähmen, scheitert an allen Orten. Die Frage ist, welches neue Projekt aus dem Zorn kommen kann. Sartre hat gesagt, dass Che Guevara die Menschen aus ihrer „Immanenz“ herausgerissen habe. Wie kann man heute aus der neoliberalen Verblendung heraustreten, zumal wir selbst in unseren privilegierten Leben darin verstrickt sind?

**Ziegler:** Che Guevara hat gesagt: „Auch die stärksten Mauern fallen durch Risse.“ Und Risse zeigen sich in dieser Weltordnung überall. Man muss sich eines immer klarmachen: Was uns von den Opfern trennt, ist nur der Zufall der Geburt. Ich glaube an die Menschwerdung des Menschen. Aber dafür muss man etwas tun. Ich möchte noch eine Geschichte aus dem Ende des spanischen Bürgerkriegs erzählen. Barcelona war gefallen, die Faschisten hatten gesiegt. In dieser Situation flieht der Dichter Antonio Machado mit den letzten republikanischen Truppen nach Frankreich. Auf dem Weg pfeift er eine Melodie. Seine Gefährten fragen ihn, wie er angesichts der verheerenden Niederlage so fröhlich sein könne. Machado sagt, das ihm gerade ein Gedicht eingefallen ist: „Wanderer, es gibt keinen Weg. Er entsteht erst im Gehen. Hieb für Hieb und Gedicht für Gedicht.“

*Das Gespräch wurde auf der Veranstaltung „Warum wir die kannibalische Weltordnung stürzen müssen“ geführt, die am 6. Februar 2018 im Festsaal der Goethe-Universität in Frankfurt im Rahmen des Programms „50 Jahre medico“ stattfand.*

Foto: Stefan Schmid



Volles Haus im Casino auf dem Frankfurter Uni-Campus.

Foto: Gunter Deller



Der Schweizer Jean Ziegler war von 2000 bis 2008 UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung. Seit 2008 gehört er dem Beratenden Ausschuss des Menschenrechtsrats der UN an. Ziegler war u.a. befreundet mit Jean-Paul Sartre und Simone de Beauvoir. Che Guevara chauffierte er durch Genf, als Kuba an der ersten Weltzuckerkonferenz der UNO in Genf teilnahm.



# KOSTET DIE WELT EIGENTLICH DIE WELT?

Der globale Kapitalismus zerstört Leben und macht die Erde auf Dauer unbewohnbar. Nur Umverteilung von oben nach unten und von Nord nach Süd kann das beenden.

**DIE WELT IST GROSS  
RETTUNG LAUERT ÜBERALL**

[www.medico.de](http://www.medico.de)

**m)** 50  
jahre  
medico international

# Worum es geht

## Für eine Politik gegen das Nicht-Wissen-Wollen

Von **Stephan Lessenich**

*Ein Leben auf Kosten anderer...*

Machen wir uns nichts vor. Hinter dem Wohlstand der „hochentwickelten“ industriekapitalistischen Gesellschaften verbirgt sich ein peinliches Geheimnis: Wir haben ihn von anderen nicht nur geliehen, sondern ihnen gewaltsam abgepresst – von anderen, denen wir eben solchen Wohlstand wirkungsvoll vor enthalten. Ob es nun Platinminen in Südafrika sind, Textilfabriken in Südostasien oder die Plantagenwirtschaft in Lateinamerika: Es ist immer dasselbe. Anderswo sterben die Leute, damit hier so gelebt werden kann, wie es seit Menschengedenken getan wird.

Das wohlstandskapitalistische Modell wirtschaftlicher Wertschöpfung und – wie auch immer begrenzter und selektiver – sozialer Umverteilung der Wachstumserträge fußt wesentlich auf der hemmungslosen Ausbeutung von Arbeit und Natur in anderen Weltregionen. In Weltregionen, die damit zugleich die ökologischen und sozialen Kosten der hiesigen Produktions- und Konsumweise zu tragen haben. Die hierzulande herrschenden Lebensverhältnisse sind nur möglich geworden und lassen sich nur aufrechterhalten, weil Bevölkerungsmehrheiten in den „unterentwickelten“ Gesellschaften des globalen Kapitalismus unter uns unvorstellbaren Bedingungen arbeiten und leben.

Sicher, auch bei uns ist der Wohlstand äußerst ungleich verteilt, hat die Ungleichheit von Ein-

kommen und Vermögen zuletzt sogar weiter zugenommen. Doch müssen die hiesigen Ungleichheitsverhältnisse als in die Struktur und Dynamik globaler Ungleichheiten eingebettet verstanden werden. Global gesehen aber wird das, was uns als sozial allenfalls akzeptabel, angemessen und erträglich erscheint, durch gesellschaftliche Verhältnisse andernorts ermöglicht, die uns selbst als absolut inakzeptabel, unangemessen und unerträglich gelten würden. Und zwar zu Recht – weil sie genau dies nämlich sind.

Im Weltmaßstab betrachtet vollzieht sich unser Gesellschaftsleben zudem auf einem stofflichen und energetischen Verbrauchsniveau, das nicht nur nicht „nachhaltig“ ist, sondern als irrwitzig, ja nachgerade wahnsinnig gelten muss. Ein Niveau, das sich wiederum nur deswegen halten lässt, weil sich der Umweltverbrauch vieler Milliarden Menschen auf dieser Welt weit unterhalb des hiesigen bewegt.

Machen wir uns also nichts vor: Unser Leben geht auf Kosten anderer.

*... und alle wissen es*

Aber genau das tun wir: Wir machen uns etwas vor. Wir wissen zwar, was läuft. Aber wir wollen es eigentlich gar nicht wissen. Mehr noch: Wir müssen es auch gar nicht wissen wollen. Niemand zwingt uns dazu, es wissen zu müssen.

Und wir nehmen jedes Angebot, nicht wissen zu müssen, nur allzu gerne an.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Es geht nicht darum, im Allgemeinen und Ungefähren des „Wir“ die konkreten Verantwortlichkeiten verschwimmen oder gar verschwinden zu lassen. An ihnen kann ja auch nicht der Hauch eines Zweifels bestehen: Es sind selbstverständlich die großen, weltweit operierenden Konzerne und Kapitaleigner mit ihrer ökonomischen Macht und ihrem politischen Einfluss, die das globale Geschäft mit der Ausbeutung von Arbeit und Natur organisieren

Der Kapitalismus schafft sich die Subjekte, derer er bedarf – und er bedarf vor allem anderen der Wachstumssubjektivität, des endlosen kollektiv-individuellen Wollens nach Mehr.

und einen geradezu obszönen Profit daraus ziehen. Es sind natürlich die Wohlhabendsten dieser Welt, die Hyper- und Superreichen, die vom herrschenden kapitalistischen Überakkumulationsmodell wunderbar leben können. Und die aus jeder seiner zyklischen Krisen, die für andere die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen bedeuten oder sie gar das Leben kosten, mit noch mehr Macht und noch widerwärtigerem Hochmut hervorgehen. Zu Recht stehen sie daher im Fokus der öffentlichen Kritik, zu Recht zeigen kapitalismuskritische und globalisierungspolitische Aktivistinnen und Aktivisten genau auf sie, wenn es darum geht, Ross und Reiter zu benennen.

Aber Ross und Reiter – Amazon und Exxon, Monsanto und Rio Tinto, Kaeser und Schaeffler, Müller und Zetsche und wie sie sonst noch alle heißen mögen – galoppieren auf wohl bereitetem Gelände. Ihr falsches Spiel kann nur aufgehen, weil so viele dabei mitspielen. Und damit ist nicht die vermeintliche Macht der Konsumenten gemeint. Sondern die Entpolitisierung der Leute.

Ein halbes Jahrhundert Wachstum und ein Vierteljahrhundert Neoliberalismus haben ihre Spuren hinterlassen in der wohlstandsgesellschaftlich herrschenden Subjektivität, in den Hirnen und Herzen der Menschen. Der Wille zum Mehr einerseits, die Sorge um sich selbst andererseits sind keine persönlichen Bösartigkeiten Einzelner, auch keine anthropologische Konstante im Sinne des berühmten „so ist halt der Mensch“. Keineswegs: Es sind dies die sozialen Prägungen, die gesellschaftliche Subjekte in den wohlstandskapitalistischen Gesellschaften des Westens über eine längere historische Zeit hinweg erfahren und nach und nach verinnerlicht haben.

Der Wille zum Mehr ist nicht einfach individuelle Maßlosigkeit oder triebhafte Gier. Vielmehr ist dieser Wille fundamentaler Bestandteil einer gesellschaftlichen Formung des Handelns, die das Mehr – die kapitalistische Akkumulation – zum ökonomischen Zwang und sozialen Prinzip erhoben hat. Prinzipiell muss im westlichen Wachstumskapitalismus jede und jeder immer mehr wollen – ganz gleich ob er bzw. sie will oder nicht. Der Kapitalismus, so wusste der frühe Soziologe Max Weber, schafft sich die Subjekte, derer er bedarf – und er bedarf vor allem anderen der Wachstumssubjektivität, des endlosen kollektiv-individuellen Wollens nach Mehr.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Sorge um sich selbst. Nicht der Mensch ist egoistisch,

missgünstig und auf Konkurrenz gepolt. Das neoliberale Subjekt ist es – bzw. soll es sein. Seit Jahrzehnten ist uns immer und immer wieder eingetrichtert worden, von Wirtschaftsinstituten und Ökonomieprofessoren genauso wie von Parteioberen und Leitmedien, dass individuell vor kollektiv zu gehen habe, privat vor öffentlich, Eigentumsrechte vor Gemeingütern, überhaupt das Eigene vor den Anderen. Auch wenn man es sich nicht wünschen würde: Die entsprechende ideologische Indoktrination ist, in Verbindung mit den politisch institutionalisierten Marktzwängen, leider nicht spurlos an den Leuten vorbeigegangen.

So ist denn auch das ominöse, allgemein-ungefähre „Wir“ gemeint – niemand wird damit persönlich angefeindet, keiner soll moralisch gemäßigelt werden. Aber doch sind damit eben „alle“ angesprochen: Uns neoliberalen Wachstumssubjekten sind in unserem alltäglichen Handeln der Wille zum Mehr und die Sorge um uns selbst eingeschrieben. Und als neoliberale Wachstumssubjekte, die wir nun mal sind bzw. zu denen wir gemacht worden sind, lassen wir

Was dahintersteckt? Fast immer ist es auch ein zerbrochener Körper und eine geschundene Seele, verwüstete Natur und beschädigtes Leben.

uns gerne etwas vormachen. Wir glauben gerne, dass der Strom aus der Steckdose kommt oder jedenfalls das E-Mobil „emissionsfrei“ fährt. Wir hören gerne, was die Konzerne alles unternehmen, um ihre Lieferketten „transparent“ zu gestalten. Wir lassen uns gerne von den Sozialzertifikaten und Nachhaltigkeitspreisen blenden, die noch die übelsten Gesellen des transkonti-

entalen Ausbeutungsgeschehens reihenweise einheimen und sich stolz ans Revers heften dürfen. Damit wir alle uns in dem, was wir alltäglich so an Umweltvernichtendem und Lebenszerstörendem treiben bzw. treiben lassen, ein wenig besser fühlen können.

Wir glauben gerne an das Gute im globalen Kapitalismus, an grüne Lügen und bunte Hochglanzbroschüren. Wir wollen gar nicht wissen, was dahinter steckt. Dabei ist es nicht immer nur ein kluger Kopf. Sondern fast immer auch ein zerbrochener Körper und eine geschundene Seele, verwüstete Natur und beschädigtes Leben.

Was jetzt ansteht

Wenn alle darum wissen, aber tunlichst nichts wissen wollen, dann hat es doch vor allem um eines zu gehen bzw. um ein drittes: Nämlich darum, das eine wie das andere zum Politikum zu machen.

Es geht darum, fundiert und pointiert, mutig und gekonnt die Akteure der Ausbeutung beim Namen zu nennen. Und es muss zudem darum gehen, die Potemkinsche Fassadenkommunikation, die um uns herum betrieben wird und an der wir irgendwie alle gemeinsam teilhaben, als solche sichtbar werden zu lassen: Die stillschweigende Übereinkunft zu durchbrechen, der zufolge uns ein schöner Schein präsentiert wird – weil zugleich gewusst wird, dass wir die Wahrheit gar nicht wissen wollen. Es gilt, den ganzen Wachstumskonkurrenzswindel, in dem wir uns bewegen, auffliegen zu lassen, diesen Alternativenfurcht erregenden Etikettenschwindel, von dem wir uns beherrschen lassen.

Das ist leichter gesagt als getan. Und es ist auch leichter, diesen kritischen Appell an an-

dere zu richten als an sich selbst. Zum Beispiel an die Adresse all jener nicht-staatlichen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich den Kampf gegen das Elend der Welt und die Hilfe für die global Schlechtestgestellten auf die Fahnen geschrieben haben: Tun sie wirklich das Richtige? Sind sie in ihren Forderungen

Wenn alle darum wissen,  
aber tunlichst nichts wissen  
wollen, dann geht es um eines:  
Nämlich darum, das eine wie  
das andere zum Politikum zu  
machen.

gen und Schlussfolgerungen, in ihren Initiativen und Aktivitäten radikal genug? Politisieren sie das, was sie tun, und problematisieren sie das, was sie lassen, in einer ausreichenden, den gesellschaftlichen Verhältnissen unserer Zeit angemessenen Weise?

Zugegeben: Derartige Fragen sind hier aus den Innenwelten des großen Schwindels heraus geäußert. Von einer Position aus, die diesen Verhältnissen nicht äußerlich, sondern ihnen selbst verhaftet, in ihnen verfangen ist. Und ja: die von ihnen zehrt, ja von ihnen erst ermöglicht wird. Doch lässt diese Gefangennahme unserer selbst durch die herrschenden Verhältnisse das Richtige keineswegs falsch werden. Ganz im Gegenteil. Und auf eine Weise sollte es den Kampf gegen das Falsche nur umso selbstverständlicher, für uns selbst verständlicher werden lassen. Wenn wir uns nämlich gemeinsam darüber im Klaren würden, was hier eigentlich läuft.

Hinter die Fassaden schauen: Das steht an. Nur so schreiten „wir“ voran.



**Stephan Lessenich** ist Doktor der Soziologie und leitet das Institut für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Letztes Jahr erschien von ihm „Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis“. Er ist einer der Hauptredner auf dem medico-Festakt zum 50. Jubiläum in Berlin, am 26.5. 2018 in der Urania.



Achille Mbembe ist ein kamerunischer Historiker und politischer Philosoph. Er zählt zu den Vordenkern des Postkolonialismus. Mbembe lehrt heute an der University of the Witwatersrand in Johannesburg. Für sein Buch Kritik der schwarzen Vernunft wurde Mbembe 2015 mit dem 36. Geschwister-Scholl-Preis ausgezeichnet.

## NEUE ANTAGONISMEN / Von Achille Mbembe

Der Sicherheitsstaat wird aus einem Zustand der Unsicherheit gespeist, an dessen Schaffung er beteiligt ist und auf den er eine Reaktion zu sein behauptet. Während der Sicherheitsstaat eine Struktur darstellt, ist der Zustand der Unsicherheit ein Gefühl oder ein Affekt, eine Lage oder ein Verlangen. Mit anderen Worten, der Zustand der Unsicherheit bildet die Grundlage für die Funktionsweise des Sicherheitsstaates, insofern dieser letztlich eine Struktur darstellt, deren Aufgabe es ist, die für das heutige Leben konstitutiven Triebkräfte anzugehen, zu organisieren und umzuleiten. Der Krieg, der die Angst besiegen soll, ist indessen weder lokalen noch nationalen, noch regionalen Charakters. Er hat globale Ausmaße und sein Schauplatz ist das tägliche Leben.

Fast überall hat sich das traditionelle Feld der Antagonismen aufgelöst. Innerhalb der nationalen Grenzen erleben wir die Entwicklung neuer Formen der Gruppenbildung und des Kampfes. Sie basieren nicht mehr auf der Klassenzugehörigkeit, sondern auf Verwandtschaft und damit auf Blutsbanden. An die Stelle der alten Unterscheidung zwischen Freund und Feind ist die zwischen Verwandten und Nichtverwandten getreten, das heißt zwischen solchen, die durch das Blut oder die Abstammung miteinander verbunden sind, und solchen, von denen man glaubt, dass sie anderer Abstammung seien und einer anderen Kultur und einer anderen Religion angehörten. Diese Zugewanderten können letztlich nicht als Mitbürger gelten und hätten fast nichts mit uns gemein.

Sie leben unter uns, aber da sie nicht wirklich zu uns gehörten, müssten sie einfach zurückgestoßen oder auf ihren Platz verwiesen oder einfach aus dem Lande geschafft werden im Rahmen des neuen Sicherheitsstaats, der unser Leben heute prägt. Die innere Befriedung, der molekulare oder „stumme Bürgerkrieg“, die gewaltige Zahl der Inhaftierten, die Entkoppelung von Staatsbürgerschaft und Zugehörigkeit, die außergesetzlichen Hinrichtungen im Rahmen von Strafverfolgungspolitik – all das trägt zur Verwischung der alten Unterschiede zwischen innerer und äußerer Sicherheit bei, vor dem Hintergrund überbordender rassistischer Affekte.

*Der Auszug stammt aus dem Buch „Politik der Feindschaft“ von Achille Mbembe, erschienen 2017 bei Suhrkamp. Der kamerunische Philosoph, der in Südafrika lehrt und lebt, wird einer der Hauptredner beim medico-Festakt in der Urania und auf den medico-Veranstaltungen während der Konferenz der Humboldt-Uni zum Thema Emanzipation am 25. und 26. Mai 2018 in Berlin sein.*

# Kritik im Handgemenge

## Imperiale Lebensweise: Was ein neuer Internationalismus berücksichtigen muss

Von Ulrich Brand

Seit mindestens 20 Jahren bin ich Mitglied von medico international. Bis heute fasziniert mich, wie hier Kritik und Hilfe im Handgemenge praktisch werden. Es bedarf in dieser Welt der kritischen Nothilfe als Teil internationalistischen Handelns – leider und offensichtlich in diesen Jahren wieder mehr. Um einige Sachverhalte auf den Begriff zu bringen, die ein zeitgemäßer Internationalismus berücksichtigen muss, haben Markus Wissen und ich das Konzept der „imperialen Lebensweise“ vorgeschlagen.

Die kapitalistische Globalisierung und die damit einhergehenden wirtschaftlichen, politischen, sozialen und ökologischen Verwerfungen sind zuvorderst eine Strategie von imperialen Staaten und des Kapitals. Sie basiert aber auch auf dem ganz normalen Alltag vieler Menschen im globalen Norden. Möglich wird diese imperiale Lebensweise dadurch, dass der globale Norden auf die billigen Ressourcen und billige Arbeitskraft andernorts zugreift. Für die einen entsteht so Handlungsfähigkeit und materieller Wohlstand, aber auch – so politisch erkämpft und gewollt – eine funktionierende öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Für die anderen bedeutet es eine fortschreitende Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und eine Verfestigung von Abhängigkeitsverhältnissen.

Diese Lebensweise hat sich im globalen Norden durch den Globalisierungsprozess der letzten 30 Jahre gerade auch durch die Digitali-

sierung mit ihrem hohen Ressourcenverbrauch vertieft. Systematisch greifen die Menschen verstärkt auf Ressourcen, auf High-Tech-Geräte, aber auch auf T-Shirts, Autos, Nahrungs-

Die imperiale Lebensweise ist statusorientierte Lebensweise, die nicht nur die Umwelt zerstört, sondern auf sozialer Ungleichheit basiert und sie verschärft.

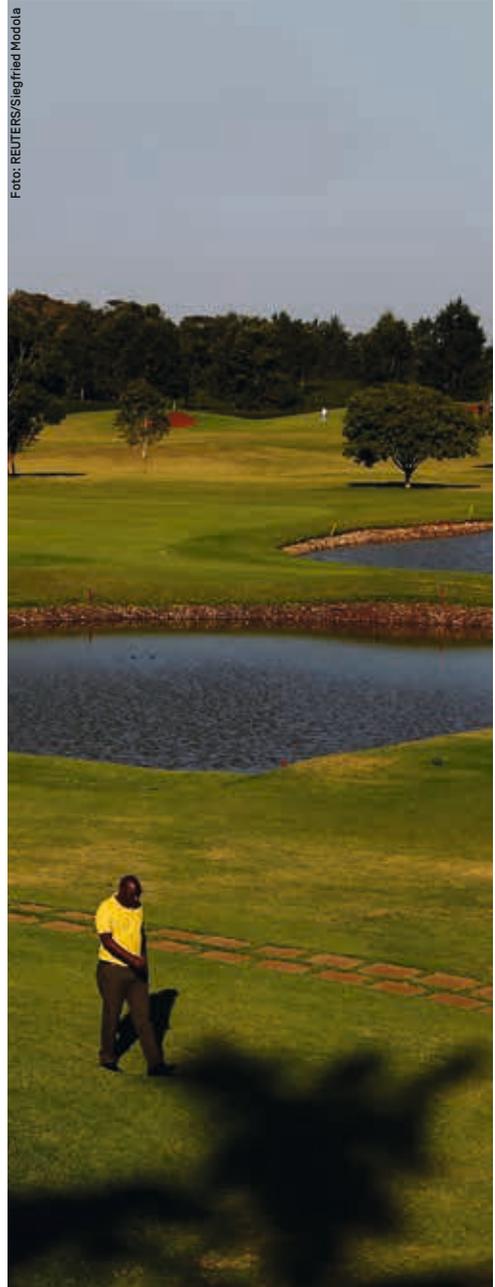
mittel und anderes zu, die unterbezahlte Arbeitskräfte im Süden produzieren. Subjektiv erleben das viele Menschen als Wohlstand. Die imperiale Lebensweise bedeutet nicht, dass alle Menschen im Norden gleich leben. Studien belegen vielmehr, dass die Größe des ökologischen Fußabdrucks weniger vom Bewusstsein abhängt, sondern vor allem vom Einkommen. Wer ein höheres Einkommen hat, kann vermehrt auf jene Produkte und Dienstleistungen zurückgreifen, die unter sozial und ökologisch problematischen Bedingungen produziert werden. Zudem: Die imperiale Lebensweise, wie sie hierzulande gelebt wird, ist eine statusorientierte Lebensweise, die nicht nur die Umwelt zerstört, sondern auf sozialer Ungleichheit basiert und sie verschärft. Die Mittelschichten

grenzen sich gegen die unteren Schichten bewusst ab, indem sie zeigen, dass sie sich aufgrund ihres hohen Einkommens ein Auto und viel Konsum leisten können. Das führt dazu, dass Menschen mit weniger Geld umso mehr ausgeschlossen werden und sich auch ausgeschlossen fühlen.

### Den Schaden haben andere

Diese Lebensweise, die immer auch eine Produktionsweise ist, kommt deutlich an globale ökologische Grenzen. Auch früher gab es immer wieder Regionen, die in bestimmten Konstellationen ökologisch kollabierten. Doch heute hat die ökologische Gefahr eine globale Dimension. In gewisser Weise siegt sich die imperiale Lebensweise „zu Tode“. Und sie produziert in Zeiten der Krise ein Paradox, das es politisch in sich hat: Vor allem im globalen Norden wirkt diese Lebensweise in Zeiten der Krise stabilisierend, denn die relativ billigen Lebensmittel werden über den Weltmarkt weiterhin in die Metropolen geschaufelt. Gleichzeitig verschärfen sich andernorts die politischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisen und damit die Ursachen von Konflikten und Flucht.

Die imperiale Lebensweise basiert aber auch darauf, dass ihre Voraussetzungen und negativen Folgen unsichtbar sind oder ignoriert werden. Der Schriftsteller Ilija Trojanow verwies im Jahr 2012 in einem Standard-Artikel auf eine von 20 Regierungen in Auftrag gegebene Studie der deutschen Registrierungsagentur für Sozial- und Wirtschaftsdaten (dara). Sie kam zu folgendem Ergebnis: Wenn die globalen Durchschnittstemperaturen so stiegen wie zuletzt, würden bis zum Jahre 2030 mehr als hundert Millionen Menschen an den direkten Folgen – Dürre, Trinkwassermangel, Ernteausfall, Armut und Krankheit – sterben. „100 Millionen sind keine Bagatelle“, so Trojanow, „100 Millionen



Die neuen Imaginationen eines anderen Afrika werden auch die Ungleichheit infrage stellen. Ein Golfplatz in Kenia.

sind mehr als die Opfer beider Weltkriege. Falls Sie diese Nachricht nicht wahrgenommen haben, grämen Sie sich nicht. Sie wurde ihnen vorenthalten. Der Grund liegt weniger in der Abgeklärtheit, mit der wir der Apokalypse ins Auge blicken, da uns seit Jahren Hollywood und andere popkulturelle Industrien an ihre Allgegenwart gewöhnt haben, sondern wohl eher in einem Nebensatz des Berichts, der leicht zu übersehen wäre: `Mehr als 90 Prozent dieser Toten werden Bewohner von Entwicklungsländern sein.` Nun ja, es wird die anderen treffen.“ Mit dem Begriff imperiale Lebensweise lassen sich auch rechtskonservative und rechtsextre-

Der Begriff trifft das Unbehagen vieler. Aber es bedarf einer grundlegenden Transformation des dominanten Entwicklungsmodells.

me Politiken in Europa und den USA besser verstehen. In Zeiten sozialer Spaltung und Verunsicherung verheißen sie mit ihrem politischen Angebot, durch Migrations-, Handels- und Außenpolitik zuvorderst die Interessen derer zu verteidigen, die in den kapitalistischen Zentren leben. Die anderen Weltregionen sollen in ihrer Rolle als Zulieferer von billigen Waren bleiben und Hilfe suchende Menschen werden abgewiesen. Die imperiale Lebensweise zeigt aber auch an, dass sich diese Lebensweise über den Aufstieg von Schwellenländern wie China oder Brasilien ganz dynamisch auch in der Bevölkerung des globalen Südens verallgemeinert. Sie macht die Ausweitung des Kapitalismus für immer mehr Menschen attraktiv. Entscheidend für die Reproduktion der imperialen Lebensweise ist eine global und jeweils innergesellschaftlich ungleiche Konstellation

– entlang von Klassen, Geschlechtern, Race, aber eben auch verallgemeinerten Produktions- und Konsummustern.

Anders leben – andere Verhältnisse

Ich bin hin und wieder in Ecuador. Dort habe ich erlebt, wie schnell in Zeiten hoher Erdölpreise und damit hoher Deviseneinnahmen des Staates die Anzahl der Autos und insbesondere der SUVs zunimmt. Auch dort greift die imperiale Lebensweise sofort.

Gleichzeitig hält der sich globalisierende Kapitalismus viele Menschen unter katastrophalen Lebensbedingungen. Aus einer geopolitischen Perspektive verstärken wirtschaftliche Globalisierung und die globale Ausweitung der imperialen Lebensweise den Bedarf an natürlichen Ressourcen in Ländern des globalen Südens. Die Konkurrenz um Land, etwa in Afrika, nimmt zu. Damit verstärken sich „öko-imperiale Spannungen“. Im Globalisierungsprozess der Nahrungsmittelindustrie werden Menschen von ihrem Land vertrieben, auf dem sie sich selbst ernähren konnten, um auf eben diesem Land Palmöl, Zuckerrohr oder Soja für die globalen Industrien und den Konsum im Norden anzubauen. Wenn sie sich dann erniedrigt und entrechtet für mehr als 2 US-Dollar am Tag als Plantagenarbeiter auf ihrem früheren Land verdingen, gelten sie in der Weltbank-Statistik als „aus der Armut befreit“. Die bittere Lebensrealität von immer mehr Menschen ist den Globalisierungsapologeten entgegenzuhalten, die uns mit Statistiken glauben machen wollen, die materielle Armut auf der Welt habe abgenommen.

Die Analyse aktueller Dynamiken sollte uns motivieren, nach Widersprüchen, Widerständen und Alternativen zur imperialen Lebensweise zu suchen und sie zu stärken. Zahlreiche

spannende Diskussionen auf Workshops und bei Buchvorstellungen haben mir deutlich gemacht, dass der Begriff der imperialen Lebensweise das Unbehagen vieler Menschen trifft. Unbehagen an autoritären politischen Tendenzen, zunehmender sozialer Polarisierung und Bereicherung der Eliten. Kritik im Handgelenge bedeutet, den sich globalisierenden Kapitalismus als multiples Herrschaftsverhältnis zu verstehen und zu verändern. Das scheint heute schwierig, da der dominante Globalisierungsdiskurs darin besteht, die Fahnen wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit und des Standortwettbewerbs hochzuhalten. Das Versprechen „Wenn wir am Standort zusammenhalten, leben wir besser“ ist nicht weit weg von „America First!“.

Wie können Alternativen zur imperialen Produktions- und Lebensweise aussehen? Es gibt vielfältige Widerstände und Vorschläge, etwa wie soziale Rechte verteidigt werden können, ohne dies auf Kosten anderer zu tun, sondern indem sie die Mächtigen und die mit ihnen verbundenen Herrschaftsverhältnisse infrage stellen. *medico* ist Teil dieser praktischen Suche nach Alternativen. Vor allem aber bedarf es einer sehr grundlegenden Transformation des dominanten nördlichen Entwicklungsmodells. Wir müssen raus aus der Komfortzone, wie das viele im „Sommer der Migration“ auch getan haben. Der Umbau des Ernährungssystems in eine ökologische Landwirtschaft bedeutet eine andere Ernährungsweise und ein anderes, nicht industriell-globales Produktionssystem. Dabei geht es auch darum zu zeigen, dass solche Entwicklungen ohne Konflikte und Kämpfe nicht zu haben sind. Eine wichtige aktuelle Erfahrung ist der Kampf der „Ende Gelände“-Bewegung um den Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung in Deutschland. Die muss Hand in Hand gehen mit dem Ausstieg aus den Kohleimporten aus Kolumbien und überall dort, wo die so-

zial und ökologisch Kohleförderung desaströs ist. Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Schließlich: Internationale Solidarität ist keine mit „dem“ Süden. Es bedarf auch der Kritik an der imperialen Lebensweise der Ober- und Mittelschichten in den Ländern des globalen Südens. Denn diese Lebensweise stabilisiert Herrschaftsverhältnisse und schafft durchaus Konsens – allerdings zu Lasten der Ärmeren und der Natur. Eine Kritik im Handgelenge, die nicht schick grün-alternativ und überheblich von Menschen und Organisationen aus dem globalen Norden vorgetragen wird, sondern in emanzipatorischer Absicht, darf auch davor nicht Halt machen.



Foto: Christoph Bockheiler

**Ulrich Brand ist Professor für Internationale Politik an der Universität Wien. Gemeinsam mit Markus Wissen verfasste er das kritisch-analytische Buch „Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus“ [oekom-Verlag München 2017], das es auf die Spiegel-Bestsellerliste schaffte. Im März 2018 erschien das von ihm und dem ecuadorianischen Ökonomen und Politiker Alberto Acosta verfasste Buch „Radikale Alternativen. Warum man den Kapitalismus nur mit vereinten Kräften überwinden kann“ [ebenfalls im oekom-Verlag], in dem es um die Debatten um Post-Wachstum in Europa und Post-Extraktivismus/Gutes Leben in Lateinamerika geht.**

# Afrika im Auf- bruch



Foto: REUTERS/ Rogan Ward

Die junge Generation fordert ihre Rechte ein. Demonstration von Studierenden in Südafrika.

## Eine junge Generation erneuert die Forderung nach Freiheit und Gleichheit. Ein Gespräch mit dem südafrikanischen Intellektuellen Premesh Lalu

Nach dem Ende des Systems Zuma ist in der südafrikanischen Gesellschaft ein Aufatmen spürbar, besonders bei denen, die den Kampf über Jahre geführt haben: zivilgesellschaftliche Organisationen und Medien, die unermüdlich Kritik äußerten und Hintergründe recherchierten; integre Personen des öffentlichen Systems, die sich der Korruption verweigerten und ihren verfassungsmäßigen Auftrag verteidigten; Oppositionsparteien, die ihre Rolle ernst nahmen. Möglich geworden ist der Aufbruch aber vor allem durch die radikale Veränderung des gesellschaftlichen Klimas, seit eine junge Generation an den Universitäten und Schulen im ganzen Land den Aufstand wagte – gegen den Fortbestand der kolonialen und rassistischen Logik von Bildungsinstitutionen, gegen die skandalöse ökonomische und soziale Ungleichheit, die sich in den Kategorien der Apartheid reproduziert, sowie gegen das Narrativ einer Versöhnung, die die Vergangenheit nicht aufarbeitet, sondern einen Mantel des Schweigens darüber gelegt hat. Im Zuge dieser Auseinandersetzung gelang es, fast unabsichtlich, die Forderung nach kostenloser Hochschulbildung für die Kinder der ärmeren Familien durchzusetzen. Die neue Regierung muss dies nun umsetzen – was Hypothek und Chance zugleich ist. Auch wenn keiner weiß, ob die Zukunft besser wird, und keiner dem neuen Präsidenten Cyril Ramaphosa wirklich vertraut: Einen Weg zurück gibt es nicht, auch nicht hinter die Erfahrung, dass jede staatliche Macht, sollte sie ihren Auftrag verraten, gestürzt werden kann.

**Usche Merk:** Nach jahrelangen mühsamen, aber auch hartnäckigen Kämpfen in verschiedenen Bereichen der südafrikanischen Gesellschaft ist es gelungen, Präsident Zuma von der Macht zu verdrängen und das – obwohl alle Zeichen dagegen sprachen – auf unblutige und letztlich demokratische Weise. Sein korruptes Klientelsystem an der Staatsspitze ist zumindest erschüttert, öffentlich entlarvt und diskreditiert. Wie beurteilst Du die aktuellen politischen Veränderungen in Südafrika?

**Premesh Lalu:** Ich bin vorsichtig optimistisch. Sehr ermutigend ist, dass sich die Haltung des Staates gegenüber seinen öffentlichen Einrichtungen und der Zivilgesellschaft verändert zu haben scheint. Zehn Jahre lang lebten wir mit Misstrauen, Verdächtigungen und politischer Intrige, die es sehr schwer machten, Institutionen aufzubauen. Öffentliche Einrichtungen hatten ihr Äußerstes versucht, um die Hinterlassenschaften der Apartheid zu beseitigen und die Anliegen aufrechtzuhalten, die nach 1994 formuliert wurden – zum Beispiel öffentliche Infrastrukturen verfügbar zu halten. Aber diese Sensibilität ist stetig erodiert, was die engagierten Schichten mehr und mehr hat erschöpfen lassen. Die Ereignisse der letzten Wochen haben ein Gefühl erzeugt, dass Staatsorgane sich neu an dem Mut und der Energie der Öffentlichkeit orientieren. Minister und Staatsträger scheinen wieder mehr zuzuhören und auf Kritik zu reagieren. Es gibt auf jeden Fall eine Stimmung, in der die Bürger sich selbstbewusster und optimistischer

äußern. Die Aufgaben sind gleichwohl gewaltig. Wir haben einen Rückstau von zehn Jahren und eine extrem schwierige globale Situation. Zudem gibt es sehr viele Hindernisse und komplexe politische Kämpfe quer übers Land. Aber wenigstens lebt etwas von den Versprechungen aus den 1990er Jahren wieder auf. Es gibt wieder ein Verständnis, dass wir über technische Lösungen für die Probleme von Ungleichheit und Armut hinausdenken müssen. Wir sollten diese Energien so weit wie möglich nutzen.

**Merk:** In den zwei Wochen, in denen ich in Südafrika war und kurz in eine andere Realität eingetaucht bin, hatte ich das Gefühl, dass sich einige Symbole und Diskurse grundlegend verschoben haben. Unerfüllte Sehnsüchte und Ideen aus dem Anti-Apartheid-Kampf leben wieder auf.

**Lalu:** Seit 1994 sind die Regierungspartei ANC, aber auch die ganze staatliche Infrastruktur immer selbstgefälliger geworden, weil sie glaubten, das erreicht zu haben, was es braucht, um mit den Folgen der Apartheid umzugehen. Es gab eine demokratische Verfassung, die in der ganzen Welt bejubelt wurde, und eine Wahrheits- und Versöhnungskommission. Außerdem war man nicht mehr an die Strukturen aus dem kalten Krieg gebunden, in dessen Kontext sich die politischen Debatten über die Zukunft nach der Apartheid entwickelt hatten. Aber sie verstanden nicht, dass Südafrika in einem globalen Kontext gefragt war. Wegen seiner Erfahrung des rassistischen Systems der Apartheid wurde von Südafrika erwartet, dass es sich der Welt als substantielle intellektuelle Intervention anbietet. Ein Staat, der nicht zuhört oder nur das hört, was er hören will, übersieht diesen Schlüsselaspekt. Ich selbst komme aus der Jugendbewegung der 1980er Jahre. Jetzt aber hat eine Generation die Bühne betreten, die in der Demokratie geboren wurde und von einer

tiefen Sehnsucht geprägt ist: Mit ihrem starken Gefühl von Idealismus hat diese Generation die Debatte über die Post-Apartheid-Freiheit als eine weltweite auf die Tagesordnung gesetzt. Antrieb der Diskussionen unter jungen Menschen in den Universitäten und Schulen ist ein Gefühl, auf eine viel bewusstere Weise zugehörig sein zu wollen. Sie wollen nicht nur Objekte

Mit ihrem starken Gefühl von Idealismus hat die junge Generation die Debatte über die Post-Apartheid-Freiheit als eine weltweite auf die Tagesordnung gesetzt.

staatlicher Dienste oder Empfänger von „Entwicklung“ sein, sondern Subjekte, die an der Definition der Bedeutung ihrer Freiheit teilhaben. Das ist eine unschätzbare Lektion für einen Staat, der aufgehört hatte zuzuhören. Und es geht nicht nur um Politik, es geht um Musik, um Film, um Bilder und darum, neue Bilder zu produzieren, es geht um das Verhältnis zu einer Welt neuer technologischer Ressourcen. Und es geht – auch das gehört dazu – um die Frustration, keinen Zugang zu diesen Ressourcen zu haben. Ich bin sehr begeistert davon, wie die junge Generation den sozialen Diskurs entscheidend verändert hat. Er kann dafür sorgen, dass die Post-Apartheid-Freiheit die Öffentlichkeit für das 21. Jahrhundert und ihre Bedeutung neu erfindet – und auf lange Sicht zur Entwicklung einer neuen Idee von Freiheit in der Welt beitragen.

**Merk:** Diese Veränderungen in Südafrika sind so merkwürdig und inspirierend, da sie die an so vielen Orten der Welt die Leute deprimiert und verzweifelt sind. In Südafrika herrscht Auf-

bruch, während es anderswo keine Hoffnung und kein utopisches Denken mehr zu geben scheint.

**Lalu:** Ich glaube nicht, dass es nur in Südafrika so ist, vielmehr beobachte ich es vielerorts auf dem Kontinent. Ich sehe es in Strukturen von jungen Leuten, die nicht mehr unbedingt das Mittelmeer überqueren, auswandern wollen, sondern darüber nachdenken, wie sie sich vor Ort neu definieren können und welche Ressourcen sich dafür mobilisieren lassen. Südafrika hat sich dabei von anderen Bewegungen in Afrika inspirieren lassen, von Dakar, Accra oder Nordafrika. Die Welt hat über Afrika stets in den Kategorien von Entwicklung oder Unterentwicklung nachgedacht. Dieses Paradigma aber ist für die junge Generation länderübergreifend nicht länger akzeptabel. Sie holen sich Mobilität zurück und ich glaube, dass das den politischen Diskurs auf dem Kontinent durchdringen wird. Es wird interessant werden, wie Afrika

Wir müssen aus dem Würgegriff des Paradigmas ausbrechen, über Afrika stets in den Kategorien von Entwicklung oder Unterentwicklung nachzudenken.

seinen Platz in der Welt wiedererlangen kann. Was können wir den Teilen der Welt anbieten, die im Griff rechtsradikaler Nationalismen und nihilistischer politischer Strukturen sind? Welche Möglichkeiten wohnen den aufkommenden ästhetischen und intellektuellen Traditionen Afrikas inne, die einen Ausgang aus den Drehbüchern der Gewalt in der Welt anbieten? Die lange und bittere Erfahrung der postkolonialen Kämpfe in Afrika haben zu sehr kreati-

ven Lebensweisen geführt. Das neue Narrativ besteht darin, dass Afrika sich selbst als eine Möglichkeit zu erfassen beginnt, über die Welt nachzudenken. Ich gebe ein Beispiel: Der ganze afrikanische Kontinent musste sich immer mit der Frage der Figur des Migranten auseinandersetzen. Europa hat damit erst kürzlich begonnen und macht es nicht sehr gut. Afrika hingegen bietet eine Idee, wie man über die Figur des Migranten als politisches Subjekt nachdenken kann – eben nicht als Objekt von Hilfe oder als Abfluss von Ressourcen. Migration in einer grundlegend humaneren Weise zu verstehen und sich dazu in Beziehung zu setzen, ist eine Voraussetzung für eine bestimmte Art von Gastfreundschaft. Hier kann Europa viel von Afrika lernen.

**Merk:** Ich finde es sehr wichtig, was du sagst. Denn meines Erachtens gibt es in Europa nicht wirklich ein Bewusstsein, sich Afrika zuzuwenden, um die Antworten auf die Herausforderungen von heute zu finden: Post-Apartheid als globale Aufgabe zu verstehen und eine koloniale Logik zu durchbrechen, ohne nur Gesichter auszutauschen.

**Lalu:** Über eines sollten wir uns im Klaren sein: Afrika hat eine lange Geschichte der Beteiligung an den internen politischen Krisen in Europa. Afrikanische Unabhängigkeitsbewegungen waren von ihren Begegnungen mit den Kämpfen gegen den Faschismus in Europa grundlegend geprägt. In Südafrika gilt das doppelt, wenn wir bedenken, dass die Apartheid nach, durchaus aber im Umfeld des Faschismus entstanden ist. Daran zeigt sich, dass der Kampf gegen die Apartheid tatsächlich ein Kampf gegen ein Problem ist, das weit über Südafrika hinausweist. Während Europa sich in giftige Nationalismen zurückzog, bestanden die Kämpfe für Unabhängigkeit und Dekolonisierung nach dem zweiten Weltkrieg darauf, ein Konzept der Welt aufrechtzuerhal-

ten. In gewisser Weise hatte Europa die Idee eines Weltkonzeptes aufgegeben. Ich denke an die Verzweiflung, die einen beim Anblick des Globusses überfällt, der in der Hand von Charly Chaplin's „Der große Diktator“ explodiert. Chaplin zeigt damit meiner Meinung nach, dass das europäische Engagement für ein Weltkonzept im Moment des faschistischen Aufstiegs verschwindet. Die großen Denker der afrikanischen Befreiung – sei es Léopold Sédar Senghor oder Frantz Fanon – aber haben stets an einem Weltkonzept festgehalten, ob in revolutionärer oder humanistischer Form. Wenn du die intellektuellen Beiträge der antikolonialen Kämpfe betrachtest – die intensiven Debatten über die Bedeutung von Freiheit und wie sie nach dem Trauma des zweiten Weltkriegs aussehen könnte –, siehst du ein gemeinsames intellektuelles Bemühen, ein anderes Bild der Welt zu entwerfen. Afrikanische intellektuelle Traditionen haben mitten im Kampf um Unabhängigkeit ein Bewusstsein für die Welt aufrechterhalten. Das ist der Geist, der hoffentlich in Südafrika heute wieder auflebt.

**Merk:** Das hoffe ich auch. Europa gehen die Ideen aus, es sollte sich mit Diskursen verbinden, die anderswo schon stattfinden.

**Lalu:** Edouard Glissant spricht von der Poetik der Beziehungen. Wir sollten uns fragen, wie die Welt aussehen könnte, würden Ideen die Hemisphären durchqueren, und welche unterschiedlichen Resonanzen sie auf dieser Reise auszulösen vermögen. Die Welt des Wissens ist das, was wir teilen, wenn auch nicht gemeinsam. Es ist wichtig, dass wir dem Fluss der Ideen offen gegenüberstehen. Und wir müssen herausfinden, wie Afrika nicht auf einen Diskurs von Entwicklung und Unterentwicklung reduziert werden kann. Dieses Paradigma sperrt das Potential der psychischen und kollektiven Selbstwerdung ein. Vielleicht zeigt uns die Begegnung mit den neuen technologi-

schen Ressourcen, wie viel mehr auf dem afrikanischen Kontinent passiert.

**Merk:** Was wären Deine Ideen und Empfehlungen für eine Organisation wie medico, die ihren 50. Geburtstag zum Anlass nehmen will, zurückzuschauen, zu reflektieren und sich neu zu erfinden?

**Lalu:** Mir fallen drei wichtige Bereiche ein. Der erste: Wie stellen wir wieder ein Bild der Welt her? Wir brauchen nicht nur eines sondern viele, die uns ermöglichen, den spezifischen Moment beschreiben zu können. Es bewegt sich vieles in der Welt und wir müssen herausfinden, welche Bilder diese Bewegungen ermöglichen und unterstützen und dabei die Gewalt verringern. Das zweite ist, über die Poetik von Beziehungen nachzudenken. Wie denken wir zum Beispiel über neue Beziehungen zwischen Mensch und Technik nach? Sie betrifft jeden Aspekt des Lebens, hat Einfluss

Es wäre ein wunderbarer Tag,  
würde man Afrika als Ressource  
dafür sehen, wie man das Leben  
lebenswert macht.

auf das Gedächtnis, unsere psychische und emotionale Selbstwerdung, unsere Sinne. Wir brauchen eine andere Deutung von Technologie als die, die die Frankfurter Schule in den 1930er Jahren entwickelt hat. Das Dritte ist, Beziehungen quer über Hemisphären zu schaffen. Begriffe wie „globaler Norden“ und „globaler Süden“, die so verbreitet sind unter Geber- und Entwicklungsorganisationen, sind einengend und auf vertraute Weise einseitig. Besser wäre es, quer zu den Hemisphären zu denken, um das gemeinsame Engagement einer Weltzugewandtheit aufzuzeigen. Ich

würde gerne von Bewegung und der Poesie der Beziehungen als einem Projekt denken, das Hemisphären überkreuzt: statt Nord-Süd auch Ost-West, Ost-Süd oder Süd-Süd. Hemisphären sind wie Membranen, durch die wir hindurchgehen.

**Merk:** Brauchen wir dafür nicht auch eine neue Sprache?

**Lalu:** Wenn Du jungen Leuten zuhörst und siehst, wie sie reisen, lernst du schnell die Grenzen einer Sprache kennen, die sich im geopolitischen Umfeld des kalten Krieges entwickelt hat. Ich habe ein digitales Kulturprojekt in Mexiko-Stadt mit großem Interesse verfolgt. Es ist absolut faszinierend, wie diese jungen Leute in und mit der Welt verbunden sind. Das ist eine Art und Weise zu lernen, die zu Zeiten der Berliner Mauer unvorstellbar war. Wir müssen das Aufregende nutzen und die Debatte verschieben: Statt von der Nutzung der Technik zu sprechen, sollten wir das Wissen über die Technik erweitern. Wir müssen auch aus dem Würgegriff des Entwicklungsparadigmas ausbrechen, wenn wir über einen Ort wie Südafrika sprechen. Das bedeutet nicht, die Probleme zu negieren. Ich schlage aber vor, dass wir uns den Energien zuwenden, die neue Imaginationen und intellektuelle Diskurse haben entstehen lassen. Das sind die Quellen eines lebensbestätigenden Narrativs. Im Moment engagiere ich mich dafür, wie wir dem Konzept der Post-Apartheid-Freiheit diese übergreifende Vision verleihen können. Hoffentlich ermöglicht uns die Veränderung im politischen Glücksspiel von Südafrika, dieses Ziel zu erreichen. Es wäre ein wunderbarer Tag, würde man Afrika als Ressource dafür sehen, wie man das Leben lebenswert macht.



Foto: Birbel Hoegner

Usche Merk begleitet seit vielen Jahrzehnten als medico-Projekt Koordinatorin die Prozesse in Südafrika. Weil sie dies so lange schon tut, ist ihr immer gelungen, Verständigungsbrücken in die komplexen Situationen zu schlagen: erst in den Antipartheids-Kampf, dann in die Bemühungen um die Aufarbeitung der Verbrechen durch das Apartheid-Regime und nun in die Post-Apartheid-Zeit, die nach langer Agonie, in der sich jeder um sich selbst kümmerte, in eine neue Aufbruchphase einzutreten scheint.



Foto: Vanessa Cowling

Premesh Lalu ist Professor an der University of Western Cape, einer Universität mit langer politischer Geschichte, die nun zum Treffpunkt vieler afrikanischer und globaler Intellektueller geworden ist. Premesh Lalu arbeitet an dem großen Projekt „Critical Thought in African Humanities“, das sich mit Diskursen, Kunst und öffentlichen Interventionen mit afrikanischer politischer Subjektivität, Kunst und Gesellschaft sowie Technologie und Menschsein beschäftigt.

Gemeinsam nachdenken: Aufruf zur Teilnahme am ersten medico-Laboratorium

# Kostet uns die Digitalisierung die Emanzipation?

**Im Jubiläumsjahr setzt medico-international ein Projekt zur Förderung kooperativer Nachdenklichkeit in die Welt: das erste medico-Laboratorium.**

Gemeinsam mit anderen Interessierten können dabei offene und aktuelle Fragen bearbeitet werden, die für eine kritische Hilfs- und Menschenrechtsarbeit von erheblichem Interesse sind. Das Nicht-Wissen-Wollen in der Externalisierungsgesellschaft [Stephan Lessensich, s.S. 18ff.] soll dadurch buchstäblich konterkariert werden. Dabei geht es uns nicht nur um die Machtinteressen von „Big Data“, sondern auch um die Aufklärung von bisher ungenutzten, auch ungewussten Möglichkeiten der Emanzipation. Deshalb folgen wir dem Vorschlag von Premesh Lalu [s.S. 26ff.], wonach es nun besonders wichtig sei, über neue Beziehungen von Mensch und Technik nachzudenken. Wenn es stimmt, dass das „eine Frage ist, die wir alle teilen, aber nicht gemeinsam“, dann reicht es nicht aus, dass wir als Individuen die neuen Techniken zu nutzen wissen. Es braucht darüber hinaus die kooperative, auch generationsübergreifende Reflexion über

die zunehmende Digitalisierung, ihre Regeln, Zwecke und Potenziale. Und weil Fragen nach Humanismus und Fragen nach Technik Teil desselben Prozesses sind, bedürfen gerade sie des Einsatzes kommunikativer Vernunft, also des offenen Dialogs auch gegensätzlicher Positionen.

Für medico international stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Digitalisierung und Emanzipation zuerst im Bereich der körperlichen und psychischen Gesundheitsvorsorge. Sind Techniken zur Ferndiagnose besonders in Ländern ohne ausreichende Versorgung zu begrüßen, stellt sich doch die Frage, ob die erhobenen Daten auch denen zugutekommen, von denen sie erhoben wurden. Werden die auf dieser Grundlage fabrizierten Medikamente am Ende für alle verfügbar sein oder für die als „überflüssig“ Gebrandmarkten unbezahlbar bleiben? Im Bereich der psychosozialen Gesundheit ist die Situation ähnlich ambivalent: Es spricht vieles für die Entwicklung niedrigschwellig verfügbarer Handyapps, die zur Bearbeitung von die Psyche beeinträchtigenden Situationen beitragen können. Andererseits

# me ierung die

können sie mittels geforderter „Selbstoptimierung“ und „Resilienzstärkung“ auch die Anpassung an Verhältnisse befördern, die eine Zweiklassenmedizin zementieren.

Das deutsche Ministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit experimentiert bereits mit Kryptowährungen in jordanischen Flüchtlingslagern und die UNICEF fördert entsprechende Blockchain-Start-ups. Der Vorteil liegt auf der Hand: der Empfänger erhält das Geld auf kürzestem Weg, eine NGO wird in der Folge jedoch nicht mehr zwingend benötigt. Soziale Bewegungen unterschiedlichster Couleur organisieren sich erfolgreich in sozialen Netzwerken, vom „arabischen Frühling“ bis zur „identitären Bewegung“ – während die Profite der Unternehmen hinter den Netzwerken immer neue Allzeithöhen erreichen. Voilà: Die Bedeutung der zunehmenden Digitalisierung für die Frage nach mehr oder weniger Herrschaft und Befreiung ist nicht zu gering zu schätzen. Wir laden daher zu gemeinsamem Nachdenken ein. Die Forschungsfrage 2018/2019 lautet: „Kostet uns die Digitalisierung die Emanzipation?“

## So geht's

Ab sofort können sich Gruppen von drei bis zehn Personen zur Mitarbeit bewerben. Anmeldeabschluss ist der 1. Juli 2018. Die teilnehmenden Gruppen werden bis zum 9. Juli benachrichtigt.

Das medico-Laboratorium beinhaltet 1. die teilnehmenden Gruppen, 2. ein medico-Wiki für die gemeinsame Arbeit an Texten und Erklärvideos, und 3. zwei gemeinsame Treffen aller Teilnehmenden: am 6. Oktober 2018 und am 1. Juni 2019. Am Beginn steht ein gemeinsames Kennenlernen der Teilnehmenden sowie der Austausch über die Forschungsfrage und ihre Facetten. Am Ende stehen hoffentlich viele gute und allgemeinverständliche Antworten, in Form von Essays oder Erklärvideos. Darüber hinaus besteht die Chance auf einen von drei Preisen, die unter den teilnehmenden Gruppen ausgelost werden.

[medico.de/laboratorium](http://medico.de/laboratorium)

# Regionale Wirklichkeiten

## Reportagen und Kontext

Die sozialen und politischen Realitäten, in denen sich die Arbeit der medico-Partnerinnen und Partner vielfach entfaltet, sind geprägt von nicht endenden kriegerischen Konflikten und Gewalt. Wie sie sich darin bewegen und zugleich auf ermutigende Weise darüber hinaus gehen, beschreiben Autoren, die auf die eine oder andere Weise mit medico verbunden sind.



# iten

e



# Hebron ist über- all



Foto: Hans-Georg Roth/Corbis via Getty Images

Mit seinem Werk „Los de Arriba y Los de Abajo“ [Die von Oben und die von Unten] greift der französische Künstler Kader Attia die Situation in der Altstadt von Hebron auf, wo sich die Palästinenser mit Gittern vor dem Unrat der jüdischen Siedler schützen.

# Israelische und palästinensische Stimmen über das Leben im besetzten Westjordanland

## Von Alexander Göbel

„Das hier ist nicht Israel“, sagt Yehuda Shaul. Gedankenverloren schweift sein Blick über die Hügel von Hebron. Hier, in Kiryat Arba, einer der jüdischen Siedlungen, „soll es sich nur so anfühlen“. Auf der Anhöhe über der Altstadt weht seit 50 Jahren die israelische Fahne, Soldaten der IDF, der Israeli Defense Forces, fahren Patrouille. Siedler pilgern zur Gedenktafel von Baruch Goldstein. 1994 hatte der jüdische Arzt in Hebron 29 Araber erschossen – in der Machpela-Höhle, von Juden und Muslimen gleichermaßen als Grabstätte Abrahams verehrt. Diese Bluttat habe Hebron für immer verändert, erklärt Shaul, einer der Gründer der besatzungskritischen Organisation Breaking the Silence. Denn spätestens seit damals sei diese Stadt, die für beide Religionen so viel bedeutet, ein Ort der Wahrheit – und für jüdischer Siedler der zentrale Eckpfeiler der Landnahme.

Die Zeit der Siedler begann vor mehr als 50 Jahren, am 5. Juni 1967, mit Israels so genanntem Sechstagekrieg gegen eine Koalition arabischer Staaten, darunter Syrien, Ägypten und Jordanien. Israel, der junge, 1948 gegründete jüdische Staat, gewann in diesem Krieg an allen Fronten, besetzte neben der Sinai-Halbinsel und dem Golan auch den Gazastreifen, Ost-Jerusalem, das Westjordanland. Vom Sinai hat sich die israelische Armee vor vielen Jahren zurückgezogen. Aber Gaza ist und bleibt abgeriegelt, durch das für alle Seiten heilige Jerusalem ziehen sich die Mauern – und in der Westbank hält das Besatzungsregime an. Mit der Politik der völkerrechtlich illegalen

Siedlungen schafft Israel weiter Fakten. Eine Zwei-Staaten-Lösung scheint in weiter Ferne, erst recht, seit die USA unter Präsident Trump beschlossen haben, ihre Botschaft nach Jerusalem zu verlegen – eine faktische Anerkennung der Okkupation.

Trumps Entscheidung sei „ein perfekter Sturm“ für all diejenigen in Israel, die am Status quo festhalten wollten, erklärt Amira Hass, Korrespondentin der israelischen Zeitung Haaretz in Ramallah: Natürlich sei die erschreckende Ineffizienz der Palästinensischen Autonomiebehörde zu kritisieren, die Korruption und der Klientelismus. Ihre besten Köpfe habe sie schon lange an das Ausland verloren, außerdem lähme die ewige, teils blutige Fehde zwischen Hamas und Fatah alle Versuche, eine nachhaltige Verwaltung für die Bevölkerung aufzubauen. Ungeduld und Verzweiflung würden immer größer und äußerten sich zwangsläufig in Gewalt, so Amira Hass. All das spiele der israelischen Regierung in die Karten und trage dazu bei, dass die radikalen Kräfte „das Narrativ des Antisemitismus weiter nutzen, um jegliche Kritik an der Besatzung im Keim zu ersticken“, so Amira Hass.

## In der Geisterstadt

Wie schwierig die Lage für die Palästinenser ist, zeigt sich vor allem in den so genannten C-Gebieten. Sie gehören zwar zum Westjordanland, werden aber vom israelischen Militär kontrol-

liert. Hebron, die Stadt im zentralen Süden der Westbank, ist in diesem Zusammenhang ein ganz besonderes Politikum: Als die UNESCO 2017 Hebron ins Weltkulturerbe aufnahm, verkündeten die USA und Israel daraufhin ihren Austritt aus der Kulturorganisation der Vereinten Nationen – wegen „anhaltender anti-israelischer Tendenzen“. Nirgendwo leben Juden und Palästinenser so eng beieinander wie in Hebron. Doch seit 1997 ist die Stadt geteilt, in die palästinensische Zone H1 und die jüdische H2. Für Palästinenser und Juden gelten in der H2-Zone unterschiedliche Regeln. Die Israelis unterliegen dem israelischen Zivilrecht, die Palästinenser der Administrativverwaltung – und damit dem Militärrecht und den Regeln der Besatzungsmacht. Die Siedler sehen sich als Pioniere.

Yehuda Shaul weiß, was sie denken. Als Offizier war er in Hebron stationiert. Der exklusive Auftrag: 650 Soldaten der IDF schützen 850 Siedler, die sich – getragen von der Mission Hebron „zurückzuerobern“ – in festungsartigen Anlagen inmitten einer palästinensischen Stadt mit gut 200.000 Bewohnern eingerichtet haben. Möglich wird das auch dadurch, dass die Soldaten die Palästinenser in Atem halten, mit Durchsuchungen, Festnahmen und Schikanen aller Art. „Seit der zweiten Intifada im September 2000 hat es bis heute keine Unterbrechung gegeben, nicht mal eine Sekunde. Jeder Palästinenser soll jederzeit spüren, dass wir ihm im Nacken sitzen – überall und immer.“

Wo in Hebrons jüdischem Teil H2 noch palästinensische Familien leben, haben sie ihre Fenster vergittert, um sich vor Steinwürfen der Siedler zu schützen. Als Hebron geteilt wurde, lebten noch rund 35.000 Palästinenser in der H2-Zone. Zehn Jahre später hatten schon über 40 Prozent der Muslime die Gegend verlassen. Hunderte Wohnungen wurden geräumt, fast alle Märkte geschlossen. H2, der

historische Teil Hebrons, ist heute eine Geisterstadt – mit Wachtürmen der Armee, mit Beton-Blockaden, Mauern, zugeschweißten Türen. Manche Straßen sind laut Militärjargon „steril“ – also komplett abgeriegelt: als Puffer für jüdische Siedlungen. Andere Straßen, auf denen sich die Siedler frei bewegen dürfen, sind für Palästinenser gesperrt. Sie können nur vom Fenster aus beobachten, wie eine jüdische Schülergruppe über die berühmte Shuhada Road spaziert, während die Lehrer sie mit Maschinengewehren bewachen. Auf all diese Weisen, sagt Yehuda Shaul, würden Fakten geschaffen: „Die Besatzung basiert nicht auf den großen Siedlungsprojekten. Es sind Tausende und Abertausende kleine Dinge, die hier im Westjordanland jede Sekunde passieren. Wenn also jemand hebräische Straßenschilder mitten in Hebron aufstellt, hat das schon eine Bedeutung!“

Wer als Palästinenser in H2 lebt und nach H1 will, muss zu Fuß durch einen Checkpoint mit schwer bewaffneten, meist sehr jungen israelischen Soldaten. Erst jenseits dieser Kontrolle sei Palästina, da beginne das Leben, sagt Issa

Die Besatzung basiert nicht auf den großen Siedlungsprojekten. Es sind tausende kleine Dinge, die hier jede Sekunde passieren.

Amro von der palästinensischen Organisation Youth Against Settlements. Auf dieser Seite der Mauern werde er nicht respektiert: „Sie sehen uns nicht als Menschen. Ein Siedler hat mich vorhin erst bespuckt und als Terrorist beleidigt. Das ist kein Umgang mit Menschen.“ Unzählige Male wurde Issa Amro festgenommen, ver-

hört, auch gefoltert. Trotz allem setzt er sich für gewaltfreien Widerstand gegen die Besatzer ein. Traurig macht ihn, dass er viele junge Palästinenser nicht mehr erreicht. Dass sie zu den Waffen greifen, weil sie verzweifeln. „Wenn sich die Internationale Gemeinschaft nicht einschaltet, dann wird es noch mehr Siedlungen geben, und dann werden wir irgendwann den Punkt erreichen, an dem einfach keine Lösung mehr möglich ist.“

### Besatzungskritik unter Druck

In Hebron ist die alltägliche Gewalt greifbar und immer wieder wird scharf geschossen – wie im Fall des israelischen Feldwebels Elor Azaria. Er hatte im März 2016 einen schon verletzt am Boden liegenden palästinensischen Messer-Angreifer per Kopfschuss getötet. Azaria gilt vielen als Held, wurde wegen Totschlags nur zu eineinhalb Jahren Haft verurteilt. Yehuda Shaul hingegen gilt nicht als Held: 2004 hatte er mit anderen Ex-Soldaten die Organisation „Breaking the Silence“ gegründet. Darum geht es ihm bis heute: Das Schweigen über die Besatzungsrealität zu brechen und der israelischen Gesellschaft einen Spiegel vorzuhalten. Deswegen führt er immer wieder vor allem junge Israelis nach und durch Hebron – obwohl es für ihn immer auch eine Art Spießrutenlauf ist. „Hau ab!“, schreit ein wütender alter Siedler ihm ins Gesicht. Jugendliche stellen sich ihm in den Weg und beleidigen ihn als „Schwein“ und „Hurensohn“.

Die Anfeindungen vor Ort haben ihre Entsprechung in der konservativen israelischen Regierung. So will Ajelet Schaked, Israels Justizministerin von der nationalreligiösen Siedler-Partei Jüdisches Heim, von der Kritik an der Besatzung nichts hören: „Der israelisch-palästinensische Konflikt ist nicht das eigentliche Problem im Nahen und Mittleren Osten – der Status

quo ist die beste Option für alle.“ Diese Haltung steht hinter der zunehmenden Behinderung und Gängelung von siedlungskritischen Nichtregierungsorganisationen wie Breaking the Silence, Physicians for Human Rights oder B’Tselem. Immer häufiger beklagen diese Organisationen und zahlreiche linksliberale Medien eine massive Einschränkung ihres Handlungsspielraumes durch immer neue staatliche Vorgaben.

### Landnahme schreitet voran

Auch in Susiya fühlen sich die Palästinenser von Siedlungen umzingelt. Susiya ist eines der vielen kleinen Beduinendörfer in „Area C“. Rund 45 Familien, 350 Menschen, leben hier seit vielen Generationen – in Bretterverschlägen und Zelten, denen Plastikplanen als Dächer dienen; gesichert mit Seilen, Autoreifen und Felsbrocken. Bauern züchten Ziegen und Schafe, erzeugen den traditionellen salzigen Käse, ernten ihre Obstbäume. Wasser für den täglichen Bedarf müssen sie hier über solarbetriebene Pumpen aus dem Boden zapfen, die mit der Hilfe von medico international errichtet wurden. Für Mensch und Tier reicht das Wasser selten. Die israelische Wassergesellschaft hat zwar Leitungen in dem Gebiet gelegt. Die beliefern aber nur die Siedler. Wenn es nach israelischen Behörden geht, soll Susiya ohnehin bald verschwinden. „An Orten wie diesen wird entschieden, wohin die Reise geht“, erklärt Yehuda Shaul. „Hier sind fast 20 Beduinendörfer von der kompletten Zerstörung bedroht. Es geht um riesige Landflächen. Wenn Susiya fällt, dann fallen die gesamten südlichen Hebronberge an Israel. Dann wird diese gesamte Region für Siedlungen und Vorposten geräumt werden.“

Es gibt Räumungs- und Abrissbefehle, die Planierarbeiten der israelischen Militärverwaltung

können jederzeit anrücken. „Jüdische Siedler versperren uns palästinensischen Bauern den Weg, wenn wir unsere Ziegen auf die Weide treiben“, berichtet Nasr Al Nawajje, Sprecher der Familien von Susiya. „Sie bedrohen, sie bespucken uns, sie werfen Steine, zerstören Weiden und Obstbäume.“ Mit einem Glas Tee in der Hand sitzt er in seinem Zelt auf einem Teppich, zeigt Videos von Übergriffen, die er mit seinem Handy gefilmt hat. Ruhe findet Nasr nicht. Ständig klingelt sein Telefon. Die Anwälte in Tel Aviv halten ihn wegen der Räumungsklagen auf dem Laufenden. „Was ich fast noch schlimmer finde als die ständige Angst vor der Zerstörung unseres Dorfes: Dass sie dann andere Familien enteignen, damit wir dann dort auf ihrem Land wohnen. Sie zetteln Streit zwischen uns an und zerstören unsere Gesellschaft.“

## Israel ist längst hier

Während der Fahrt zurück geht am Horizont langsam die Sonne unter. Der tiefblaue Himmel wird pastellrot, legt eine friedliche Stimmung über die sanft geschwungene Silhouette der Hebronberge. Da hinten, hinter der Grünen Linie, ist Israel. Aber Israel ist längst hier. Die Landschaft der Hebronberge wird zerschnitten von asphaltierten Zufahrtsstraßen, von Siedlungen, Outposts und Kasernen der IDF. 50 Jahre habe Israel es geschafft, fast fünf Millionen Palästinenser zu kontrollieren, sagt Yehuda Shaul. Weitere 50 Jahre sei diese Situation nicht zu halten. „Wenn die Regierung weiterhin auch nur einem einzigen Siedler erlaubt, sich hier niederzulassen, wird es nicht aufhören. Aber sie könnte es stoppen. Sie müsste es nur wollen. Alles andere sind Märchen.“ Und deswegen macht er, allen Anfeindungen zum Trotz, immer weiter.

„Gerade wer Israel liebt, muss sich engagieren. Denn die gesellschaftlichen und sicherheits-

politischen Folgen von 50 Jahren Besetzung sind dramatisch, auch für die Besatzungsmacht und die Demokratie in Israel.“ Sogar Israels Staatspräsident Reuven Rivlin muss heute feststellen: „Es ist Zeit, einzugestehen, dass unsere Gesellschaft krank ist.“ „Was ist Israel?“, fragt sich Yehuda Shaul. „In was für einer Gesellschaft wollen wir leben? Was bedeutet es, heute Jude zu sein? Das sind die Themen, um die es eigentlich geht und um die gestritten werden muss!“



**Alexander Göbel, Jahrgang 1974, hat in Bonn, Köln und in den USA Politikwissenschaften, Geschichte und Amerikanistik studiert. Nach einem Volontariat bei der Deutschen Welle 2002-2004 arbeitete er einige Jahre als Redakteur mit Schwerpunkt Afrika und Entwicklungspolitik bei der DW, außerdem als freier Reporter für Hörfunk und Print. 2009 bis Herbst 2015 war er Hörfunkkorrespondent der ARD für Nord- und Westafrika im Studio Rabat. Seit Ende 2015 lebt er als freier Journalist in Frankfurt am Main.**

## Paradoxe Situation

Israel/Palästina ist eine der größten Projektregionen von medico international. Die Zusammenarbeit mit und die Unterstützung von israelischen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Breaking the Silence, Kerem Navot oder Physicians for Human Rights Israel zählen genauso dazu wie die Förderung der Menschenrechtsarbeit in den palästinensischen Gebieten, u.a. durch Al Mezan im Gaza-Streifen. Während diese Menschenrechtsarbeit auf beiden Seiten, die immer wieder auch in Konflikt mit ihren eigenen Regierungs- und Herrschaftsstrukturen geraten, wesentlich aus Spendengeldern finanziert wird, erhält medico auch beachtliche Summen von deutschen Ministerien. Gefördert werden damit insbesondere die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in den palästinensischen Gebieten und die Verteidigung von Landrechten im Jordantal und andernorts. Solange der israelisch-palästinensische Konflikt keine politische Lösung erfährt, und danach sieht es weiterhin nicht aus, ersetzt medico genauso wie seine palästinensischen Partner eine eigenständige palästinensische öffentliche Infrastruktur und übernimmt die humanitäre Verantwortung, die eigentlich Israel als Besatzungsmacht hätte. Eine also in vielfacher Hinsicht paradoxe Situation für eine Organisation wie medico, die sich die Überwindung von Hilfsabhängigkeit als Teil von Emanzipation zur Aufgabe gemacht hat.

**Spendenstichwort:**  
Israel/Palästina

# Gegen alle Grenzen



Foto: Mark Mühhaus/attenzione

Die syrischen Kurden waren gut genug, gegen die Terrorherrschaft des IS zu kämpfen. Ihre Zukunft bleibt ungewiss.

# Die „kurdische Frage“ ist nichts weniger als die Frage nach Demokratie und Zukunft im Nahen Osten

## Von Martin Glasenapp

Die Bilder schockierten. Islamistische Kämpfer skandierten mit erhobenem Zeigefinger Gott-ist-Groß-Rufe, sie zerstörten Statuen der Kurden. Türkische Soldaten zeigten faschistische Handzeichen und riefen osmanische Kriegsparolen. Eine türkische Flagge wurde am Rathausbalkon entrollt und deutsche Leopard-2-Panzer rollten durch die Stadt, Plünderungen und Brandschatzungen begleiteten diese Szenerie. Der siegreiche Feldherr in Ankara nannte den Tag ein „Werk Allahs“. Die syrisch-kurdische Stadt Afrin war gefallen. Nach mehr als einem Monat war es der türkischen Luftwaffe gelungen, mit ihren andauernden Bombardierungen die kurdische YPG-Miliz zum Rückzug zu zwingen. Anstatt sich in einen blutigen Häuserkampf einzulassen, der unweigerlich die Zerstörung der Stadt und Tausende tote Zivilisten zur Folge gehabt hätte, beschloss die Verwaltung von Afrin die Evakuierung der Bevölkerung. Bis zu 250.000 Menschen verließen die Region und sind jetzt Vertriebene.

### Der Berg der Kurden

Die Region Afrin war bis zu ihrer Eroberung eine kleine Insel des Friedens und der Vernunft inmitten des syrischen Bürgerkrieges. Seit Jahrhunderten wird die Gegend „Kurd Dagh“, der „Berg der Kurden“, genannt. Berühmt für die Schönheit seiner Gipfel und ertragreichen Täler. Es soll in Afrin mehr als 13 Millionen Olivenbäume geben. In Afrin lebten Kurden seit Ewigkeiten – und mit ihnen zahlreiche religiö-

se Minderheiten: Christen und Êzîdi, aber auch Aleviten aus der Türkei. Alle anderslautenden Behauptungen des türkischen Staatspräsidenten Erdoğan sind reine Kriegspropaganda. Ihm geht es offenbar darum, das alte Arabisierung-Projekt des al-hizām al-‘arabi (Arabischen Gürtels) jetzt auch in Afrin mit einer islamistischen Komponente neu aufzulegen. Oder ist es nur Zufall, dass türkische Kampflieger in Afrin gleich zu Anfang die hethitische Tempelanlage Ain Dar zu Ehren der Göttin Ištar aus der Zeit des 13. bis 8. Jahrhunderts v. Chr. mit Luftschlägen in Geröll verwandelt haben? Nein, Erdoğan will die plurale Religiosität und kulturelle Vielfaltigkeit der Region auslöschen. Da unterscheidet sich der neue türkische Sultan in seinem Denken nicht sonderlich von den Taliban, die die Buddhas von Bāmiyān sprengten, oder dem IS, die vorislamische Bauwerke von Hatra und Palmyra zerstörten. So wie die Imame seiner früheren Erweckungsbewegung die Gräber der Êzîdî in der Türkei nach Mekka drehten, um sie im Nachhinein zu islamisieren, greift Erdoğan jetzt de facto alte Pläne der syrischen Baath-Regierung auf.

### Ethnische Säuberungen

In der Türkei leben etwa 3,5 Millionen syrische Flüchtlinge. Wenn die Türkei nun einen Teil dieser arabisch-sunnitischen Flüchtlinge in neugeschaffenen „Schutzzonen“ wie Afrin ansiedelt, wie es Erdoğan ankündigt, erklärt sich vielleicht auch, warum die deutsche Bun-

desregierung so auffällig still in ihrer Kritik an Erdoğan's Krieg blieb – bevor Afrin erobert war. Denn für die herrschende Politik in Berlin wie Ankara könnte es eine perfide Rendite in diesem schmutzigen Spiel geben: Der vermeintliche Migrationsdruck nach Europa könnte abnehmen, wenn syrische Flüchtlinge „nach Syrien“ zurückkehren und aus türkischer Sicht würde so zugleich auch der kurdische Bevölkerungsanteil dieser Gebiete an ihrer Grenze gesenkt werden. Solch ein „demografisches Engineering“ durch staatliche Zwangsumsiedlungen wäre nichts Neues – die syrischen Kurden kennen das noch aus der Zeit von Hafez al-Assad, des Vaters des jetzigen syrischen Diktators. Im nordöstlichen Gouvernement al-Hasaka wurde ab Beginn der 1970er Jahre ein 350 Kilometer langer Streifen zwangsarabisiert. Das kurdische Afrin im Westen Syriens konnte damals seine ursprüngliche Bevölkerungszusammensetzung weitgehend erhalten, was sicherlich auch an dem fehlenden Erdöl lag. Jetzt will Erdoğan die demografische Neukomposition erzwingen. Im gesamten Kanton Afrin gibt es etwa 360 kurdische Dörfer. Nirgendwo sonst in Syrien ist der kurdische Bevölkerungsanteil so hoch. Nun droht die Zwangsarabisierung dieses Kulturraums und mit ihm die Vernichtung des letzten zusammenhängenden Siedlungsgebiets der Êzîdi.

Der Krieg in Afrin hat keinerlei Einfluss auf das tägliche Leben in Damaskus und hat absolut nichts mit einem Regimewechsel zu tun. Die Türkei will sich imperial ausdehnen. All das geschieht für ein Mitglied der NATO in selten gesehener Offenheit. Nein, der türkische Staatspräsident Erdoğan redet heute über Afrin so, wie Wladimir Putin in Russland über die Krim spricht. Ohne jede Hemmung spricht Erdogan von Afrin als Teil des mythischen „Roten Apfel“ („Kizil Elma“), der im Osmanischen Reich als Symbol imperialer Bestrebungen und später als Sinnbild von auf Zentralasien ausgerichteten

pan-türkischen Ambitionen galt. Diese tägliche Propaganda hat in der Türkei mittlerweile George-Orwell-mäßige Züge angenommen. Die türkischen Staatsmedien publizieren Landkarten, in der nicht nur Teile Griechenlands in eine künftige neue Türkei einverleibt werden, sondern auch der gesamte syrische Nordwesten bis hin zur irakischen Grenze besetzt und damit kurdenfrei ist. Auf die Dauer der Besetzung von Afrin angesprochen, zog ein Berater von Erdoğan den Vergleich mit der türkischen Invasion Zyperns. Die USA, die ihre Truppen gemeinsam mit der kurdischen YPG etwa 120 Kilometer östlich von Afrin in der arabischen Stadt Manbij stationiert haben, werden gezwungen sein, zwischen ihrem NATO-Verbündeten Türkei und ihren kurdischen Alliierten der YPG zu wählen.

## Die Rechte der Staatenlosen

Die Geschichte der Kurden zeigt, wie verkommen nahöstliche Realpolitik sein kann. Die Sieger des Ersten Weltkriegs übergaben die Kurden, als sie aus Niederlage und Untergang des Osmanischen Reichs neue Linien im Sand zogen und damit bis heute bestehende staatliche Realitäten schufen. Großbritannien und Frankreich teilten in ihrem geheimen Sykes-Picot-Abkommen 1916 nicht nur kurdische Siedlungsgebiete auf, sondern sie schlossen eine koloniale Vereinbarung, die die Geschichte des Nahen Ostens prägen sollte. Um diese Reißbrettarchitektur zu stabilisieren, wurden Kolonialregime eingesetzt oder Monarchien unterstützt. Auf sie folgte das Modell eines autoritären, assimilierenden und auf Entwicklungspolitik setzenden Nationalstaates wie im Irak und in Syrien, letztlich auch in der Türkei. Die daraus hervorgegangenen Regime setzten zumeist auf eine autoritäre Stabilisierung und waren niemals zu wirklichen demokratischen Konzessionen bereit.

Erst der Arabische Frühling erschütterte ab 2011 die traditionelle Despotie im arabischen Raum. Die Protestierenden wandten sich fast überall gegen die sozioökonomischen Nöte wie Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und die allgegenwärtige Korruption. Zugleich kritisierten sie Willkürherrschaft und Polizeigewalt und die jahrzehntelange Einschränkung politischer Rechte. Es ging aber auch um mehr: Vielfach wurden nicht nur bürgerliche Freiheiten eingefordert, sondern auch das Recht auf interne Selbstbestimmung und damit auch das Recht auf kulturelle, ethnische oder religiöse Differenz.

Die gewalttätigen und furchterregenden Eruptionen in Syrien und im Irak zeigen, dass die Antwort auf den überkommenen arabischen Nationalismus nicht nur die erhoffte demokratische Emanzipation, sondern auch die reaktionäre Gegenbewegung des politi-

Der Krieg in Afrin beweist auf bittere Weise die politische Verlogenheit des freien Westens, wenn es um Demokratie und Freiheitsrechte geht.

schen Islams sein kann. Der Terror des „Islamischen Staates“, so mittelalterlich er auch wirkt, ist dabei in Wahrheit eine Spielart des globalisierten Denkens. So wie der syrische Präsident Baschar al-Assad nur sich als politische Maxime des Möglichen zulassen will und dafür bereit ist, sein halbes Land zu zerstören, so kann der Fundamentalismus weder eine ethnische noch kulturelle Unterschiedlichkeit akzeptieren. Ob es sich um kulturelle Artefakte und historische Baureste handelt, oder aber um religiöse Minderheiten und ethnisch sich anders definierende Bevölkerungen, der

moderne islamische Fundamentalismus kann weder eine Kultur- noch Religionsgeschichte als Erkenntnisprinzip zulassen, würde sie doch seinen Absolutheitsanspruch außer Kraft setzen. Deswegen zerstörte der IS vorislamische Tempelanlagen, versuchte er die Êzîdi auszu-rotten und ist auch der Todfeind der Idee einer multiethnischen und multireligiösen lokalen Selbstverwaltung, wie die Kurden sie in Nordwestsyrien erproben.

### Das demokratische Experiment

Die Kurden in Syrien sind die größte ethnische Minderheit des Landes. Als staatenlose Bevölkerung blieb ihnen immer nur die Wahl zwischen Assimilierung und Unterwerfung. Wahlweise in der Türkei, aber eben auch in Syrien. Ihr Versuch den weitgehenden Rückzug der syrischen Zentralmacht für ein eigenes Autonomieprojekt zu nutzen, war der historische Schritt zu sich selbst zu finden. Die Kurden Syriens, jahrzehntelang die Ausgeschlossenen unter den Ausgeschlossenen, bildeten im Zuge des syrischen Bürgerkriegs eine offene Gesellschaft. Sie taten Dinge, die unerhört bleiben werden, selbst wenn sie alle vernichtet würden, weil sie jede Konvention durchbrachen: Der Kanton Afrin erkannte als allererste Verwaltungseinheit in der arabischen Geschichte die Êzîdi als Religionsgemeinschaft an. Nicht nur das Kurdische, sondern alle Sprachen im Nordwesten Syriens wurden offizielle Amtssprachen. Gemeinde- und Distriktversammlungen sind gewählt und werden gemäß ihres Anteils von Kurden, Arabern, Armeniern und Aramäern an der Bevölkerung zusammengesetzt. Es gibt in allen offiziellen Amtspositionen eine fünfzigprozentige Geschlechterquotierung.

Der Krieg in Afrin beweist auf sehr bittere Weise die politische Verlogenheit des freien Westens, wenn es um Demokratie und Freiheitsrechte

geht. Die syrischen Kurden waren gut genug, die Welt und die Êzîdi vor den islamistischen Schlächtern des IS zu retten. Der Westen feierte sie und war berührt ob ihres Mutes in Kobanê und bei der Rettung der Êzîdi vom Berg Shingal im Irak. Aber das heißt noch lange nicht, dass der gleiche Westen ihre Rechte gegen den aktuellen Einmarsch der türkischen Armee verteidigt hätte. Dabei ist die „kurdische Frage“ im Nahen Osten nichts weniger als die Demokratiefrage der Zukunft. Der Krieg um Syrien ist längst der „Ground Zero“ einer multilateralen Weltordnung, deren Scheitern sich im völligen Fiasko des UN-Sicherheitsrates manifestiert. Die USA sind in Syrien präsent, aber sie haben sich aus den Genfer Verhandlungen de facto politisch in einen neuen Isolationismus verabschiedet. Das sicherheitspolitische Vakuum besetzen nun Russland, der Iran, die Türkei und die Golfstaaten. Sie entscheiden nach ihren geopolitischen Interessen, was aus Syrien wird. Wenn die alte Ordnung an ihr Ende kommt, müssen die essentiellen Fragen von Schutz, Sicherheit und Freiheit neu verhandelt werden. Wie schützen sich diejenigen, die eine Staatlichkeit überwinden wollen, wie es die syrischen Kurden versuchen, eben genau vor jener Staatlichkeit und internationalen Machtkonstellation, die sie entweder missachtet, oder wahlweise assimilieren, wenn nicht gar vernichten will?

Im kurdischen Syrien wird sich aber auch mitentscheiden, ob zumindest im Nahen Osten die Demokratiefrage doch noch einmal jenseits von religiösen und ethnischen Spaltungen und der europäischen Idee von Staatsvölkern und Nationalstaaten geöffnet werden kann. Wenn den Kurden am Ende nur die blanke Unterwerfung oder der langandauernde Kampf um nationale Unabhängigkeit bleibt, wird der demokratische Emanzipationsgedanke, der mit dem Beginn des Arabischen Frühlings einherging, wieder am historischen Nullpunkt sein.



Foto: Privat

Martin Glasenapp war bei medico seit Mitte der 1990er Jahre in der Öffentlichkeitsarbeit tätig und hat dabei u.a. auch die medico-Arbeit im Nahen Osten, in Kurdistan, der Türkei, im Nordirak und zuletzt in Syrien begleitet. Seit 2016 arbeitet er als Büroleiter von Katja Kipping, Parteivorsitzende DIE LINKE.

## Gesundheit unter Beschuss

Seit 2013 arbeitet medico mit der kurdischen Gesundheitskoordination in Syrien zusammen, der die medizinische Versorgung in den bisher drei kurdischen Teilgebieten, nicht zuletzt auch im mittlerweile türkisch besetzten Afrin, koordiniert. Weil Gesundheitseinrichtungen ein militärisches Hauptziel sind, so auch wiederum in Afrin das Kreiskrankenhaus, ist die Notlage im Gesundheitsbereich besonders groß. Immer wieder werden auch von medico gelieferte Medizin-Güter wie zum Beispiel eine Blutbank für Kobane durch die Militäreinsätze zerstört. Weitermachen ist aber ein dringliches Zeichen der Solidarität.

**Spendenstichwort:**  
Nothilfe Rojava/Syrien



**Bergungsarbeiten nach dem Bombenangriff auf die Untergrundschule in Erbin, bei dem mindestens 17 Menschen ums Leben kamen.**

## GEGEN DIE ZIVILBEVÖLKERUNG

Syrien: Schlachtfeld der Zukunft

Eine Bombe, die erst explodiert, wenn sie den letzten Winkel erreicht, in dem man vor ihr Zuflucht sucht, ist ganz und gar eine Waffe gegen Zivilisten. Eine solche „bunkerbrechende Bombe“ hat die russische Armee auf eine der Untergrundschulen im syrischen Erbin, in Ost-Ghouta, am 19. März 2018 abgeworfen, die medico gemeinsam mit der Berliner Initiative Adopt a Revolution seit vielen Jahren unterstützt. Seit 2013 besuchten regelmäßig über 2.000 Kinder diesen Schulen, die mit einem eigenen Lehrplan und zum Teil mit von syrischen Landsleuten in Deutschland übersetztem Lehrmaterial arbeiteten. Die säkularen Schulen in dem seit Jahren von der syrischen Armee belagerten Erbin waren ein Symbol für die Sehnsucht nach Demokratie, die denkende Bürgerinnen und Bürger zur Voraussetzung hat. In den Kellern wurde dieses Denken zwischen den Fronten des Bürgerkriegs gelehrt. Diese Bombe war mitten hinein platziert.

Seit Wochen läuft der vielleicht letzte russisch-syrische Angriff auf Ost-Ghouta. Die Verschärfung der Angriffe im Februar 2018 läuft nicht zufällig parallel zum türkischen Einmarsch in Syrien. Es ist davon auszugehen, dass die Freigabe des Luftraums über Afrin durch die russischen Truppen, eine Art Deal war: Den Türken Afrin – Assad und Russland Ost-Ghouta.

Was an diesem Krieg so exemplarisch wie erschreckend ist, ist die Bereitschaft zu einer die Zivilbevölkerung vernichtenden Kriegsführung unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung. Dieser zynische Begründungszusammenhang aus Terrorbekämpfung und zivilen „Kollateralschäden“ ist schon lange in der Welt, hat aber in Syrien mit dem regelmäßigen Einsatz von Giftgas und den systematischen Angriffen auf Krankenhäuser und Schulen eine neue Qualität erreicht.

Aber bevor das antirussische Sentiment, das man in Deutschland immer abrufen kann, zu viele Volten schlägt, noch ein Hinweis: Syrien ist ein Stellvertreterkrieg um die neue Ordnung im Nahen Osten. Der Nahe Osten ist die militarisierteste Zone der Welt. Die Rüstungsimporte haben sich in den vergangenen fünf Jahren verdoppelt. Hauptexporteure für Waffen, die wesentlich die Zivilbevölkerung treffen, sind Westeuropa und die USA. Auch Deutschlands Rüstungsexporte in die Region haben sich zwischen 2013 und 2017, so vermeldet das schwedische Friedensforschungsinstitut Sipri, verdoppelt. An einem Krieg, der jedes Völkerrecht bricht, lässt sich immer noch gut verdienen.

Katja Maurer

# Die Unsicht- baren sichtbar machen



Foto: La 72

Ein Ort zum Luft holen. Die Herberge La 72 in Tenosique, nahe der mexikanisch-guatemaltekischen Grenze.

## Mexikanische Solidaritätsorganisationen suchen Verschwundene und beherbergen Geflüchtete. Eine Reportage von Ilija Trojanow

Wenn Millionen von Menschen auf der Flucht sind, verschwinden manche von ihnen. Die einen melden sich einfach nicht mehr. Andere geraten auf dem Weg in mafiöse Strukturen, die sie nicht mehr gefahrlos verlassen können. Manche werden umgebracht. Die Verschwundenen tauchen selten wieder auf, die Morde werden fast nie aufgeklärt. Flüchtlinge gelten als „Illegale“, und weil sie vermeintlich die Gesetze brechen, haben sie offenbar kein Recht auf Aufklärung der an ihnen begangenen Verbrechen. Einmal im Jahr bricht daher die fast 80-jährige Marta Sanchez von „Movimiento Migrante Mesoamericano“ mit einigen Dutzend Müttern zu einer Reise durch ganz Mexiko auf, um nach den Verschwundenen zu suchen. Zu einer dreiwöchigen Karawane der Erinnerung und des Mitgefühls. Begleitet von Sozialarbeitern und Journalisten.

„Wir wollen die Solidarität und Empathie der Menschen ansprechen durch die verehrte Mutterfigur“, sagt Marta. „Wer könnte schon ‚nein‘ sagen zu einer Mutter mit stechenden Augen, die beharrlich nach ihrem Sohn fragt? Gelegenheitlich finden wir einen der Verschwundenen, aber es sind stets nur Männer und Jungs, nie Frauen, nie Mädchen! Manchmal wollen die Mütter nicht akzeptieren, dass ihre Söhne tot sind, sie behaupten beharrlich, es müsse ein Fehler vorliegen, sie verweigern sich der Evidenz der Fakten.“

Inzwischen wird die Karawane intensiv von re-

gionalen, nationalen wie auch internationalen Medien begleitet. Das ist für das Überleben des Projekts im wortwörtlichen Sinn entscheidend. Denn die Sicherheitsbehörden schützen die Karawane nur, weil sie so berühmt geworden ist. Oft begleitet von einem Konvoi der Bundespolizei (auf die regionale Polizei ist vielerorts kein Verlass, da sie oft mit der organisierten Kriminalität verbandelt ist). „Es ist magisch, es generiert so viel Hoffnung!“, sagt Marta.

Dieses erfolgreiche Beispiel einer auf ersten Blick symbolischen Aktion, die eine neue Realität der Wahrnehmung und der emotionalen Reaktionen schafft, macht inzwischen Schule. Die internationale Vernetzung innerhalb Mittelamerikas ist schon weit vorangeschritten, in den anderen Ländern arbeiten sie inzwischen mit den Richtlinien, die sie in Mexiko entwickelt haben; es ist ein „Cumbre de Madres“ (ein Müttermittelpunkt) geplant.

### Zuflucht für Flüchtlinge zwischen Touristen

Die Karawane beginnt oder endet in Tenosique im tiefsten Süden Mexikos. Jeder Besucher der Ruinen in dieser Region, sei es Palenque in Chiapas oder Tikal in Guatemala, ist entsetzt über den religiösen Brauch der Mayas, Menschen zu opfern, um die Götter zu besänftigen. Wie blutig, wie grausig! Die Beschreibungen der Reiseführer jagen dem schockierten Touristen

Schauer über den Rücken. Unfassbar, unvorstellbar! Was für eine Bestialität.

Das grenznahe Städtchen Tenosique liegt auf halbem Weg zwischen Palenque und Tikal. Gleich an der Ortseinfahrt liegt die Zufluchts- und Heimstätte „La 72“. 72 ist keine Jahreszahl, keine bürokratische Zuordnung. 72 ist die Zahl der Leichen nach dem Massaker an Flüchtlingen in San Francisco Tamaulipas am 24. August 2010, begangen von dem Narco-Kartell „Los Zetas“. In der Kirche dieses Zufluchtsortes hängen die Gesichter der identifizierten Opfer um das Kreuz herum wie Antlitze von Märtyrern. Es wirkt, als wären auch diese 72 Menschen geopfert worden, auf

Wer sowohl die Maya-Stätten als auch die Flüchtlingsherberge aufsucht, kommt unweigerlich zu dem Schluss, dass wir die Schrecken, die uns umgeben, mit abgestumpfter Geduld betrachten, im Gegensatz zu den Schrecken der fernen Vergangenheit.

einem Altar der wirtschaftlichen Sachzwänge und des politischen Zynismus. Wer sowohl die Maya-Stätten als auch diesen Ort aufsucht, kommt unweigerlich zu dem Schluss, dass wir die Schrecken, die uns umgeben, mit abgestumpfter Geduld betrachten, im Gegensatz zu den Schrecken der fernen Vergangenheit.

Fray Tomás, der Franziskaner-Bruder, der dieses Refugium gegründet hat, kennt einige der Angehörigen. Sie sind bei Behörden und Rechtsanwälten hoch verschuldet, weil sie die



Fray Tomás ist einer der Gründer der 72.

Täter vor Gericht bringen wollen. Bislang ist niemand angeklagt worden. Trotz des Mahnmals ist die „La 72“ ein trostspendender Ort. Hier wird Not gelindert, hier können die Flüchtenden kurz durchatmen auf ihrem langen Weg nach Mexiko, durch Mexiko hindurch und hinauf in den gelobten Norden. Zogen zuvor die meisten schon nach wenigen Tagen weiter, bleiben die Menschen nun häufig länger. Manche beantragen sogar Asyl, jeder Dritte – vor allem die Familien – bleibt hier, bis die administrativen Prozesse abgeschlossen sind. Zudem hat es in den letzten Jahren eine starke Zunahme unbegleiteter Jugendlicher gegeben. 2016 stellten sie mehr als die Hälfte der neu registrierten Flüchtlinge. Auch immer mehr Mädchen sind allein unterwegs. Deren Zahl hat sich in den letzten drei Jahren verdreifacht.

Das Zentrum muss immer wieder anbauen, um den wachsenden Anforderungen zu genügen. Es besteht aus einer Vielzahl unterschiedlicher Gebäude, jedes in einer anderen Farbe gehalten, freundlich und zuversichtlich. Alle Mauern sind bemalt, selbst die Decke, als Sternenhimmel, lokale Künstler führen die Tradition der „murales“ fort. Die berühmten Wandmalereien von Diego Rivera zeichnen die Unerbittlichkeit der Geschichte nach, die als Wiederholung



**Wird die Reise weitergehen? Angesichts der immer ungewisseren Perspektive im Norden bleiben viele Migrantinnen und Migranten in Mexiko hängen.**

an Orten wie diesem sichtbar wird. Das vergossene Blut, die Verzweiflung, die Opfer, alles dargestellt auf diesen Wänden, wie auch die gemeinsamen Träume, die zur Veränderung und Verwandlung führen könnten, im Gegensatz zu den individuellen Sehnsüchten, die meist Illusionen bleiben werden.

Besonders eindrücklich ist eine große Karte Mexikos, auf welcher der gesamte Fluchtweg eingezeichnet ist, mit gnadenloser Präzision: die Eisenbahnlinien, die Wüsten, die Kontrollen: Pistolen stellen Orte der Gewalt dar, Dollarscheine repräsentieren Zahlzwänge, zum Beispiel das zu entrichtende Schutzgeld, um auf einen Güterzug aufspringen zu dürfen (es braucht 700 Dollar, um nach Mexiko-Stadt zu gelangen, was bedeutet, dass die „Illegalen“ viel mehr zahlen müssen als die Legalen, obwohl sie nicht einmal dritte Klasse reisen). Flüchtlinge verursachen nicht nur Kosten, wie oft behauptet wird, sie sind ein

nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor, eine Einnahmequelle für eine ganze Industrie, die Fluchtgewinnlerbranche. Die forcierte Undurchdringlichkeit der Grenze lässt übrigens die Preise entlang der gesamten Route ansteigen. Am alten Bahnhof von Tenosique ist ein ganzer Stadtteil mit billigen Absteigen und Lokalen entstanden, hier wirken die *polleros* (die Schlepper, wortwörtlich: die Hühnerhändler).

Bleiben um Recht zu bekommen

„Letzte Woche sind fünfzehn Flüchtlinge an den Gleisen von Gangstern überfallen worden“ erzählt Fray Tomás. „Einer von ihnen hatte einen Lungenschuss. Die anderen trugen den Verletzten ins Krankenhaus, dort ist er gestorben. Sie haben beschlossen, sich nicht aus dem Staub zu machen, sondern zu bleiben, um Anzeige zu erstatten. Sie haben die Verant-

wortung übernommen, vom Staat Aufklärung zu fordern, denn ansonsten würden Fälle wie dieser wie immer unter den Tisch fallen. Ausgestoßene haben sich in soziale Kämpfer verwandelt. Ich hoffe, dass sich jene, die hier waren, für soziale Veränderung einsetzen werden, auch in den USA.“

Es bedarf, erklärt er, wegen der vielen Gefährdungen entlang des Weges als erstes eines humanitären Korridors, um die Flüchtlinge vor Überfällen und Betrug zu schützen. Kaum einer durchquert Mexiko, immerhin dreitausend Kilometer, ohne mindestens einmal Gewalt zu erfahren. So ein Anliegen wirkt gegenwärtig, nicht nur in Zentralamerika, als utopisch. Schon hört man die Stimmen der Fremdenhasser verkünden, man würde dadurch die illegale Migration befördern.

Fray Tomás zeichnet ein düsteres Panorama der Gegenwart. In Honduras wird die Lage zunehmend schlimmer, die Fluchtursache dort ist oft die Schutzgelderpressung durch die Jugendbanden namens Maras, die entstanden sind, als die USA Mitglieder von Gangs aus den „inner cities“ abgeschoben haben. Die Erpressungen strangulieren die eh schon armen Menschen; wer nicht zahlt, wird ermordet. Die Maras unterstützen danach die Kinder der Getöteten; rekrutieren sie für die eigene Bande. Eines Tages werden sie diese Investition zurückerzahlen, indem sie andere Arme erpressen. So breitet sich das System aus, erobert Stadtviertel für Stadtviertel und ersetzt die Stärke des Rechts durch das Recht des Stärkeren.

In Guatemala sind die Bewohner von dreißig Dörfern in der Grenzregion von Vertreibung durch agroindustrielle Großprojekte bedroht. Immer wieder flüchten sie nach Mexico, wenn das Militär anrückt, um sie zu vertreiben. „La 72“ setzt sich für deren Land- und Rückkehrrechte ein. Mexiko mache zu, respektiere die

Rechte der Flüchtlinge nicht. Es drohe, meint Fray Tomás ein Kollaps der Hilfe, ein Zusammenbrechen der solidarischen Energie, eine Überforderung der empathischen Kräfte.

Tenosique hat vom Staat den Titel „pueblo magico“ [magisches Dorf] verliehen bekommen. Ein Titel, der zur tourismuswirksamen Verschönerung führen soll. Die Folge: sozial Anrühiges wie etwa Flüchtlinge werden aus dem Städtchen gedrängt. Das ist der Unterschied zu den Mayas: Die Geopferten heute sollen unsichtbar werden.

Auch deswegen ist die Bewegung von Marta so wichtig. Wer Vergessene und Überflüssige zu einer Karawane zusammenschließt, der macht sie wieder sichtbar. Und das ist der erste Schritt zur Veränderung der Verhältnisse.

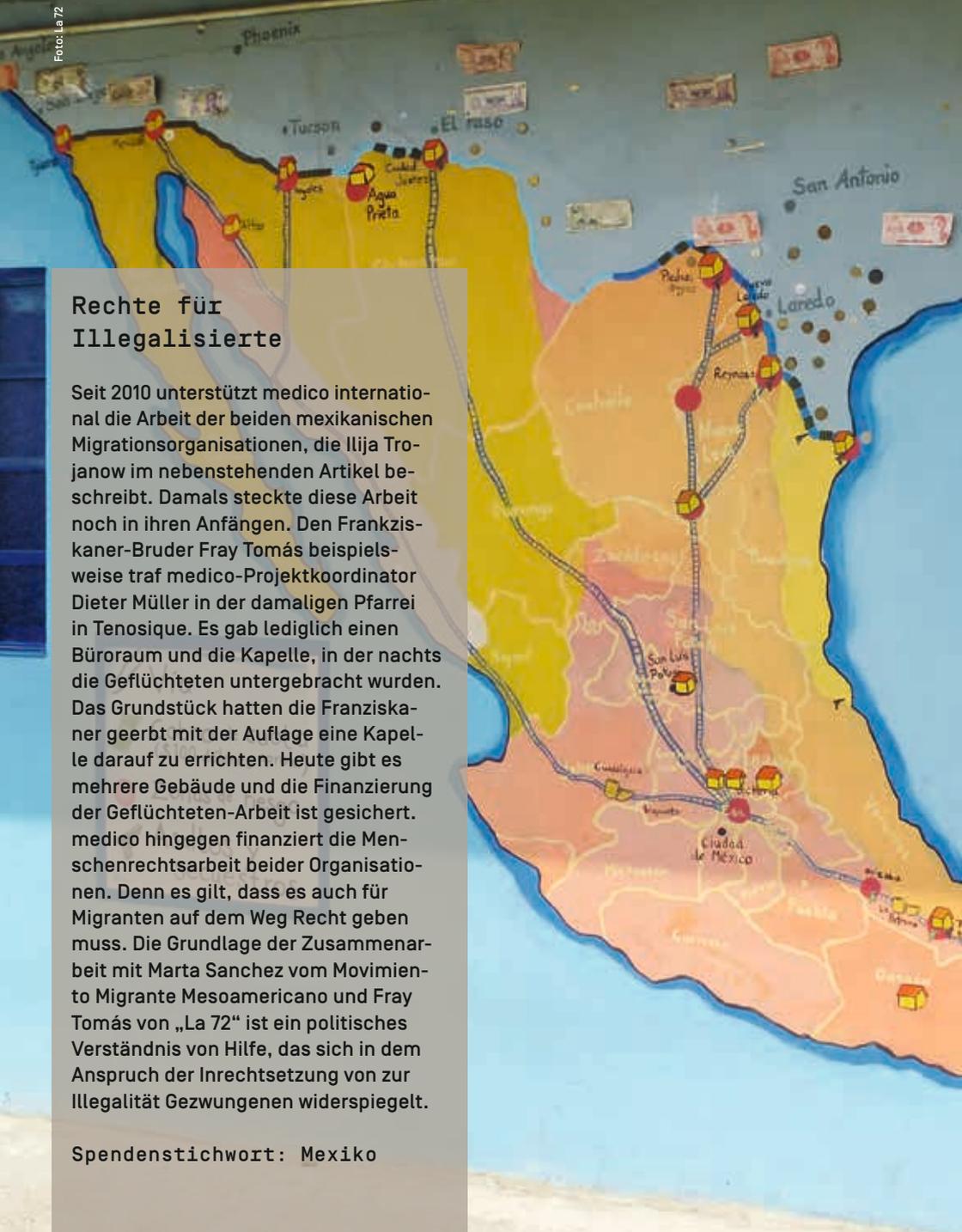


Der Schriftsteller Ilija Trojanow ist Mitglied im Kuratorium der stiftung medico international. Gemeinsam mit medico-Geschäftsführer Thomas Gebauer schreibt er gerade an einem Buch zur Kritik der Hilfe, das im Herbst 2018 im S. Fischer-Verlag erscheinen wird.

## Rechte für Illegalisierte

Seit 2010 unterstützt medico internacional die Arbeit der beiden mexikanischen Migrationsorganisationen, die Ilija Trojanow im nebenstehenden Artikel beschreibt. Damals steckte diese Arbeit noch in ihren Anfängen. Den Frankzis-kaner-Bruder Fray Tomás beispielsweise traf medico-Projektordinator Dieter Müller in der damaligen Pfarrei in Tenosique. Es gab lediglich einen Büroraum und die Kapelle, in der nachts die Geflüchteten untergebracht wurden. Das Grundstück hatten die Franziskaner geerbt mit der Auflage eine Kapelle darauf zu errichten. Heute gibt es mehrere Gebäude und die Finanzierung der Geflüchteten-Arbeit ist gesichert. medico hingegen finanziert die Menschenrechtsarbeit beider Organisationen. Denn es gilt, dass es auch für Migranten auf dem Weg Recht geben muss. Die Grundlage der Zusammenarbeit mit Marta Sanchez vom Movimiento Migrante Mesoamericano und Fray Tomás von „La 72“ ist ein politisches Verständnis von Hilfe, das sich in dem Anspruch der Inrechtsetzung von zur Illegalität Gezwungenen widerspiegelt.

Spendenstichwort: Mexiko



# Gefangen in Libyen



# Um Flüchtlinge und Migranten von der Überfahrt nach Europa abzuhalten, kooperiert die EU mit Milizen und Warlords

**Von Michael Obert**

Seit zehn Tagen sind wir an der libyschen Küste unterwegs, am Südufer des Mittelmeeres, der gefährlichsten Grenze der Welt. Bis zu einer Million Flüchtlinge und Migranten halten sich nach Angaben der deutschen Bundesregierung derzeit in Libyen auf, dem mit Abstand wichtigsten Transitland auf dem Seeweg von Afrika nach Europa. Die EU will sie schon in Libyen stoppen. Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer trafen auf ihrem Gipfel in Malta im Februar 2017 eine Vereinbarung mit dem nordafrikanischen Land: Die libysche Küstenwache soll das Mittelmeer abriegeln, Flüchtende abfangen und in Aufnahmelager in Libyen bringen. Diese Küstenwache besteht westlich der Hauptstadt Tripolis, wo viele Hochburgen der Schleuserbanden liegen, aus einem Boot und 37 Mann. Ihr Anführer: Commander Al Bija, ein gefürchteter Warlord. Der 30-jährige hat eine verstümmelte Hand, die er benutzt wie eine Kralle. „Ich musste eine Menge Menschen töten“, sagt er.

Alternativen zu Warlords wie Al Bija gibt es für Europa nicht. Sieben Jahre nach dem Sturz und dem Tod des libyschen Machthabers Muammar al-Gaddafi im Zuge des Nato-Einsatzes im Jahr 2011 ist die Euphorie des Arabischen Frühlings längst verflogen; kaum jemand hofft in Libyen mehr auf einen Übergang zur Demokratie. Die Volksbrigaden, die sich während der Revolution unter dem Jubel der westlichen Welt gegen die Diktatur erhoben, haben nach Gaddafis Fall

ihre Waffen nicht niedergelegt. Sie plünderten Militärarsenale, besetzten leere Ministerien und bauten Milizen auf. Die „Regierung der Nationalen Einheit“, auf die sich die Pläne der EU stützen, hat kaum Kontrolle über Libyen. Der Premierminister Fayiz as-Sarradsch, er-

Je schlechter es den Menschen geht, desto besser ist die Verhandlungsposition der Milizen gegenüber Europa.

mächtigt von den Vereinten Nationen und seit dem 30. März 2016 im Amt, soll einen neuen Staat aufbauen. Doch das Parlament, das im 1.000 Kilometer östlich von Tripolis gelegenen Tobruk tagt, hat Sarradschs Einheitsregierung nicht anerkannt. Im Osten des Landes weigert sich der mächtige General Haftar, mit ihm zu kooperieren. Und die Terrororganisation Islamischer Staat erobert ganze Städte.

1.700 militante Gruppen, schätzen Expertinnen und Experten, bekämpfen sich in Libyen in einem undurchsichtigen Bürgerkrieg entlang von Clan-, Stammes- und Glaubensgrenzen und in den Territorien lokaler Warlords. Rivalisierende Milizen kontrollieren Städte, Überlandstraßen, Raffinerien, Ölfelder – und das

millionenschwere Geschäft mit Menschen, die über das Mittelmeer nach Europa wollen. Die Vereinten Nationen gehen von Dutzenden Banden aus, die an der libyschen Küste in einem Netzwerk organisiert sind. Flüchtlinge und Migranten, die das Geld für die Überfahrt nach Europa nicht aufbringen können, halten sie oft monatelang in sogenannten Ghettos fest, Privatgefängnissen, in denen geschlagen, vergewaltigt, gefoltert und gemordet wird. Hier, im Schattenreich der Warlords, der Milizen und des organisierten Menschenschmuggels, will Europa „Grenzmanagement“ betreiben, um die Zuwanderung aus Afrika zu stoppen.

Niemand wagt, sich zu bewegen

Im Surman-Camp, eine halbe Autostunde westlich von Zawiya, kauern in einer Halle mit rostigen Fenstergittern mehr als 200 Frauen am Boden, viele mit Babys. Ihre Knie haben sie an die Brust, die Kopftücher vor das Gesicht gezogen, die Augen starr auf ihre Füße gerichtet. Niemand wagt, sich zu bewegen. Nicht das leiseste Flüstern ist zu hören. Erst als der Wächter, ein Mann in Tarnuniform mit verwehrlostem Bart, geröteten Augen und Alkoholfahne, kurz hinausgeht, nimmt eine junge Frau ihren Mut zusammen, um mit uns zu sprechen. Sie sei aus Nigeria, seit mehr als zehn Monaten im Surman-Camp gefangen, ohne Kontakt zur Außenwelt. Niemand wisse, wo sie sich befinde, ihre Familie glaube sicher, sie sei tot. Sie geht vor uns in die Knie, faltet die zitternden Hände. „Sie vergewaltigen uns!“, flüstert sie und zeigt uns ihre Arme. Sie sind mit blauen Flecken bedeckt, die Abdrücke einzelner Finger erkennbar. „Helft uns! Bitte!“ Sie hebt ihr Tuch. Ihr Trainingsanzug ist zwischen den Beinen bis zu den Knien mit Blut verschmiert. Wer hat das getan? „Alle von denen. Nacheinander.“

Der Wächter kommt zurück. Sie verstummt und

sieht uns flehend an. Wir spüren Ohnmacht. Wir können nichts für die Frauen tun. Im Gegenteil: Ein falsches Wort von uns, ahnen wir, und sie müssten dafür bezahlen. Vielleicht mit dem Leben. Draußen wartet Colonel Ibrahim Ali Abdusalam, der Direktor des Frauenlagers. Offiziell untersteht er dem Innenministerium, in Wahrheit wird das Camp von lokalen Milizen kontrolliert. „Sehen Sie, wie still sie sind“, sagt er und lächelt. „Das bedeutet, dass sie sich bei uns wohlfühlen.“

Warum hält er die Frauen monatelang unter diesen erbärmlichen Umständen fest? „Europa will diese Frauen nicht haben“, sagt er ruhig und ohne lange nachzudenken. „Gut, wir behalten sie hier.“ Aber es werde höchste Zeit, dass Europa endlich für sie bezahle: „Mobile Toiletten und Duschen, Schaukeln und

Hier, im Schattenreich der Warlords, der Milizen und des organisierten Menschenschmuggels, will Europa „Grenzmanagement“ betreiben, um die Zuwanderung aus Afrika zu stoppen.

Rutschen, Tampons, Windeln, Babymilch.“ Allmählich begreifen wir: Je mehr Afrikaner sie zusammenpferchen und je schlechter es diesen Menschen geht, desto besser die Verhandlungsposition der Milizen gegenüber den europäischen Staaten. Längst ist ja auch in Surman angekommen, dass Europa seinen Grenzschutz nach Libyen verlagern und im großen Stil investieren will. Die libysche Küstenwache soll abgefangene Flüchtlinge und Migranten künftig in „angemessenen Aufnahmekapazitäten“ abliefern, so besagt es der Aktionsplan



Die Frauen in Surman sind ihren Wächtern ausgeliefert. Sie wagen es in deren Gegenwart kaum, zu sprechen oder sich zu bewegen.

von Malta. Libyen soll die Menschen dann versorgen und eine Bürokratie aufbauen, um völkerrechtskonforme Asylverfahren durchzuführen. Anerkannte könnten in „Kontingente“ auf europäische Länder verteilt werden. Abgelehnte will die EU bei der „freiwilligen Rückkehr“ in ihre Heimatländer unterstützen.

Als Gaddafi noch für Ruhe sorgte

Schon einmal wurde Libyen zum Flüchtlingsgefängnis, finanziert von Europa. 2010 beteiligte sich die EU an einem Deal zwischen Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi und Muammar al-Gaddafi und stellte Gaddafi, der wegen seiner Unterstützung des internationalen Terrorismus seit den Siebzigerjahren geächtet war, jährlich fünf Milliarden Euro in

Aussicht, damit er Flüchtlinge und Migranten zurückhalte. Gaddafi ließ damals keine Missverständnisse aufkommen: Ohne ihn werde Europa sich durch illegale Migration „schwarz färben“. Im Auftrag Europas ließ er im Mittelmeer aufgegriffene Menschen zurück nach Libyen schaffen und hielt sie auf unbestimmte Zeit in geschlossenen Haftlagern gefangen, ohne ihren Anspruch auf Asyl zu prüfen. Menschenrechtsorganisationen prangerten schon damals Schläge, sexuelle Misshandlungen und Folter an.

Die heutige Einheitsregierung betreibt laut den Vereinten Nationen 24 Internierungslager für Migranten in Libyen, viele noch aus Gaddafis Zeiten. Europa will die bestehende Infrastruktur nutzen und zu menschenwürdigen Aufnahmeflagern ausbauen. Nicht tragbare Camps

sollen geschlossen werden. Wie die EU die Milizen dazu bringen will, ihre Camps aufzugeben, bleibt unklar.

## Zur Überfahrt gezwungen

„Sie lassen uns hier verfaulen“, flüstert uns ein Mann aus seiner Zelle im Annasser Camp zu, das in einer ehemaligen Reifenfabrik in Zawiya untergebracht ist. Durch das winzige Sichtfenster in der Stahltür ist nur das Weiß seiner Augen zu erkennen. Ein beißender Geruch schlägt uns entgegen. Dann werden drinnen Streichhölzer angezündet, immer mehr verängstigte Gesichter leuchten in der Dunkelheit, nackte Oberkörper, übersät mit Hautkrankheiten und Wunden. Dicht gedrängt kauern die Männer

Dicht gedrängt kauern die Männer am Boden. Weil es zu eng ist, um sich auszustrecken, schlafen sie im Sitzen.

am Boden. Weil es zu eng ist, um sich auszustrecken, schlafen sie im Sitzen. Es gibt keine Dusche, keine Toilette. Unter ihren Decken urinieren sie in kleine Wasserflaschen, die sie zuvor ausgetrunken haben. Ihren Stuhlgang verrichten sie in Plastiktüten.

Der Mann am Sichtfenster der Zelle, Mohamed Moseray, 25, Informatikstudent aus Sierra Leone, trägt noch den salzverkrusteten Trainingsanzug, den er anhatte, als er vor Wochen halb ertrunken aus dem Mittelmeer gefischt wurde. Darunter ist seine Haut verätzt vom Benzin, das im leckgeschlagenen Schlauchboot trieb. In Sierra Leone, erzählt er, musste er sein Stu-

dium abbrechen, weil er nebenher keine Arbeit fand und seine Familie ihn nicht unterstützen konnte. Er sah einfach keine Perspektive mehr. „Mein großes Ziel ist ein Universitätsabschluss“, sagt Moseray, beginnt zu zittern, weint, fängt sich wieder. „Deshalb will ich nach Italien – und weiter nach Kanada.“ Dort werde sein Studium vom Staat finanziert.

Nach einer fünf Jahre langen Odyssee quer durch Westafrika und die Sahara, erzählt Moseray, schoben libysche Schleuser am 19. März 2017 kurz nach Mitternacht das Schlauchboot ins Mittelmeer, das Moseray nach Italien bringen sollte. Mehr als 150 Menschen zwängten die Schleuser hinein. „Wenn du nicht einsteigst, erschießen sie dich.“ Keine zwei Stunden waren sie auf dem Meer, da kenterte das Boot. „Schreie, Gebete, Menschen, überall im Wasser, schwangere Frauen, Kinder, Babys – sie können doch nicht schwimmen!“ Er zählt seine Freunde auf: „Mohamed Focus Diallo – ertrinkt. Amadou Melodiba – ertrinkt. Mohamed Bah – ertrinkt.“ Einen nach dem anderen sah er neben sich im Wasser untergehen. Was danach kam, weiß Mohamed Moseray nicht mehr. Nur an das Schiff, das kurz nach Sonnenaufgang zu ihnen kam und sie zurück nach Libyen brachte, erinnert er sich. Und an die Hand, die sein Retter ihm entgegenstreckte. „Wie eine Kralle“, sagt Mohamed Moseray. „Ein paar Finger fehlten.“

## Verhandlungsmasse Flüchtlinge

Solange Flüchtlinge und Migranten in Libyen Folter, Vergewaltigungen und Entführungen erleben, ist die lebensgefährliche Überfahrt über das Mittelmeer, ihre einzige Chance, Elend und Gewalt zu entkommen. Bis zu 2.500 Dollar kostet derzeit die Reise von Libyen nach Italien. Legt man diesen Betrag um auf die 181.000 Menschen, die 2016 nach Europa durchkamen,

und auf mehr als 5.000 Ertrunkene, haben libysche Schleuser im vergangenen Jahr über 465 Millionen Dollar verdient. Die wichtigsten Pfeiler des EU-Deals mit Libyen – die libysche Küstenwache und die Internierungslager in Libyen – wackeln. Die Küstenwache ist von dubiosen Akteuren durchsetzt. Expertinnen wie die italienische Journalistin Nancy Porsia, die seit Jahren aus Libyen berichtet, sind sich sicher: „Die Küstenwache der libyschen Marine ist am Menschenhandel beteiligt.“ Und die sicheren Auffanglager sind derzeit nichts weiter als von Milizen gemanagte Lagerhallen für wehrlose Menschen, eine Ressource im Krieg um Libyen – und um die Millionen aus Europa.

Foto: David Fischer



Michael Obert gehört zu den bekanntesten deutschen Journalisten. Zudem ist er Buchautor und Filmemacher. Bei seinen Reportagereisen auf den Sinai, nach Tansania oder in den Sudan geriet er oft selbst in Gefahr. Mit medico verbindet ihn eine langjährige Zusammenarbeit. Er hat uns deshalb seine Reportage über einen libyschen Warlord, die am 9. Juni 2017 im Magazin der Süddeutschen Zeitung erschien, zur Verfügung gestellt. Sie ist Teil einer Öffentlichkeit, die sich mit den Flüchtlingsdeals der EU und der Bundesregierung kritisch auseinandersetzt. In diesem Anliegen kreuzen sich erneut die Wege zwischen Michael Obert und medico. Wir veröffentlichen den Text in Auszügen.

## Für eine sichere Reise

Nachdem andere Migrationsrouten durch die europäische Migrations- und Sicherheitspolitik weitgehend dichtgemacht wurden, führt die Hauptroute für Flüchtlinge und Migranten aus West- und Zentralafrika derzeit vor allem über Libyen und das zentrale Mittelmeer Richtung Europa. medico unterstützt das Watch the Med Alarm Phone, ein transnationales Netzwerk von Aktivistinnen und Aktivisten, das im Oktober 2014 ins Leben gerufen wurde, um Notrufe von Flüchtlingen und Migranten entgegenzunehmen, die auf dem Mittelmeer in Seenot geraten. Auch in den Nachbarländern Libyens Ägypten und Niger sowie in Marokko, Mali, Mauretanien und Sierra Leone sind medico-Partnerorganisationen in der Unterstützung von Flüchtlingen und Migranten aktiv. Sie betreiben Notunterkünfte für subsaharische Frauen und ihre Kinder auf der Durchreise, betreuen Abgeschobene nach ihrer Rückkehr und fördern mit künstlerischen, theaterpädagogischen und einkommensschaffenden Maßnahmen die gesellschaftliche Teilhabe von zum Teil schwer traumatisierten Flüchtlingen und Migranten. So wie im Mittelmeer Migranten ertrinken, sterben auch immer mehr Flüchtende auf ihrem Weg durch die nordafrikanische Wüste. Daher unterstützt medico ein Notruftelefon, das sich aktuell in der Pilotphase befindet und zur Rettung von Menschenleben in der Sahara beitragen soll.

Spendenstichwort: Migration

# Die Ressource Recht



Foto: Hölger Priedemuth

Saeeda Khatoon hat beim Brand der Textilfabrik Ali Enterprises ihren Sohn verloren. Nasir Mansoor von der NTUF unterstützt die Betroffenen.

# Eine ungewöhnliche pakistanisch-deutsche Allianz kämpft auch vor hiesigen Gerichten für eine gerechtere globale Textilproduktion

**Von Miriam Saage-Maaß und Wolfgang Kaleck**

Wie kam es dazu, dass pakistanische Betroffene eines Brandes in einer Textilfabrik in Karatschi 2012 inzwischen eine Zivilklage vor dem Landgericht Dortmund gegen die deutsche Discounter-Kette KiK erhoben haben? Es liegt nicht unbedingt auf der Hand, dass mit dem internationalen Recht nicht nur Kriegsverbrechen verfolgt, sondern auch gegen Exzesse der globalen Wirtschaft vorgegangen werden kann. Schließlich wurde das Recht immer wieder als Instrument der Herrschenden zur Absicherung des Status quo entlarvt. Aber das Recht und insbesondere die Menschenrechte formulieren eben auch Ansprüche auf eine gerechte Verteilung von Ressourcen, auf Arbeitnehmerrechte und echte Teilhabe in Gemeinwesen jenseits von Gewalt und Unterdrückung. Rechtliche Verfahren können daher Freiräume für demokratische Partizipation schaffen. Von dieser Prämisse ausgehend, haben wir vom ECCHR – einer unabhängigen Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Berlin, die die Menschenrechte mit juristischen Mitteln zu schützen und durchzusetzen versucht – vor fast zehn Jahren mit der ebenfalls nicht selbstverständlichen Kooperation mit medico international angefangen.

Die Zusammenarbeit begann bei der juristischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der Kriegsverbrechen auf Sri Lanka. Fast 50.000 Menschen starben in der letzten Phase des Bürgerkrieges im Frühjahr 2009. Der Aufbau

einer demokratischen Gesellschaft in Sri Lanka wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es gelingt, die Kriegsverbrechen des Bürgerkrieges aufzuarbeiten. Gemeinsam mit Partnern aus Sri Lanka griffen medico und wir auf das Versprechen des Völkerstrafrechts zurück, wonach auch die politischen und militärischen Machthaber sich für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor unabhängigen Gerichten verantworten müssen. Hierbei verstehen wir dieses Sich-Verantworten-müssen nicht allein als einen rechtlichen Vorgang. Vielmehr geht es auch um Aufarbeitung des individuell wie auch gesellschaftlich erlittenen Unrechts. Inzwischen haben wir in Deutschland eine umfangreiche Strafanzeige eingereicht und die Generalbundesanwaltschaft aufgefordert, die Verbrechen aufzuklären und Überlebende des Bürgerkrieges als Zeuginnen und Zeugen zu hören.

## Globalisierung von unten

Wie weit wir mit einer Globalisierung von unten mittlerweile gekommen sind, belegt die transnationale Kooperation im pakistanischen KiK-Fall: Als uns im September 2012 die Nachricht erreichte, dass in Karatschi die KiK-Zulieferfabrik Ali Enterprises Factory bis auf die Grundmauern abgebrannt war und 260 Menschen in den Flammen gestorben waren, fanden medico international und ECCHR schnell zu-

sammen. Wir vom ECCHR hatten schon lange nach Möglichkeiten recherchiert, wie europäische Textilfirmen für ausbeuterische Arbeitsbedingungen in Zulieferfabriken verantwortlich gemacht werden können und in einem Fall – betreffend Lidl – bereits erfolgreich deutsches Verbraucherschutzrecht gegen die Zustände in Bangladesch mobilisiert. medico international hingegen förderte seit langem die Gewerkschaft National Trade Union Federation (NTUF) in Karatschi, die jetzt die Betroffenen des Brandes organisierte.

Wenige Wochen nach dem Brand trafen wir in Pakistan Gewerkschafter wie Nasir Mansoor von der NTUF, Betroffene, die zu dem Zeitpunkt noch nicht wirklich organisiert waren, und die pakistanischen Anwältinnen und Anwälte, die den Fall vor pakistanische Gerichte bringen. Seitdem sind wir mehrmals vor Ort gewesen und haben mit der Unterstützung von medico eine juristisch-politische Strategie entwickelt. Die Arbeit an einem solchen „Fall“ basiert auf enger Zusammenarbeit vieler: an erster Stelle die Betroffenen und eine Gewerkschaft, die sie unterstützt; die Anwälte in Pakistan, für deren Verfahren vor pakistanischen Gerichten wir Rechtsgutachten zum internationalen Recht geschrieben haben und ohne deren zahlreiche Gutachten und Hinweise zum pakistanischen Recht unsere Arbeit in Deutschland unmöglich wäre; Rechtsprofessorinnen und Menschenrechtsexperten, die die Klage mit Gutachten unterstützt haben; und etablierte Anwältinnen und Anwälte, die bereit sind, praktisch pro bono als Prozessanwälte aufzutreten.

Diese transnationale Zusammenarbeit verändert die Beteiligten. So hat sich die Gruppe verzweifelter Angehöriger verstorbener Arbeiterinnen und Arbeiter und traumatisierter Überlebender zu einer Organisation von Menschen entwickelt, die für ihre Rechte aufstehen. Die Mitglieder unterstützen sich praktisch bei den

Herausforderungen des Alltags nach dem Verlust eines geliebten Menschen und Hauptverdieners der Familie. Und sie haben eine klare politische Agenda: Sie kämpfen dafür, dass der Brand aufgeklärt wird und die Mitschuldigen rechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Sie sind in den Strafverfahren gegen die Fabrikbesitzer ebenso vertreten wie in den Verfahren gegen die Behörden für Arbeitssicherheit. Und: Sie wollen auch die Einkäufer wie in diesem Fall KiK, die am meisten Profit aus der Produktion in Pakistan schlagen, zur Verantwortung ziehen. Aus ihrer Sicht sorgen all diese Gerichtsverfahren dafür, dass sich solche schweren Fabrikbrände nicht wiederholen. Welch positive Kräfte der gemeinsame Prozess auch jenseits der juristischen Aussichten entfalten kann, zeigt das Beispiel von Saeda Khartoon. Sie verlor bei dem Fabrikbrand ihren einzigen Sohn. Anfangs war sie derart traumatisiert, dass sie nur schwer klare Gedanken formulieren konnte. Inzwischen ist sie einer der Kläger gegen KiK und Sprecherin der Betroffenenorganisation. Als solche spricht sie auf internationalen Konferenzen und erzählt traurig, aber auch selbstbewusst ihre Geschichte auf Rundreisen durch Deutschland. Vom vermeintlich hilflosen Opfer ist sie zur politischen Akteurin geworden.

## Systeme der Unverantwortung

Der Prozess hat auch die NTUF, eine entschiedene linke Gewerkschaft, verändert. War sie in den Debatten in Pakistan eher marginalisiert, wird sie inzwischen als wichtiger Akteur wahrgenommen. Sie hat geschafft, was nach dem Zusammensturz von Rana Plaza in Bangladesch dortigen Akteuren nicht gelang: Die Betroffenen zu organisieren und gegenüber der pakistanischen Regierung und internationalen Institutionen wie der Internationalen Arbeitsorganisation der UN (ILO) eine mutige Position zu

beziehen. Die KiK-Klage ist ein Beispiel dafür, wie es gelingen kann, transnationale Verbindungen aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Und sie belegt, dass mittels des Rechts bestehende Machtverhältnisse und gesellschaftliche Ungerechtigkeiten angeprangert und in Frage gestellt werden können. Die universellen Menschenrechte dienen hierbei als Bezugsrahmen.

Globale Zulieferketten sind durch Recht organisierte Systeme der Unverantwortung und Ungerechtigkeit. Ein Unternehmen wie KiK muss auch für Mindeststandards in Zulieferbetrieben rechtlich geradestehen, zumal, wenn es so langfristig und eng mit der Fabrik zusammenarbeitet wie im Fall Ali Enterprises. Politisch sagen wir mit der Klage: Arbeiterinnen und Arbeiter geben sich nicht mit freiwilligen Corporate-Social-Responsability-Versprechen zufrieden. Sie werden immer wieder zum Hauptsitz des Mutterunternehmens gehen und ihre Rechte einfordern. Es wird immer wieder Strafanzeigen und Klagen gegen KiKs dieser Welt geben. Zwar ist weder gesichert, dass die

pakistanischen Kläger vor dem Landgericht Dortmund gegen KiK gewinnen werden, noch sorgt ein Obsiegen automatisch dafür, dass sich die Arbeitsbedingungen verbessern. Die wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte mögen Ansprüche formulieren. Die Zustände in Südasien wird man jedoch nur politisch ändern können. Immerhin wird jetzt für dieses Ziel auch die Ressource Recht mobilisiert.



ECCHR/Foto: Nihad Nino Pusijic



Wolfgang Kaleck ist Generalsekretär des ECCHR, Dr. Miriam Saage-Maaß stellvertretende Generalsekretärin.

## Globale Verwertungskette

Auch wenn unsere Kampagne KiK mittlerweile dazu gebracht hat, den Überlebenden und Hinterbliebenen eine Entschädigung von über sechs Millionen Dollar zu zahlen – der Fall Ali Enterprise ist so wenig abgeschlossen wie der von Rana Plaza. Deshalb setzen wir die erfolgreiche transnationale Kooperation von medico, ECCHR, der pakistanischen Gewerkschaft NTUF und der Vereinigung der Betroffenen fort. Noch ist das Urteil des Landgerichts in Dortmund nicht gespro-

chen. Liegt es endlich vor, werden wir unsere Erfahrungen aus bald sechs Jahren enger Zusammenarbeit gemeinsam auswerten und eine zweite Runde eröffnen: Im Blick diesmal die ganze globale Verwertungskette, von den Baumwollfeldern Pakistans bis zu den Discountershops in deutschen Städten, von der Selbstorganisation vor Ort bis zum Kampf ums weltweit gleiche Menschenrecht.

Spendenstichwort: Textil

# Einzelne, nicht vereinzelt

Porträts von Partnerinnen

Das Netzwerk, als dessen Teil sich medico versteht, wird auch von entschlossenen Einzelnen vorangetrieben. Sie nähern sich ihren Wirklichkeiten mit Offenheit, politischem Verständnis und Engagement. Aus der Entscheidung einer jeden, sich nicht dem Gefühl der Ohnmacht zu überlassen, sondern zu denken und zu handeln, entstehen zuweilen andere solidarische Beziehungen. Portraits von medico-Partnerinnen und -Partnern erzählen davon.

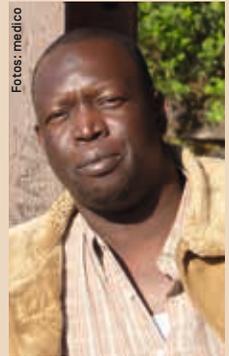
# licht

nen und Partnern

# Über die Deportation zur Politik

Einst selbst abgeschoben kämpft Ousmane Diarra nun für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten

„So jemanden wie Ousmane und seine Geschichte kann man nicht erfinden“, meint sein langjähriger Freund und Weggefährte Moussa Tchangari aus Niger. Anders als bei dem intellektuellen nigrischen Journalisten hat erst die eigene Erfahrung der Abschiebung zur Politisierung von Ousmane und seinen Mitstreitern geführt. Moussa und Ousmane gehören beide einem von medico geförderten Partnernetzwerk in Westafrika an, das grenzüberschreitend für Freizügigkeit und gegen die Vorverlagerung der europäischen Grenzen nach Afrika streitet. Als Präsident und Mitbegründer der Association Malienne des Expulsés (AME) setzt sich Ousmane in Mali für die Rechte von Abgeschobenen ein und unterstützt sie nach der Ankunft in einem Land, das für sie kein Zuhause (mehr) ist.



Ousmane Diarra

Ousmane weiß aus eigener Erfahrung, was das bedeutet. 1996 wurde er, ein Kaufmann ohne formale Ausbildung, nach vielen Jahren in Angola zurück nach Mali abgeschoben. Diese unfreiwillige Rückkehr hat ihn sehr geprägt. Er ließ sich nicht unterkriegen und gründete gemeinsam mit anderen Abgeschobenen und Unterstützern die AME. Seit nunmehr über zwanzig Jahren bietet die Selbstorganisation von Abgeschobenen psychosoziale Begleitung für unfreiwillig Zurückgekehrte in Mali an und setzt sich für die Rechte von Migrantinnen und Migranten ein. Ihr Einfluss reicht inzwischen nicht nur bis in die zuständigen Ministerien in Mali; auch Regierungsdelegationen aus Europa nehmen die AME zur Kenntnis und legen Wert auf ihre Expertise. 2016 wurde Ousmane Diarra für sein Engagement für die Rechte von Migranten und Flüchtlingen mit der höchsten Auszeichnung seines Landes, der Ehrenmedaille, ausgezeichnet. Eine bemerkenswerte Auszeichnung für einen unbequemen und nicht korrumpierbaren Kritiker auch der eigenen Regierung.

Kennengelernt haben wir Ousmane im November 2006 auf der Suche nach überzeugenden Partnern, die sich in Westafrika für die Rechte von Migrantinnen und Migranten engagieren. Seither vermittelt er uns die Perspektive westafrikanischer Migrationsgesellschaften auf die Auswir-

kungen europäischer Politik und erklärt uns, was Eingriffe in die Bewegungsfreiheit für eine auf Mobilität basierende Kultur bedeuten. Auch wenn es um aktuelle Themen wie „freiwillige“ Rückkehr geht, ist Ousmane unser Experte vor Ort. Er kritisiert die Unfreiwilligkeit der sogenannten „freiwilligen“ Rückkehr scharf und antwortet ebenso einfach wie treffend auf die Frage, was er davon halte, dass viele Menschen in Europa die Afrikanerinnen und Afrikaner als Wirtschaftsflüchtlinge bezeichnen: „Ja, klar, die fliehen vor einem ausbeuterischen Wirtschaftssystem.“

Trotz der schwierigen Situation in Mali und trotz einer Weltlage, die immer mehr Menschen zur Flucht zwingt, bewahrt sich Ousmane seinen zurückhaltenden Optimismus, der sein politisches und humanitäres Engagement antreibt: „Ich weiß, dass die Veränderung eines Tages kommen wird –noch bevor die Welt untergeht.“

Felice Lagrange/Ramona Lenz

## Begegnung mit Sandino

Die Anwältin Mónica López Baltodano streitet für ein anderes Nicaragua – gegen das Erbe der Revolution

Lange Zeit galten Nicaragua und die Revolutionspartei FSLN als Symbol und Projektionsfläche linker Vorstellungen erfolgreicher gesellschaftlicher Veränderung. Davon kann heute keine Rede mehr sein. Antidemokratisch und autoritär nennt die Mittdreißigerin Mónica López Baltodano die von Präsident Daniel Ortega „privatisierte“ FSLN. Von Privatisierung betroffen sind auch ländliche Territorien. Doch die drohenden Enteignungen zugunsten des Baus eines interozeanischen Kanals provozierten energischen Widerstand – und beendeten den politischen Stillstand im Land. Alles begann damit, dass Mónica die Menschen in den betroffenen Gemeinden über das geplante Projekt informierte. Als Anwältin der Stiftung Popol Na trug sie dadurch maßgeblich zur Entstehung der andauernden Proteste bei und berät die Bewegung.



Mónica López Baltodano

Dabei war ihre Herkunft aus einer bekannten sandinistischen Familie nicht unbedingt hilfreich: Die von den drohenden Enteignungen betroffene

ne Region war im Bürgerkrieg der 1980er Jahre Basis der von den USA unterstützten Contras. Letztlich schufen Mónicas offene Art und klare Haltung bei den lokalen Organisationen das Vertrauen. Sie selber war schon in Schul- und Universitätszeiten in der sandinistischen Bewegung aktiv und arbeitete zu Umweltfragen. Heute glaubt sie nicht mehr an eine Rettung des Sandinismus, sondern stellt sie sich die Frage, wie die Idee sozialer Transformation gegen den Sandinismus erkämpft werden kann.

Möglichkeiten sieht die kämpferische junge Frau in den neuen Bewegungen zur Verteidigung ländlicher Lebensräume gegen Megaprojekte und Extraktivismus. Dabei können Mónica und ihre Mitstreiterinnen auch Veränderungen innerhalb der Gemeinden anstoßen. Wenn sich beispielsweise Frauen zum ersten Mal in ihrem Leben unabhängig von ihren Männern austauschen und die traditionelle Arbeitsteilung infrage stellen. Derweil ist sich die Ortega-Regierung der Gefahr bewusst, die von den neuen Bewegungen ausgeht und versucht, lokale Führungspersonen zu korrumpieren und Spaltungen zu provozieren. Dagegen hilft nur eine gut informierte Basis, die Transparenz einfordert und ihre Unabhängigkeit gegenüber den Kooptionsversuchen der Regierung bewahrt. Mónica unterstützt sie dabei.

Moritz Krawinkel

## Beauvoir in Karatschi

Die Gewerkschafterin und Feministin Zehra Khan setzt sich für die entrechteten Heimarbeiterinnen ein

Zehra Khan überraschte mich gleich beim ersten Zusammentreffen. Sie war die erste und blieb auf längere Zeit die einzige Frau in Pakistan, die mir zur Begrüßung die Hand reichte: eine Überschreitung des Erlaubten, die ihr strenge Missachtung einbringen kann. Das war im Februar 2012, als ich sie im Büro der National Trade Union Federation (NTUF) in Karatschi traf. Damals wussten wir noch nicht, dass wir über Jahre fast wöchentlich miteinander zu tun haben würden. Sechs Monate nach der ersten Begegnung brannte eine der Zigtausend Textilfabriken Karatschis ab. Das Feuer brach am 11. September aus und kostete 289 Menschen das Leben, Zehra und ihre Mitstreiter sprechen seither vom „Industrial 9/11“.

In ihrer Doppelrolle als Gewerkschafterin und Feministin wurde sie zur Sprecherin der Überlebenden.

Zur politischen Arbeit fand sie schon während ihres Studiums. Schon damals beteiligte sie sich an Versuchen der Organisation von Heimarbeiterinnen. Sie stehen ganz unten in der sozialen Pyramide, vereinzelt sind sie der Willkür ihrer Auftraggeber besonders ausgeliefert. Nach Abschluss ihres Studiums wurde Zehra Mitbegründerin der Homebased Womens Workers Federation (HBWWF), die 2009 offiziell als Gewerkschaft registriert wurde: ein politischer Sieg, weil die formelle Anerkennung der HBWWF zugleich die Anerkennung der Existenz von Heimarbeiterinnen war. Im tagtäglichen Einsatz für die Gewerkschaft, deren Generalsekretärin sie heute ist, hat Zehra die Verbindung zum Feminismus nie gelöst. Schon bei unserer ersten Begegnung erzählte sie mir von Lesekreisen, in denen Gewerkschafterinnen erst Clara Zetkin, dann Simone de Beauvoir lasen. Als sich die Lektüre von *Das andere Geschlecht* als zu schwierig erwies, verpflichtete Zehra einen der Gewerkschaft verbundenen Schriftsteller zur Teilnahme am Lesekreis.



Zehra Khan

Im Zuge der Kampagne um den „Industrial 9/11“ kam Zehra dann auch nach Deutschland. Dabei ging es um den von medico unterstützten Prozess, den vier Arbeiter und Arbeiterinnen aus Karatschi vor dem Landgericht Dortmund angestrengt haben. Prozessgegner ist der Discounter KiK, mutmaßlich einziger Auftraggeber der abgebrannten Fabrik. Zehra hat eine umfassende Dokumentation zum Brand erstellt, mit Hintergrundinformationen auch zu den allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen pakistanischer Textilarbeiterinnen. Darüber sprach sie auf dem Berliner „Umfairteilen“-Kongress und auf der „Blockupy“-Demonstration in Frankfurt, auf der die Polizei einen Teil der Demonstranten über Stunden einkesselte. Zehra blieb bis zum Schluss – bat uns allerdings, die festen Schuhe wieder ausziehen zu dürfen, die wir ihr gegeben hatten. Bis dahin allein das Tragen leichter Sandalen gewohnt, hatte sie sich die Füße mittlerweile wundgelaufen.

Das Urteil im KiK-Prozess steht noch aus, doch hat die Kampagne den Discounter 2018 zur Zahlung einer Entschädigung von über fünf Millionen Dollar gebracht. Die verdiente Pause im lange fortzusetzenden Kampf wird Zehra zur Fortsetzung ihres Studiums an der Universität Karatschi nutzen, wo sie als jetzt Vierzigjährige mit einer Arbeit über Frauenbewegungen in Südasien promovieren will. Erfüllt hat sie sich den lang gehegten Wunsch allerdings nur auf freundschaftlichen, doch nachhaltigen Druck ihrer engsten Gefährten.

Thomas Seibert

# Ein Sicherheitsrisiko

## Majeda Al-Saqqa tritt für die Rechte von Kindern, Jugendlichen und Frauen in Gaza ein

Das erste Mal begegnete ich Majeda Al-Saqqa im September 2012 in Gaza-Stadt. Mit ihren kurzen grauen Haaren, dem Kapuzenpulli und der schwarzen Lederjacke, die sie im Winter so gerne trägt, würde sie in einer Kreuzberger Kneipe nicht auffallen.

Wir saßen damals auf einer Terrasse am Meer. Sie trank Kaffee, rauchte selbstgedrehte Zigaretten und erzählte mir von ihrer Arbeit in Khan Younis. Majedas Organisation Culture & Free Thought Association setzt sich für die Rechte von Kindern, Jugendlichen und Frauen ein. Das brachte ihr mit der Hamas und anderen ziemlich Ärger ein. Der israelische Geheimdienst mag sie auch nicht. Immer wieder wird ihr die Ausreise aus Gaza „aus Sicherheitsgründen“ verwehrt. Wer solche Menschen aus Gaza kennengelernt hat, dem wird die Absurdität der Sicherheitsargumentation und der unterschiedslosen Internierung der Bevölkerung schnell klar.

Richtig kennen gelernt habe ich Majeda eigentlich erst im November 2012. Jedes Mal, wenn ich während der achttägigen Bombardierungen mit ihr telefonierte, glaubte ich hören zu können, wie ihr Gaza enger wurde. Im Sommer 2014, als der Konflikt zwischen Israel und der Hamas erneut eskalierte, potenzierte sich diese Erfahrung: bei mir die der Ohnmacht und bei Majeda die Wut und, mehr noch, Traurigkeit darüber, vernichtet werden zu können, ohne dass es einen Aufschrei gibt. Über jene Wochen erzählte sie später: „Nach den Kriegen 2009 und 2012 haben wir am nächsten Tag die Schäden repariert und weiter gearbeitet. Aber dieses Mal war es anders. Es war, als hätten sie unsere Körper geöffnet und uns einen großen schwarzen Klumpen eingepflanzt, den wir jetzt überall mit uns herumtragen.“

Die Situation in Gaza wird immer schlimmer, aber Majeda ist sich sicher: „Ich würde Gaza niemals verlassen, um woanders zu leben. Etwas, das ich nie woanders gesehen habe, auch nicht in Ramallah: Egal bei welchem Anlass, ob fröhlich oder traurig, du wirst hier nie alleine stehen. Es werden immer Leute mit dir sein.“ Ihr Lachen hat sie sich bewahrt, auch ihren Galgenhumor. „Gaza ist wie mein Kind, aber zwischendurch willst du mal mit Freunden essen oder was trinken gehen und eine Pause machen.“

Riad Othman



Foto: Gordon Welters

Majeda Al-Saqqa

# Die Hoffnung stirbt zuletzt

Ein Gespräch mit dem syrischen Aktivistin und medico-Partner Abdulsattar Sharaf über seinen Werdegang zum Revolutionär



Foto: Lokales Komitee Erbin

**Abdulsattar Sharaf koordinierte bis zu seiner Flucht 2017 die Kooperation mit medico zur Unterstützung der Untergrundschulen in Erbin, die seit 2013 von 2.000 Kindern besucht wurden.**

## **Abdulsattar, erzähl doch bitte Deinen Werdegang.**

Ich bin 1984 in Erbin, der zweitgrößten Stadt von Ost-Ghoutha geboren. Vor der syrischen Revolution lebten dort 100.000 Menschen. Jetzt sind es noch etwa 50.000. (Das Gespräch wurde am 1. März 2018 geführt, zwei Wochen später ist die Stadt aufgrund der pausenlosen Bombardierung des ganzen Gebietes wieder auf 100.000 angewachsen, d. Red.). Nach meinem Schulabschluss mit der 12. Klasse habe ich bis 2007 an der Universität in Damaskus Pharmazie studiert. Erbin war in meiner Kind-

heit eine beschauliche Mittelschichtstadt. Es gab viele kleine und mittlere Handwerksbetriebe, in denen Möbel produziert wurden. Außerdem gab es verarbeitende Industrie zur Herstellung von Konserven. Das hat sich alles mit der Marktöffnung radikal verändert. Es begann 1993, als private Investitionen zugelassen wurden, und führte unter Beratung durch die Weltbank 1997 zur sekundenschnellen Zerschlagung der Staatsmonopole. Die kleine und mittlere Industrie brach zusammen. Plötzlich hatten die Reichen sehr viel mehr Geld. Sie kauften in Erbin ganze Häuser als Kapitalanlage und verdrängten die ärmeren Schichten aus der Stadt. Mit der Liberalisierung wuchs die Kluft zwischen Arm und Reich in einem nie gekannten Ausmaß. Es war eine Hochzeit aus Geld, Politik und Neoliberalismus.

## **Du warst auch in der Armee?**

Ich wurde 2008 für anderthalb Jahre eingezogen. Ich leistete Militärdienst in Deir ez-Zor. Dort habe ich viel über die Schattenseiten Syriens kennengelernt. Das Trinkwasser in Deir ez-Zor war ungenießbar und gefährlich. Das ist in ganz Syrien ein Problem, weil es fast keine Kläranlagen gibt. In meiner Heimatstadt Erbin ist das ganze Grundwasser beispielsweise von den Abwässern Damaskus` verseucht, die seit Jahrzehnten ungefiltert in die Flüsse fließen. Während meines Militärdienstes in Deir ez-Zor war

nicht nur das Trinkwasser, sondern auch der Euphrat verschmutzt. Das waren vor allen Dingen Industrieabwässer. Die Bauern konnten in dieser Wüstengegend das Wasser des Flusses nicht benutzen, um ihre Felder damit zu bewässern. Ich war dort der einzige mit medizinischem Wissen und musste viele Kranke mit Hepatitis A oder B und Leishmaniose behandeln. Sie waren Folge dieser Verschmutzungen. Doch niemand kümmerte sich um diese schweren Erkrankungen. Mich empörte diese Gleichgültigkeit der staatlichen Institutionen.

### **Und nach der Armee?**

Bin ich nach Erbin zurückgekehrt und habe 2010 meine Apotheke eröffnet. Die lief sehr gut. Aber auch hier kam ich mit der Armut in Berührung. Meine Apotheke lag in der Nähe von Sawwa, einem Vorort von Erbin. Sawwa ist eigentlich ein Slum, in dem Tausende Menschen leben, die aus Erbin verdrängt worden waren. In Sawwa gab es keinerlei öffentliche Infrastruktur, auch keinen Zugang zu Gesundheitsdiensten. Sie kamen zu mir in die Apotheke und baten mich um Unterstützung. Mit ein paar befreundeten Ärzten versuchte ich medizinische Hilfe zu leisten.

### **Wie hast Du Dich an der syrischen Revolution beteiligt?**

Über meinen Bruder in Deutschland erfuhr ich von den Ereignissen in Ägypten. Das Geschehen am Tahrir-Platz hat mich und meine Freunde sehr inspiriert. Und so kam es zu ersten Demonstrationen-Aufrufen gegen das Assad-Regime im Internet unter dem Titel „Syrische Wut“. Die ersten in meiner Region, die protestierten, waren übrigens die Menschen aus Sawwa. Ich hoffte auf demokratische Veränderungen. Und mir hat der Klientelismus in Syrien auch das Weiterstudieren unmöglich gemacht. Ich hätte gerne den Master in Pharmazie gemacht. Dazu braucht man aber verwandtschaftliche oder politische Beziehungen zur Regierungspartei. Ich

nahm bereits an der zweiten Demonstration der syrischen Revolution in Damaskus teil. Damals schlossen sich sogar Polizisten an. Zur selben Zeit aber wurde Dara´a, der Ausgangsort der syrischen Revolution, schon von Regierungstruppen belagert. (Ende Februar 2011 wurden Schulkinder festgenommen, die Anti-Assad-Graffiti gesprüht haben sollen. In der Kleinstadt an der libanesischen Grenze, die eigentlich eine Assad-Hochburg war, führte das zu großen Demonstrationen, d. Red.). Wenige Tage später gab es die ersten Demonstrationen in Douma. Douma ist mit damals 700.000 Einwohnern die größte Stadt Ost-Ghoutas, nicht weit entfernt von Erbin.

### **Wie verhielt sich das Regime in Douma?**

Schon zu diesem Zeitpunkt war die Eskalation zu spüren. Zwei meiner Freunde wurden für mehrere Tage festgenommen und schwer gefoltert. Es gab Tote bei den Demonstrationen. Ihre Beerdigungen wurden wieder zu Demonstrationen. Und es gab erneut Tote. Auch in Erbin. So war es zwischen März und April 2011 im ganzen Land. Nach diesen Ereignissen gründeten wir das Basiskomitee. Das war zuerst eine Internetplattform, über die wir anonym Aktionen organisierten und Informationen zirkulierten. Zeitweise bestand das Basiskomitee aus 90 Leuten mit ähnlichen Ansichten. Die Militarisierung des Aufstandes war nicht unsere Sache, aber wir hatten dem nichts entgegenzusetzen. Der Aufstand kam von den jungen Leuten, die wie ich, in den 1980er Jahren geboren wurden. Die Generation der 1990er Jahre hingegen sind bewaffnete Kämpfer. Meine Generation ist tot oder im Exil.

### **Eine Frage, die sich fast erübrigt: Hattest Du Angst um Dein Leben?**

Natürlich. Denn im August 2011 besetzten 1.000 Soldaten die Stadt und töteten fünf Bewohner. Bis Januar 2012 hatten wir dann schon 100 Tote zu beklagen. Im September 2011 wurde einer

meiner Freunde auf einer Demonstration erschossen. Und ein Mitglied unseres Basiskomitees wurde durch Messerstiche nachts getötet. In dieser Zeit wurde ich von maskierten Männern entführt und gefoltert. Sie wollten mich zwingen, für den Geheimdienst zu arbeiten.

### **Trotzdem hast Du weitergemacht?**

Im Auftrag des Revolutionsrats, der sich auch in Erbin gebildet hatte, um die Stadtverwaltung zu übernehmen, habe ich mich mit anderen medizinisch ausgebildeten Leuten darum gekümmert, das Ersatz-Krankenhaus für Erbin aufzubauen. Das alte Krankenhaus lag direkt neben der Autobahn und der Station der Heimpolizei. Im August 2012 besetzte die Freie Syrische Armee das Stadtzentrum von Erbin. Die Stadt wurde vom Revolutionsrat, der sich auf Bitten der Schattenregierung in der Türkei in Lokaler Rat umbenannt hatte, kontrolliert.

### **Ein Jahr lang galt Erbin als „befreit“. Was bedeutet Dir das?**

Erbin war nie ohne Krieg, es gab täglich Raketenangriffe. Bis August 2013 glaubten wir wirklich, wir hätten eine Chance, Assad loszuwerden. Dann kam der Giftgasangriff des syrischen Militärs auf einen Nachbarort von Erbin. 1.500 Menschen kamen ums Leben. Ich selbst habe Opfer im Krankenhaus gesehen. Dieser Angriff war ein Wendepunkt, vor allem, als klar wurde, dass er keine Reaktion der Weltgemeinschaft zur Folge haben würde. Verändert hat sich die Situation aber auch, weil die bewaffneten Milizen immer islamistischer wurden.

### **Wann hast du angefangen, Dich um die Schulen zu kümmern?**

Als Mitglied des Basiskomitees war ich auch Mitglied im Lokalen Rat. Dort war ich zuerst zuständig für die medizinische Versorgung und die Medikamentenherstellung, denn wir bekamen vom größten syrischen Händler nur noch Rohstoffe. Danach übernahm ich die Ver-

antwortung für die Neugründung der Schulen. Unsere Kinder hatten seit einem Jahr keinen Unterricht mehr, weil die Schulen oft als Referenz für Angriffsziele dienten und deshalb auch immer wieder Raketenangriffen ausgesetzt waren. Wir haben den Schulbetrieb deshalb unterirdisch in Kellern organisiert.

### **Es hört sich an, als hättest Du Tag und Nacht gearbeitet. Privatleben gab es nicht, oder?**

Das haben viele so gemacht, nicht nur ich. Wir träumen von einem anderen Land.

### **Aber in all den Jahren ist dieser Traum nicht näher gerückt, sondern in die Ferne. Woher rührte Deine Hoffnung?**

Es war meine freie Entscheidung, diesen Weg zu gehen. Niemand hat mich dazu gezwungen. Aber ich hatte auch Hoffnung, weil uns Dinge gelangen. Wir haben 70 Brunnen in Erbin reaktiviert, wir haben die Schulen in den Kellern etabliert, wir haben das Grundbuch wieder eingeführt, wir haben für alternative Energiequellen gesorgt, einen Kindergarten für 400 Kinder von Verhafteten oder Getöteten errichtet. Als Russland Ende 2016 intervenierte und die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen militärischen Gruppen in Erbin heftiger wurden, habe ich angefangen, im Internet Deutsch zu lernen.

### **Es gab Todesdrohungen und tatsächlich auch einen Angriff von militärischen Gruppen in Erbin gegen Dich. Wie kam es dazu?**

Warum es letztlich zum Anschlag gegen mich kam, ist unklar. Er fand genau vor einem Jahr statt. Sie kamen nachts in mein Haus und schossen mir in die Brust. Ich habe überlebt, weil ich mich wehren konnte. Jetzt bin ich in Deutschland. Aber für mich ist es sehr schwer, hier zu sein und zusehen zu müssen, was in Erbin gerade geschieht.

Das Interview führte Katja Maurer.

# We1t-Öffent

Globale Politikfelder

Foto: Mark Mühlthaus/Attenzione



# tlichkeit

Die heutigen Krisen lassen sich nur global lösen. Wer diesen wahren Satz schreibt, scheint die Lösung auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben, so wenig scheint eine demokratisch verfasste Welt denkbar. Und doch gibt es genau diesen utopischen Überschuss in Projekten von globaler Öffentlichkeit, universell gültige Normen zu schaffen, die die Würde einer und eines jeden zum obersten Prinzip machen.

# Es wäre ein Meilenstein

Menschenrechte vor Unternehmensrechten: Eine UN-Initiative aus dem globalen Süden will internationale Konzerne haftbar machen

Von Anne Jung

„Supermärkte klauen. Wir klauen zurück“ – unter diesem Motto ruft das Künstlerkollektiv Peng! mit seiner neuen Aktion zum Diebstahl von Lebensmitteln bei Discountern auf. Der Einkaufswert soll direkt an die Erzeugerinnen und Erzeuger von Kaffee, Tee und Bananen gespendet werden. So soll symbolisch ein Ausgleich für Hungerlöhne geschaffen und gleichzeitig auf Menschenrechtsverletzungen in der Produktionskette aufmerksam gemacht werden. Die Aktion ist ein Akt der Selbstermächtigung gegen das Ohnmachtsgefühl einer ungewollten Mittäterschaft in einer globalisierten Welt, die die Risiken und Gefahren in der Produktionskette auslagert, um in den Industrienationen ein Leben in Wohlstand abzusichern. Die Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels reagierte prompt und sprach von einer „absurden Aufforderung zum Rechtsbruch“. Absurd aber ist nicht die Kunstaktion, sondern die Realität, dass die Rechte von Unternehmen im internationalen Rechtssystem Vorrang haben vor der Wahrung der Menschenrechte.

Tatsächlich sind die Spielräume von Unternehmen, Staaten zu verklagen, gewachsen. Das ermöglichen zum Beispiel Freihandelsverträge, die von der deutschen Regierung im Rahmen der Europäischen Union ausgearbeitet und vorangetrieben werden. Die von der EU mit ausgewählten afrikanischen Ländern verhandelten

und u.a. von Kenia nach großem Druck unterzeichneten Economic Partnership Agreements (EPA) verfestigen die Rolle des afrikanischen Kontinents als Rohstofflieferant für Europa. In TTIP, TISA und weiteren Freihandels- und Investitionsschutzabkommen verankerte internationale Schiedsgerichte geben Firmen das Recht, Staaten zu verklagen, wenn diese ihr Recht auf Gewinn gefährdet sehen. Für die Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen hingegen gibt es keine vergleichbaren Instrumente.

## Ende der Freiwilligkeit

Während die Rechtssicherheit für Unternehmen gestärkt wird, tut die Bundesregierung – und mit ihr die Regierungen der meisten Industrienationen – alles dafür, mit unverbindlichen freiwilligen Selbstverpflichtungsmaßnahmen den öffentlichen Widerstand gegen massive Verstöße gegen die Menschenrechte einzuebnen. Zwei Beispiele zeigen, was das konkret bedeutet.

Kurz vor der Jahrtausendwende deckte eine investigative Recherchegruppe auf, dass die blutigen Bürgerkriege in Angola, Sierra Leone und der Demokratischen Republik Kongo mit Zehntausenden Toten aus dem Handel mit Diamanten finanziert wurde. Deutlich wurde, wie sehr internationale Diamantenkonzerne in die Geschäfte verstrickt waren. medico gründete

unter anderem mit Partnern aus Sierra Leone eine internationale Kampagne gegen Konfliktdiamanten, die Industrie geriet in Panik, Hollywood lieferte den Blockbuster Blood Diamond. Was aber tat die Politik? Zunächst nichts. Dann verhandelte sie mit der Wirtschaft das Kimberley-Abkommen, einen zahnlosen Tiger, der keine hinreichende rechtliche Handhabe vorsieht. Zivilgesellschaftliche Organisationen protestierten ohne Erfolg. In der öffentlichen Wahrnehmung war das Thema damit abgehakt. Der Handel mit Konfliktdiamanten geht weiter. Besser hätte es für die Industrie nicht laufen können.

Ähnliches ereignete sich in den vergangenen Jahren im Bereich der Textilindustrie. Nachdem das Rana-Plaza-Gebäude in Bangladesch eingestürzt und 1.135 Arbeiterinnen und Arbeiter ums Leben gekommen waren, konnte der Zusammenhang von Preis und Produktionsbedingungen nicht mehr länger ignoriert werden. Da bei Rana Plaza auch für deutsche Modemarken genäht wurde, geriet die Bundesregierung in Zugzwang. Sie reagierte, indem sie umgehend Industrie und Nichtregierungsorganisationen in dem Textilbündnis zusammenrief, um die Standards der Produktion zu verbessern – das jedoch nicht verpflichtend, sondern wieder einmal auf freiwilliger Basis. Selbst Konzerne, die sich daran nicht halten, sind im Bündnis weiterhin willkommen. Denn: Je breiter das Bündnis, umso heller der Schein. Ungeachtet der Gefahr, kooptiert und instrumentalisiert zu werden, beteiligten sich NGOs an dem Schauspiel. Die Überlebenden und Angehörigen der Toten sind von freiwilligen Zahlungen der Textilbranche und der Unterstützung durch Hilfsorganisationen abhängig, weil ihnen ein Rechtsanspruch verwehrt bleibt.

Die beiden unterschiedlichen Fälle lassen nur einen Schluss zu: Die freiwillige Selbstverpflichtung ist nichts anderes als ein Angebot an die

Unternehmen, so weitermachen zu können wie bisher. 2014 aber geschah auf der Ebene supra-staatlicher Politik etwas Bemerkenswertes: Auf Initiative von Ecuador und Südafrika setzt sich eine Arbeitsgruppe bei der UNO für ein rechtlich bindendes Menschenrechtsabkommen für (transnationale) Unternehmen ein. Die Initiative fordert, die Gleichrangigkeit der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte endlich durch ein Abkommen zu bestätigen, das den Schutz der Menschenrechte auch vor den Aktivitäten der transnationalen Konzerne und anderer Unternehmen gewährleistet. Die Haftung von Konzernen entlang der kompletten Zulieferkette soll gewährleistet werden und Staaten sollen verpflichtet werden, den von Menschenrechtsverstößen Betroffenen internationalen Rechtsschutz zu gewähren. Der UN-Treaty für eine menschenrechtliche Regulierung der globalen Wirtschaft würde Betroffenen erstmals rechtlichen Schutz garantieren. Opfer von Land- oder Wasserraub, Arbeitsrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzungen könnten gegen die Unternehmen klagen und Entschädigungen erhalten.

Deutschland widersetzt sich

Mehr als 100 Mitgliedsstaaten beteiligen sich an dem Prozess. Der UN-Treaty hat das Potenzial, die Achtung der Menschenrechte weltweit deutlich zu verbessern. Allein die Lieferketten transnationaler Konzerne beschäftigen mehr als 450 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter. Doch der Durchsetzung so fundamentaler Veränderungen stehen kolossale Machtinteressen entgegen. Regierungen, Unternehmen, elitäre Netzwerke – sie alle bekämpfen sie aufs Äußerste. Die Bundesregierung hat kürzlich gemeinsam mit der EU und den USA entschieden, sich nicht an den UN-Gesprächen zu beteiligen und stattdessen weiterhin das Recht

auf Profit gegen die Wahrung der Menschenrechte abzusichern.

Umso bedeutsamer ist es daher, dass sich eine internationale Koalition von über 1.000 Gruppen, sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen, darunter auch *medico international*, gebildet hat, um die Regierungen unter Druck zu setzen. Die Forderung geht über einen Vertrag hinaus und nimmt in den Blick, dass die institutionellen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen geschaffen werden müssen, perspektivisch einen Gerichtshof für Menschenrechte durchzusetzen. Der politische Wille dazu wird nicht vom Himmel fallen. Er wird mühsam erstritten werden müssen. Darin hat *medico* Übung. Denn auch das völkerrechtlich bindende Abkommen zum Verbot von Landminen wurde 1997 nach einer jahrelangen und von *medico*

mitinitiierten internationalen Kampagne politisch gegen alle Widerstände durchgesetzt. Die Menschenrechte scheinen künftig nur dann noch eine Chance zu haben, wenn sie »von unten« erneuert werden. Es geht hier um mehr als um ein Abkommen. Es geht um das unveräußerliche Recht darauf, Rechte zu haben.



Foto: Privat

**Anne Jung ist bei *medico* u.a. für die Bereiche globale Gesundheit, internationale Handelsbeziehungen und Rohstoffhandel zuständig. Seit 2018 leitet sie die Öffentlichkeitsabteilung.**

## Im Würgegriff

Vor 70 Jahren wurde die WHO gegründet. Heute ist sie so abhängig von nationalstaatlichen und privatwirtschaftlichen Interessen wie nie zuvor

### Von Andreas Wulf

Drei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden nicht nur die Vereinten Nationen gegründet. Zeitgleich entstand auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit dem unmissverständlichen Mandat, die „koordinierende internationale Gesundheitsorganisation“ zu sein. Sie vertrat einen überraschend umfassenden Gesundheitsbegriff: Weit über

die klassisch bio-medizinische Vorstellung hinausgehend, versteht die WHO Gesundheit als ein „vollständiges physisches, psychisches und soziales Wohlbefinden“, auf dessen weitmöglichstes Erreichen alle Menschen einen Rechtsanspruch haben sollten. Dieser Anspruch hält fest, was auch die Menschenrechtserklärung der UN definiert: dass die

Menschenrechte unterschiedslos für alle Menschen gelten und dass die politischen Repräsentanten, vornehmlich der Nationalstaaten, verpflichtet sind, diese Rechte zu realisieren.

Mit dieser Vorgabe wurde die WHO vor genau 70 Jahren auf den Weg geschickt. Vor 40 Jahren wurde sie noch einmal weitreichend konkretisiert. Auf der Konferenz in Alma Ata in Kasachstan verabschiedeten die Mitgliedsstaaten 1978 eine Erklärung zum Primary-Health-Care-Konzept. Demzufolge sind Verbesserungen der grundlegenden Lebens-, Ernährungs-, und Wohnbedingungen Teil einer bereichsübergreifenden Gesundheitsarbeit. Damit wurde bestimmt, dass die Ziele der WHO nicht nur mit Impf- und Behandlungsprogrammen sowie Aufklärungskampagnen über Krankheitsursachen und für gesundheitsgerechtes Verhalten zu erreichen sind, sondern relevante gesellschaftliche Veränderungen erfordern. Konkret: Im Zentrum der Gesundheitsarbeit sollten die Mitsprache und Mitwirkung von Gemeinden stehen. Das Gesundheitswissen sollte nicht länger bei der traditionellen ärztlichen Profession monopolisiert bleiben, sondern durch Basisgesundheitsarbeiterinnen und -arbeiter allen zugänglich gemacht werden. Mittel sollten von der kurativen Medizin in wenigen städtischen Krankenhäusern zu den dezentralen Gemeindeprogrammen verlagert werden, die die Mehrheit der Menschen mit ihren dringlichsten Gesundheitsbedürfnissen erreichen. Mit der Erklärung von Alma Ata wurde das Ziel ausgegeben, „Gesundheit für Alle im Jahr 2000“ zu erreichen.

Vier Jahrzehnte später lässt sich feststellen, dass entsprechende Programme kaum in notwendiger Weise und dauerhaft umgesetzt worden sind. Das liegt nicht zuletzt daran, dass eine im Alma Ata Dokument festgehaltene wesentliche Voraussetzung zu ihrer Finanzierung nie realisiert wurde: eine grundlegende Änderung der globalen Wirtschaftsstrukturen, die es

den armen Ländern erlaubt hätte, selbst genügend Ressourcen in einem Prozess „nachholender Entwicklung“ für die eigenen sozialen Grunddienste zu sichern. Weil das nicht geschah, blieben sie abhängig von der kontrollierenden Wohltätigkeit der oft kreditgebundenen Entwicklungshilfe. Das führte schon kurz nach dem Ende der 1970er Dekade zu massiven Verschuldungskrisen und sich anschließenden Austeritätsdiktaten der globalen Geldgeber IWF und Weltbank. Statt garantierter Rechte wurden Effektivitätsrechnungen zum Mantra der Gesundheitsexperten. Defizitäre Gesundheitseinrichtungen mussten die Löcher mit Nutzergebühren stopfen, was wiederum die Ärmsten der Armen ausschloss. Vor allem wurde die WHO im neuen Jahrtausend ihrer erklärten Rolle, zentraler Akteur der globalen Gesundheitspolitik zu sein, zunehmend weniger gerecht.

#### Dienstleister für Geldgeber?

Wie konnte es dazu kommen? Tatsächlich steht die WHO, eine imposante Organisation mit mehr als 7.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in 150 Länderbüros, sechs Regionalbüros in vier Kontinenten, einem Hauptquartier in Genf und sechs offiziellen Sprachen, auf äußerst tönernen Füßen. Ihr Jahresbudget ist mit etwas mehr als 2,2 Mrd. USD kaum größer als das des Genfer Universitätshospitals. Ein Minimalkompromiss, der bei der Weltgesundheitsversammlung im Mai 2017 erreicht wurde, war die erste Erhöhung der Pflichtbeiträge seit vielen Jahren – um gerade einmal drei Prozent. Ohnehin machen die Mitgliedsbeiträge der 191 Staaten, die die finanzielle Selbständigkeit der WHO sichern sollen, nur noch 20 Prozent ihres Budgets aus. Mehr als Dreiviertel sind thematisch und projektgebundene Mittel. Über diese können die Geber wesentlich mehr Einfluss auf die tatsächlichen Arbeitsschwerpunkte der Organisation nehmen, als es die Mitgliedsstaa-

ten mit ihren Resolutionen und Appellen in der jährlichen Vollversammlung und dem rotierend besetzten 34-köpfigen Exekutivrat tun. Vor allem die großen Mitgliedsstaaten des globalen Norden bestimmen wesentlich mit und auch externe Finanzgeberinnen wie private Stiftungen haben ihren Einfluss auf die WHO erheblich vergrößert. So ist bei projektgebundenen Spenden die Bill & Melinda Gates Foundation zeitweise die zweitwichtigste Geberin nach den USA gewesen.

Dieses Missverhältnis ist immer wieder Anlass zur Debatte. Der Vorwurf steht im Raum, die WHO sei de facto zu einem „Dienstleister“ in Sachen Globaler Gesundheitspolitik von nationalstaatlichen und privatwirtschaftlichen Interessen geworden. Auffällig ist, wofür die WHO von externen Geldgebern Mittel bekommt und wofür nicht. Einem umfangreich finanzierten Programm zur Ausrottung des Poliovirus stehen völlig unterfinanzierte Programme wie das zur Förderung unentbehrlicher Arzneimittel gegenüber. Zufall ist das nicht. Einem eher technisch umsetzbaren Impfprogramm, dessen Erfolge in Form von geretteten Kindern gut medial präsentierbar sind, sind Geldgeber wie die Gates- und die Rotary-Club-Stiftungen eher zugetan als etwa einem Projekt, das die lokale Produktion und Qualifizierung von Generikaalternativen zu patentierten Markenmedikamenten fördert. Und mit den vielen Arbeitsstellen, die in den Länderbüros der WHO für das globale Polio-Impfprogramm finanziert werden, sind auch die Länder des globalen Südens durchaus zufrieden.

#### Abhängig von externen Akteuren

So bleibt die WHO abhängig von externen Akteuren und versucht die damit verbundenen Interessenkonflikte zu managen. Auch das tut sie mehr schlecht als recht. Die Kritik macht

sie beispielsweise an dem neuen Rahmenabkommen FENSA der WHO zum Umgang mit nicht staatlichen Akteuren fest. Eine Überprüfung der Interessen dieser Akteure bleibt weiterhin unzureichend. Oder welche kritische Haltung zu „big food“ und „big pharma“ kann man von der Gates Foundation erwarten, deren Gelder auch aus den Profiten von Großunternehmen der Nahrungsmittel- und Pharmaindustrie stammen? Nicht weniger bedenklich sind die vielen Möglichkeiten der Einflussnahme durch die Hintertüren der internationalen Politik und vermeintlich unpolitischer Fachleute. Ein besonders krasser Fall ist das Knebelabkommen der WHO mit der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO), das noch aus dem Jahr 1959 stammt. Dieses verhindert eine unabhängige Stellungnahme der WHO zu den Gesundheitsgefahren radioaktiver Strahlung auch bei großen Unfällen. Zu Tschernobyl oder Fukushima war von Seiten der WHO denn auch wenig zu hören.

Aber auch auf ihrem „ureigenen“ Terrain – die Bekämpfung weltweiter Krankheitsausbrüche – häufen sich Kontroversen um die Unparteilichkeit der Organisation. Eine große Debatte entspann sich etwa bei der weltweiten Schweinegrippe-Epidemie (H1N1-Virus) 2009. Nachdem die WHO diese – wie sich später herausstellte fälschlicherweise – zu einer globalen Pandemie erklärt hatte, wurden enorme Ressourcen in die Bereitstellung von Medikamenten und eines neuen Impfstoffs investiert. Die die WHO beratenden Impfstoffexperten hatten offenbar enge Verbindungen zu den großen Impfstoffherstellern, die sich davon ein einträgliches Geschäft versprachen. Ebenso erbitterte Auseinandersetzungen gab es um die Verfügbarkeit des neu entwickelten Impfstoffes, der von den finanzkräftigen Staaten vorbestellt wurde, während die Länder des Südens befürchten mussten, leer auszugehen oder die hohen Preise nicht bezahlen zu können.

## Zurück zur Kernaufgabe

Vor diesem Hintergrund erscheint es am wichtigsten, dass die WHO selbst sich nicht nur als technische und administrative Behörde wahrnimmt, sondern zu ihrer menschenrechtlichen „Kernaufgabe“ zurückfindet, wie es im Mandat ihrer Gründungsdokumente und in der Alma Ata Deklaration verankert ist. Nimmt sie diese ernst, darf sie Konflikte mit einer Wirtschaftspolitik nicht scheuen, wenn dort Patentregeln verhandelt werden, die den Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten für alle verhindern. Genauso wenig darf sie Dienerin oder Dienstleisterin ihrer Mitgliedsstaaten sein, wenn sie als die „führende Institution der Weltgesundheit“ verstanden werden will. Defizite bei der WHO zu benennen, sie in ihrem Mandat aber gleichzeitig zu verteidigen und zu unterstützen: Das ist mehr denn je Aufgabe der Zivilgesellschaft. Viele Initiativen, darunter medico und das People's Health Movement, haben sich 2016 in dem Global Health Hub zusammengeschlossen. Das Netzwerk setzt sich mit Studien, Veranstaltungen und einer Lobbyarbeit „von unten“ am Hauptsitz der WHO dafür ein, dass diese die Unabhängigkeit zurücklerlangt, die sie zur Bewältigung der globalen Gesundheitskrise braucht. Im Jubiläumsjahr wäre das ein dringend benötigter Neuanfang.



Dr. Andreas Wulf ist Arzt und arbeitet seit 1998 bei medico international als Projektkoordinator für Globale Gesundheit. Er ist u.a. für medico aktiv in den Globalen Gesundheitsnetzwerken PHM, HAI und G2H2.

## Global vernetzt

Mit der Beteiligung an der erfolgreichen internationalen Landminen Kampagne, die 1997 ein bindendes Abkommen zum Verbot von Antipersonenminen durchsetzen konnte und im gleichen Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, hat medico schon früh Formen einer länderübergreifenden [Gegen-] Öffentlichkeit erprobt. Die kapitalistische Globalisierung hat diesen Ansatz noch wichtiger werden lassen. Von Rohstoffhandel und Landraub über globale Lieferketten wie in der Textilindustrie und Handelsabkommen bis zur Klimazerstörung – nahezu jede lokale Misere wird auf internationaler Ebene ausgelöst oder verschärft. Um wirksam Druck zu erzeugen und Alternativen zu entwickeln, braucht es sowohl die Vernetzung von Gegenkräften zu einer Globalisierung von unten wie auch die Stärkung supranationaler regulierender Institutionen. Im Bereich Gesundheit tut medico genau das. Von Beginn an ist medico beteiligt am Zusammenschluss von Gesundheitsexpertinnen und -aktivisten aus allen Kontinenten in der Gesundheitsbewegung People's Health Movement. Ein wegweisender Schritt, sich durch Vernetzung, Austausch und regionale Aktionen gemeinsam für einen umfassenden Schutz der globalen Gesundheit starkzumachen. Gleichzeitig setzen sich das PHM und andere medico-Netzwerke wie Health Action International (HAI) und der Geneva Global Health Hub (G2H2) mit kritischen Interventionen dafür ein, dass die Weltgesundheitsinstitution der UNO die ihr zugeordnete Rolle als überstaatliche Anwältin von Gesundheit denn auch aus- und erfüllt.

Spendenstichwort: Gesundheit

# medico- jubiläum

26. Mai 2018  
Hilfe und Emanzipation  
1968 – 2018  
Diskussions- und  
Festveranstaltung  
Urania, Berlin

Am Samstagabend, dem 26. Mai 2018, findet in der Urania in Berlin der große Festakt zum 50. Geburtstag von medico statt. Die Feier mischt Politik, Theorie und Musik, durch den Abend führt der Kabarettist Georg Schramm.

Zur Lage der Welt sprechen der kamerunische Philosoph und Politikwissenschaftler Achille Mbembe und der Soziologe Stephan Lessenich aus München, beide haben gerade viel diskutierte Bücher (Neben uns die Sintflut, Politik der Feindschaft) publiziert. Kommentiert werden sie von drei langjährigen medico-Partnern: Abu Brima [Network Movement for Justice and Development, Freetown/Sierra Leone], Hadi Marifat [Afghanistan Human Rights and Development Organisation, Kabul] und Vera Malaguti [Soziologin, Rio de Janeiro].

Zur Geschichte medicos spricht Barbara Unmüßig vom Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, auch sie eine langjährige Weggefährtin medicos. Für passende Musik sorgen Stella Chiweshe [Mbira und Gesang, Harare/Zimbabwe] und Cemil Qocgiri [Tenbûr und Gesang, Mainz].

**Teilnahmebeitrag 10 Euro, ermäßigt 5 Euro**  
**Anmeldung auf [www.medico.de](http://www.medico.de)**

25. – 27. Mai 2018  
Internationale Tagung:  
Emanzipation  
Haus der Kulturen der  
Welt, Humboldt-Universität  
zu Berlin, Technische  
Universität Berlin

Der Mai 68 war ein globales Ereignis, kein bloß europäisches oder nordamerikanisches. Des-

halb beginnt die Epoche des Mai auch schon in den 1950er Jahren, mit den Revolutionen in Kuba und Algerien, deshalb verdichtet sie sich im Krieg in Vietnam. medico international ist selbst ein Kind dieser Zeit und den eigenen Anfängen bei allen Brüchen treu geblieben. 50 Jahre nach dem Mai beteiligt sich medico mit drei Kolloquien an einer von der Humboldt- und der Technischen Universität in Berlin organisierten internationalen Tagung, die sich der Aktualität des damals erhobenen Anspruchs auf umfassende Emanzipation stellen wird.

Gelingen kann das heute nur noch in globaler Dimension. Dabei muss sich der Anspruch auf Emanzipation aber auch den Verwüstungen der Globalisierung stellen, muss Erfahrungen nicht mehr abzuwendender, weil bereits eingetretener Katastrophen standhalten. Vor allem anderen gilt es heute, sich aus der „Politik der Feindschaft“ (Achille Mbembe) zu lösen, mit der die herrschende Weltordnung ihre allseitige Krise in den Griff bekommen will. Das verweist den Anspruch auf Emanzipation auf die ersten Bedingungen seiner Einlösung: Solidarität, Öffentlichkeit und den Mut, selbst zu denken.

Auf der Tagung kommen Sozialwissenschaftler und –wissenschaftlerinnen aus der ganzen Welt zusammen, u.a. Seyla Benhabib, Wendy Brown und Didier Eribon. Mit dabei auch Micha Brumlik und Alex Demirovic, mit beiden hat medico auch früher schon debattiert. In den drei medico-Kolloquien „Emanzipation aus der Katastrophe“, „Solidarität in der Katastrophe“ und „Öffentlichkeit als globale res publica“ freuen wir uns auf: Abu Brima (Friedens- und Konfliktforscher, Direktor des Network Movement for Justice and Development, Freetown/Sierra Leone), Stephan Lessenich (Soziologe, Universität München/Deutschland), Christin Lüttich (Politikwissenschaftlerin, Adopt a Revolution, Berlin/Deutschland), Vera Malaguti (Soziologin und kritische Kriminologin, Rio de Janeiro/Bra-

silien), Hadi Marifat (Friedens- und Konfliktforscher, Direktor der Afghanistan Human Rights and Democracy Organization, Kabul/Afghanistan), Achille Mbembe (Historiker und Philosoph, Universität Witwatersrand, Johannesburg/Südafrika), Milo Rau/Eva Maria Bertschy (Regisseur/Dramaturgin, International Institute of Political Murder, Köln/Deutschland), Gesine Schwan (Politologin, Europauniversität Viadrina, Frankfurt/Oder/Deutschland), Harald Welzer (Soziologe und Sozialpsychologe, Stiftung Futur Zwei, Berlin/Deutschland).

**Eine Anmeldung zur Tagung ist nicht erforderlich. Die großen Panel der Tagung und die medico-Kolloquien werden deutsch/englisch übersetzt.**

Veranstaltungsreihe  
im Frankfurter  
medico-Haus

Mit einer Vielzahl von Veranstaltungen im von der stiftung medico international errichteten medico-Haus im Frankfurter Ostend geht medico der Frage nach, was Emanzipation unter den Bedingungen eines globalen Kapitalismus bedeutet, der zusehends seine demokratische Gestalt verliert. In Kooperation mit zahlreichen Partnern und Frankfurter Institutionen werden Themen wie Weltoffenheit und städtische Entwicklung, Erinnerungskultur und Trauma, Friedenspolitik und globale Bürgerversicherung behandelt. Einige haben schon unter großem Publikumsinteresse stattgefunden.

**Berichte darüber und Hinweise auf weitere Veranstaltungen finden Sie unter: [www.medico.de/50jahre](http://www.medico.de/50jahre)**



1



2



3



4



5



6



7

## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Stichworte, die Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter [www.medico.de/material](http://www.medico.de/material) finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. **Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. [069] 944 38-0 zur Verfügung.**

**Materialliste:****1,2,3 Plakate 50 Jahre medico international**

„Die Welt ist groß. Rettung lauert überall“ – zum Jubiläum hat medico eine Plakatreihe mit drei Motiven aufgelegt. Die Plakate können kostenlos bei uns bestellt werden. Damit sie unversehrt bei Ihnen ankommen, verschicken wir sie in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende an medico international sehr freuen.

**4 stiftung medico international**

[28 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

**5 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft**

[28 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

**6 Warum Menschen fliehen**

[32 S.] Mit dieser Broschüre möchten wir dazu anregen, bei der Rede über Fluchtursachen und ihre Bekämpfung genau hinzuhören. Herausgegeben von medico international und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

**7 Globale Gesundheit**

16-seitige Kurzbroschüre. Das Recht auf den Zugang zu bestmöglicher Gesundheit wird weltweit jeden Tag millionenfach verletzt. Der Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorganisationen und medicos Engagement in globalen Netzwerken vor. Natürlich kostenlos.

**Ohne Abb.: Hilfe im Handgemenge**

[Infolyer] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/ Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

**Ohne Abb.: Europa ist Exportweltmeister**

12-seitige Kurzbroschüre zur neuen Grenzschutz- und Migrationspolitik der EU. Herausgegeben von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl.

**Ohne Abb.: Das Recht zu bleiben, das Recht zu gehen**

DIN A1-Plakat zum Thema Flucht und Migration. In DIN A2 auch in Englisch, Spanisch, Französisch und Arabisch.

**Ohne Abb.: Cool, aber tödlich**

4-seitiger Flyer mit jeweils 6 Stickern. Eine Aktion der Kampagne für Saubere Kleidung und medico international.

**Ich bestelle:**

\_\_\_\_\_ DIN A1 Plakat: Motiv 1

\_\_\_\_\_ DIN A1 Plakat: Motiv 2

\_\_\_\_\_ DIN A1 Plakat: Motiv 3

\_\_\_\_\_ Broschüre: stiftung medico international

\_\_\_\_\_ Broschüre zu Testament und Erbschaft

\_\_\_\_\_ Broschüre: Warum Menschen fliehen

\_\_\_\_\_ Kurzbroschüre: Globale Gesundheit

\_\_\_\_\_ Infolyer: Hilfe im Handgemenge

\_\_\_\_\_ Kurzbroschüre: Europa ist Exportweltmeister

\_\_\_\_\_ DIN A1 Plakat: Für das Recht zu bleiben

\_\_\_\_\_ Flyer + Aufkleber: Cool, aber tödlich

Anzahl

\_\_\_\_\_ Name

\_\_\_\_\_ Straße

\_\_\_\_\_ Ort

\_\_\_\_\_ Meine Spendennummer

**Ich möchte:**

kostenlose Materialien bestellen

dass einmalig eine  
Spende in Höhe von \_\_\_\_\_ € von  
meinem Bankkonto abgebucht wird.

\_\_\_\_\_ IBAN

\_\_\_\_\_ BANK

\_\_\_\_\_ BIC

\_\_\_\_\_ Datum

\_\_\_\_\_ Unterschrift

**Bitte senden an  
medico international**

**Lindleystr. 15**

**D-60314 Frankfurt am Main  
oder faxen an (069) 43 60 02**

# Spenden und Stiften

Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.

**Spenden ohne Stichwort** sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

**Fördermitgliedschaft:** Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

**Spenden und Schenken:** Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

**Zustiftungen:** Die Stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

**Online-Spenden:** Unter [medico.de/spenden](http://medico.de/spenden) können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

**Spendenkonto medico international**  
**BIC HELADEF1822**  
**IBAN DE21 5005 0201 0000 0018 00**



Das Deutsche Zentralinstitut für Soziale Fragen (DZI) bescheinigt medico international einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

**Spendenquittungen:** medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatische eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter

### Allgemeine Anfragen zu Spenden, Fördermitgliedschaft und Geschenkspenden

Marek Arlt und Frank van Ooyen

Tel.: [069] 944 38-0, Email: [info@medico.de](mailto:info@medico.de)



### Zustiftungen, Testamentsspenden und Unternehmensspenden

Gudrun Kortas

Tel.: [069] 94438-28

Email:

[kortas@medico.de](mailto:kortas@medico.de)



### Spendenaktionen und Kommunikation

Anita Starosta

Tel.: [069] 94438-44

Email:

[starosta@medico.de](mailto:starosta@medico.de)

**Umzug oder Bankänderung?** Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

**Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!**

# Raus aus der Filterblase

Nachrichten, Meinungen und Analysen aus dem globalen Handgemenge

Im **Blog** mischen sich medico-Kolleginnen und -Kollegen in aktuelle Debatten ein und entwickeln Perspektiven im Dialog mit unseren Partnern in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Mit Beiträgen von Thomas Gebauer, Anne Jung, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Seibert u.v.m.

Der **Newsletter** informiert Sie regelmäßig über unsere neuesten Veröffentlichungen, über Hintergründe, Kampagnen und Aktuelles aus dem medico-Kosmos.



In den **sozialen Netzwerken** unterstützen wir Ihren täglichen Blick über den



Tellerrand. Verbinden Sie sich mit medico auf Facebook, Twitter oder



Instagram

**Alle Optionen unter [www.medico.de/verbinden](http://www.medico.de/verbinden)**



**WERDEN ODER WERBEN  
SIE IM JUBILÄUMSJAHR  
EINES VON 500 NEUEN  
FÖRDERMITGLIEDERN!**

**DIE WELT  
IST GROSS.  
RETTUNG  
LAUERT  
ÜBERALL.**

[www.medico.de](http://www.medico.de)

**m)** 50  
jahre  
medico international